

DKP-Informationen

Nr. 3/2018 - 19. März 2018

22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018

Haus der Jugend, Frankfurt am Main

- **Beschlüsse**
- **Arbeitsmaterial für den Parteivorstand**
- **Nichtbefasste Anträge**

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP

Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen

- Eigendruck -

Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Versandkosten)

22. Parteitag der DKP
2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

Inhalt

Beschlüsse des 22. Parteitages der DKP

1. Die Offensive des Monopolkapitals stoppen. Gegenkräfte formieren. Eine Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt erkämpfen (Leitantrag)
2. Für Frieden Arbeit Solidarität – Die DKP stärken
3. Weitere Anträge
4. Überweisung als Arbeitsmaterial an den Parteivorstand
5. Nichtbefasste Anträge

22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

Die Offensive des Monopolkapitals stoppen. Gegenkräfte formieren. Eine Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt erkämpfen

A. Grundlagen unserer antimonopolistischen Strategie

„So wie es ist, kann es nicht bleiben. Dieses ganze System ist ungerecht. Die da oben machen immer nur, was sie wollen. Es braucht eine Alternative.“ So oder ähnlich lauten Antworten auf Umfragen zur generellen Zufriedenheit oder Nichtzufriedenheit durch Meinungsforschungsinstitute. Selbst eine Aussage wie „Wir brauchen eine ‚linke Revolution‘“ fand vor nicht allzu langer Zeit bei einer repräsentativen Befragung der Freien Universität Berlin eine Zustimmungsquote von 25 Prozent. Viele fordern einen grundsätzlich anderen, nichtkapitalistischen Entwicklungsweg.

Die traditionellen bürgerlich-konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien verlieren in vielen Ländern an Integrationskraft. Von der Enttäuschung über die Folgen ihrer sozialreaktionären Politik profitieren aber ausgesprochene Vertreter des Großkapitals, Rechtskräfte und Reaktionäre, wie Marine Le Pen und Emmanuel Macron in Frankreich oder Donald Trump in den USA. Doch auch linkssozialdemokratische, am außerparlamentarischen Kampf und an den Gewerkschaften orientierte Wahlbewegungen, wie die von Bernie Sanders in den USA oder Jeremy Corbyn in Großbritannien haben Zulauf. Was haben in dieser Situation Kommunistinnen und Kommunisten zur Lösung der Probleme der Lohnabhängigen, zur Stärkung ihres selbstständigen Handelns und ihrer Widerstandskraft beizutragen? Welche langfristige Strategie bieten sie an?

I. Der Imperialismus, seine Entwicklungsetappen und die Analyse der Kommunistinnen und Kommunisten

Die DKP ist eine marxistisch-leninistische Partei. Ihr Ziel ist die Beseitigung der Ausbeutung von Mensch und Natur, die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Grundlage der Strategie der DKP ist der wissenschaftliche Sozialismus, der von Marx, Engels und Lenin begründet wurde. Er bildet die theoretische Basis unserer Analyse der Gesellschaft und der Ableitung notwendiger Handlungsstrategien. Gleichzeitig muss diese theoretische Grundlage auf die konkrete historische Situation produktiv angewandt und unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklung weiter präzisiert bzw. vervollkommen werden. Für die Analyse des heutigen Kapitalismus und die sich daraus ergebenden strategischen Schlussfolgerungen kommt dabei der Imperialismustheorie Lenins sowie seiner Revolutionstheorie eine besondere Bedeutung zu.

Imperialismus ist der monopolistische Kapitalismus. Die ihn prägenden nationalen und multinationalen Monopole sind das Resultat der Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Das kapitalistische Monopol ist die Verbindung ökonomischer und außerökonomischer Macht zum Zweck der Erlangung von Extraprofit, die sich politisch als Tendenz zum Militarismus, zum Krieg und zur Verneinung der Demokratie bis hin zum Faschismus ausdrückt.

Im Imperialismus, dem „höchsten Stadium des Kapitalismus“, nimmt der Vergesellschaftungsgrad der Produktion ein solches Ausmaß an, dass sich die Rolle der Eigentümer der Produktionsmittel und des Finanzkapitals in immer stärkeren Maße auf das Abschöpfen der Profite reduziert.

Im Imperialismus wächst das Bankkapital mit dem Industriekapital zusammen und bildet das Finanzkapital. Zudem übertrifft der Kapitalexport die Bedeutung des Warenexports. Deshalb spricht Lenin von der „Epoche des Finanzkapitals“. Dessen Elite ist die Finanzoligarchie. Die herrschende Finanzoligarchie ist gesellschaftlich überflüssig und parasitär geworden. Im Imperialismus bilden sich internationale monopolistische Kapitalverbände, die die Welt unter sich aufteilen. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt wird heute vorrangig durch den Einsatz finanzieller und ökonomischer Machtmittel geführt, aber auch unter Einsatz militärischer Gewalt, mit arrangierten Putschen, durch erzwungene „regime changes“, die Zerschlagung von souveränen Staaten und territoriale Eroberungskriege. Der Imperialismus mit allen

genannten Merkmalen ist „sterbender Kapitalismus“ (Lenin). Er markiert die Einleitung der welthistorischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. An seinem Anfang steht die erste sozialistische Revolution der Menschheitsgeschichte, die Pariser Kommune. Mit der großen sozialistischen Oktoberrevolution 1917 gelang es erstmals siegreich und nachhaltig aus der Geschichte der Ausbeutergesellschaften auszubrechen. Ihrem Beispiel folgten und folgen zahlreiche weitere Länder in allen Teilen der Erde. Auch die Konterrevolution von 1989/92 konnte und kann sich nicht über die Gesetzmäßigkeit des Absterbens des Kapitalismus hinwegsetzen.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus

Mit der Entstehung und Entwicklung des Imperialismus wandelt sich auch die Rolle des Staates. Der moderne staatsmonopolistische Kapitalismus (Stamokap) bildet sich heraus. Er war ursprünglich das Produkt des kapitalistischen Militarismus, entstanden im I. Weltkrieg aus den Bedürfnissen der Zentralisierung der Rüstungsproduktion und der Umstellung der Zivilproduktion für den Krieg. Voll und dauerhaft herausgebildet hat sich der Stamokap während und nach dem zweiten Weltkrieg.

Der Stamokap stellt die Vereinigung der Macht der stärksten Monopole mit dem Staats- und Militärapparat zu einem einheitlichen, wenngleich nicht widerspruchsfreien neuen Herrschaftsmechanismus dar. Er entwickelt sich aus der Notwendigkeit staatlichen Eingreifens in den Wirtschaftsprozess, ohne den die monopolkapitalistische Wirtschaft unmöglich wäre. Überdeutlich zeigte sich das in der Krise 2007ff.

Seinem sozialen Inhalt nach ist der Stamokap die politische Herrschaft des Monopolkapitals als Ausdruck ihrer ökonomischen Herrschaft. Die Herrschaft der Finanzoligarchie durchdringt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und ordnet diese ihren Interessen unter. Auf diese Weise entfaltet sich der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit im Stamokap als Widerspruch zwischen Monopolkapital und Volksmassen.

Die relative Autonomie dieses monopolkapitalistischen Staats ist ein Erfordernis dieser Herrschaft. Das heißt, die spezifischen Interessen einzelner (Monopol-)Kapitalisten werden übergangen und die Interessen nicht-monopolistischer Teile der Bourgeoisie integriert. Die relative Autonomie bedeutet nicht Unabhängigkeit vom Monopolkapital, sondern ist gerade der Vollzug der Abhängigkeit.

Staatsmonopolistischer Kapitalismus kann aber auch den zeitweiligen und teilweisen Rückzug des Staates aus einer eigenständigen ökonomischen Rolle oder den bewussten Verzicht auf diese einschließen. Im letzteren Fall geschieht die Herrschafts- und Profitsicherung durch den Staat eher durch die organisierte Einbindung von Kapitalvertretern in die politische Willensbildung bis hin zur Vorbereitung der Gesetzgebung, durch kartellrechtliche Schritte, durch Subventionen und durch protektionistische Maßnahmen zugunsten der Monopole. Heute verschafft der Staat dem Monopolkapital die Möglichkeit von Extraprofiten auch durch Privatisierung von verbliebenem Staatsbesitz aus dem Bereich der Daseinsvorsorge (Gesundheit, Schulbau, Autobahnen etc.), teilweise garantiert er sogar Profite, falls diese Bereiche Verluste einfahren sollten.

Zugleich schafft der Stamokap aber auch objektiv neue historische Möglichkeiten zum Bruch mit dem Kapitalismus und für den Übergang zum Sozialismus. Lenin zufolge ist der staatsmonopolistische Kapitalismus die „vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus“. Der hohe Grad gesellschaftlicher Produktion und die enge Verflechtung zwischen ökonomischer und politischer Macht schaffen die objektiven Voraussetzungen für gesellschaftliche Planung und demokratischer Teilhabe am gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozess. Die Macht jedoch liegt weiterhin in den Händen der Kapitalisten und ihres Staates. Das Privateigentum dominiert weiterhin. Es wird durch das staatliche Eigentum an Produktionsmitteln lediglich ergänzt. Die Demokratie ist weiterhin eine bürgerlich-kapitalistische, der Staatsapparat bleibt ein Instrument der Kapitalistenklasse, ein „ideeller Gesamtkapitalist“.

Der Stamokap schafft also die materiellen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus. Die politischen Voraussetzungen müssen durch die grundlegende Umwälzung der politischen Machtverhältnisse und den Sturz der herrschenden Kapitalistenklasse, das heißt durch eine sozialistische Revolution geschaffen werden.

Der Prozess des Herankommens, der Vorbereitung und des Übergangs zu dieser sozialistischen Umwälzung wird nicht linear verlaufen. Erfolge und Rückschläge werden Teil dieses Prozesses sein. Mit der richtigen Strategie, die konsequent auf die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse abzielt und stets die Interessen der gesamten Arbeiterklasse verfolgt, werden sich nach der langen Phase der Rückschläge jedoch zunehmend Erfolge einstellen.

Ein nächster Zwischenschritt im Verlauf des Kampfes gegen die Offensive des Kapitals kann dabei das Erkämpfen einer revolutionär-demokratischen Etappe sein. Darin wird die Macht der Monopole geschwächt und ihre Angriffe werden zurückgeschlagen, es werden immer stärkere politische Bastionen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gebildet und verteidigt. Strukturen der Selbstorganisation und des Kampfes, sowohl in den Betrieben, als auch in verschiedenen politischen Teilbereichen werden gestärkt. Die Macht der Kapitalistenklasse wird unmittelbar in Frage gestellt und die entwickelten Produktivkräfte und der gesellschaftliche Reichtum werden zunehmend im Interesse der Gesamtheit eingesetzt – sei es durch Druck auf die Regierung oder durch direkte Aktionen der Enteignung. Der Klassenkampf wird intensiviert bis zum revolutionären Bruch und der endgültigen Lösung der Machtfrage.

Die Perspektive, die sich aus diesem neuen Verhältnis zwischen Staat und Monopolen aufdrängt beschrieb Lenin so: „Man wird sehen, dass der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet! ... Hier gibt es keinen Mittelweg. Der objektive Gang der Entwicklung ist derart, dass man von den Monopolen aus (...) nicht vorwärtsschreiten kann, ohne zum Sozialismus zu schreiten.“ (LW 25, Seiten 368 f.)

Lenin traf die Aussagen zum bevorstehenden Sozialismus vor 100 Jahren, kurz vor der Oktoberrevolution. Heute sind einerseits die objektiven materiellen Voraussetzungen dafür noch weiter gereift. Andererseits sind der Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse und ihr Organisationsgrad – anders als vor 100 Jahren – so schwach ausgeprägt, dass ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu einer demokratischen oder gar sozialistischen Umwälzung derzeit nur sehr schwach entwickelt ist.

Nicht zuletzt in Folge der Niederlage des Sozialismus in Europa befinden wir uns in einer noch immer anhaltenden Defensive und müssen mit der Herausbildung von Bewusstsein der Klasse und der Organisation ihrer revolutionären kommunistischen Partei in weiten Bereichen eine echte Wiederaufbauarbeit leisten.

Zu unseren Aufgaben bei der Stärkung des „subjektiven Faktors“ gehört eine nachvollziehbare Erklärung der Niederlage, die gegenüber der Verteufelung des untergegangenen europäischen Sozialismus durch den Mainstream eine Alternative und eine Perspektive bietet.

Etappen des Imperialismus und des Klassenkampfes

Der Imperialismus, das „höchste Stadium des Kapitalismus“, hat bereits eine längere Entwicklungsgeschichte, die nun schon mehr als 130 Jahre dauert. Seine jetzige Gestalt hat er über mehrere Etappen erreicht. Treibendes Moment ist der „Zwang zur Vergrößerung des Kapitals und zur Produktion von Mehrwert auf erweiterter Stufenleiter zur ständigen Umwandlung von Profit in zusätzliches Kapital und zur Zentralisation des Kapitals“ (Programm der DKP). Der Imperialismus hat seine jetzige Gestalt über mehrere Etappen erreicht.

Die erste Etappe ist die Periode der Herausbildung des Imperialismus seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts und seine frühe Entwicklungsstufe ohne das Gegengewicht des realen Sozialismus. Bereits hier entfaltet der Imperialismus seine von Lenin beschriebenen Hauptmerkmale, die sich bis heute nicht grundlegend geändert haben. Insbesondere zeigen sich auch schon die Interessenkonflikte zwischen den imperialistischen Mächten. Deren Zuspitzung bringt den ersten imperialistischen Weltkrieg hervor, in dessen Folge der aufstrebende US-Imperialismus den britischen Imperialismus als globale Führungsmacht ablöst. Aber zugleich ist es auch eine Periode der Entwicklung einflussreicher revolutionärer Organisationen der Arbeiterbewegung, der internationalen Sozialdemokratie, und in Russland vor allem der Partei Lenins, der Bolschewiki.

Die zweite Etappe reicht von der Oktoberrevolution bis zum Ende des 2. Weltkriegs. Der „klassische Imperialismus“ zeigt seine widersprüchliche und typisch krisenhafte Entwicklung nun unter den Bedingungen der Existenz eines starken sozialistischen Gegenpols, der Sowjetunion. In den Zentren des Imperialismus setzen sich immer größere Teile der Arbeiterklasse gegen Not und Ausbeutung zur Wehr. Die Kommunistischen Parteien, die sich in der Kommunistischen Internationale zusammenschließen, gewinnen in etlichen imperialistischen Ländern Masseneinfluss. Die Leninsche Strategie der Einheitsfront der Arbeiterklasse und die Losung „Heran an die Massen“ wird zum Schlüssel für das „Herankommen an die sozialistische Revolution“ und die Suche nach Übergängen zum revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus-Imperialismus.

Auf die Große Weltwirtschaftskrise ab 1929, die die allgemeine Krise des Systems verschärft, findet der Imperialismus eine zweifache Antwort: Der reaktionärste Teil der imperialistischen Bourgeoisie sucht einen Ausweg aus der Systemkrise in Form des Faschismus und eines neuen weltweiten Kriegs um die Aufteilung der Welt. Mit der Politik des New Deal in den USA wird eine historische Ausnahmepetode in der Geschichte des Kapitalismus eingeleitet, die man als „Klassenkompromiss“ bezeichnen kann. Sie wird nach 1945 die Entwicklung auch in Westeuropa und in Japan für drei Jahrzehnte prägen. Der 2. Weltkrieg beendet mit einem qualitativen Einschnitt diese Entwicklungsetappe des Imperialismus.

Es beginnt seine dritte Etappe: Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition endet nicht, wie die reaktionären Kreise in den imperialistischen Staaten hoffen, mit der Schwächung, sondern mit der Stärkung des Sozialismus. Vom Pazifik bis zur Elbe und zu den Küsten der Adria wird in vielen Staaten der Sozialismus aufgebaut.

Der deutsche Imperialismus ist geschwächt. Ihm wird zwar von den USA wieder auf die Beine geholfen, aber seine Macht wird durch die Existenz der sozialistischen DDR begrenzt. Die chinesische Revolution stärkt zunächst den sozialistischen Block. Dem sozialistischen Staatenbündnis gelingt es, politisch, ökonomisch, militärisch und ideologisch eine Alternative zum kapitalistischen System zu entwickeln. Es erkämpft unter großen ökonomischen Anstrengungen ein militärisches und politisches Gleichgewicht zum Imperialismus.

Dies setzt auch den deutschen Imperialismus politisch und ideologisch unter Druck. Auf der anderen Seite ist der deutsche Imperialismus ökonomisch aber extrem stark, was auf einer historischen Ausnahmesituation beruht: Nach dem Krieg tritt der deutsche Imperialismus in eine Phase der nachholenden Kapitalakkumulation ein (Wiederaufbau). Gleichzeitig werden neue Industriezweige aufgebaut (z.B. Automobilindustrie). Das hohe wirtschaftliche Wachstum versetzt den Imperialismus in die Lage, mehr von dem erwirtschafteten Produkt an die unteren Klassen und Schichten abzugeben. Steigende Löhne steigern wiederum die Nachfrage, so dass für einige Zeit ein sich selbst tragender Aufschwung entsteht.

In dieser Situation setzt der deutsche Imperialismus auf eine Doppelstrategie, um dem stark gewordenen sozialistische Lager und dem Aufschwung der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern entgegenzuwirken: „Zuckerbrot und Peitsche“ im Inneren (einschließlich KPD-Verbot) und friedliche Koexistenz gegenüber dem realen Sozialismus zum Zweck der ideologische Unterwanderung gekoppelt mit Wiederaufrüstung, Militarisierung und Beitritt zum aggressiven NATO-Pakt.

Diese dritte Etappe des Imperialismus ist auch gekennzeichnet durch die Reaktion des Imperialismus auf das stark gewordene sozialistische Lager, auf den Aufschwung der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern und den erfolgreichen Kampf der Völker gegen den Kolonialismus.

Die Existenz des sozialistischen Lagers sowie eine starke Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den imperialistischen Staaten zwingen das Monopolkapital zu relativ weitgehenden Zugeständnissen, was die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und anderer abhängiger Schichten verbessert. Im Äußeren werden der Machtkampf und die ökonomische Konkurrenz der imperialistischen Staaten untereinander unter der eindeutigen Vorherrschaft der USA begrenzt, die Freiheit des Finanzkapitals wird ein wenig eingedämmt. Beides hat zur Folge, dass das wirtschaftliche Wachstum hoch und die Arbeitslosigkeit relativ niedrig sind. Daher werden die Jahre 1945 bis 1975 nach den Worten von Eric Hobsbawm „die goldenen 30 Jahre des Kapitalismus“ genannt.

In dieser Periode ist die Integrationskraft des monopolkapitalistischen Systems größer denn je. Die Gewerkschaften orientieren auf den Klassenkompromiss. Die Sozialdemokratie rückt nach rechts und entsorgt den Marxismus. Im Westen verlieren viele kommunistische Parteien ihre Massenbasis.

In den regierenden kommunistischen Parteien wächst die Tendenz, den Imperialismus zu unterschätzen, und die Überzeugung, dass die Etappe des Übergangs zum Sozialismus unumkehrbar sei. Diese Illusion wird genährt durch die Stärke des sozialistischen Blocks, den Sieg über den US-Imperialismus in Vietnam, Laos und Kambodscha, die Befreiungskämpfe in Afrika, den Zerfall des Kolonialsystems, die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz in Europa und den Aufschwung der Arbeiter- und der Studentenbewegung. Es entsteht der Eindruck, der Imperialismus habe in den 1970er Jahren einen Tiefpunkt seiner Geschichte erreicht.

Gleichzeitig verändern sich die ökonomischen Rahmenbedingungen in den sozialistischen Staaten, zunehmend werden Formen von Gruppeneigentum gegenüber dem Staatseigentum gefördert. Gleichzeitig entwickeln sich auf der Grundlage realer objektiver Interessen, die aus diesen Prozessen entstanden, Gruppen von Personen, die Schluss mit dem Sozialismus machen wollen. Nach der Konterrevolution

entsteht aus ihnen eine neue Kapitalistenklasse.

In der vierten Etappe setzen die staatsmonopolistischen Oligarchien wichtiger imperialistischer Länder schrittweise das sogenannte „neoliberale Modell“ als sozialreaktionären Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise 1974/75 durch. Ende der 70er wird der „Neoliberalismus“ zur Grundlage der offiziellen Wirtschaftspolitik in Großbritannien unter Margret Thatcher und Anfang der 80er unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan auch in den USA.

Der Begriff des Neoliberalismus ist dabei durchaus irreführend, ist er doch weit entfernt nur eine Neuauflage des klassischen Liberalismus zu sein. Allgemein gebräuchlich und nach 40 Jahren mit seinen reaktionären Wirkungen konnotiert bezeichnet er den Wechsel zu einer in ihrem Kern offensiven, sozial-reaktionären Politik- und Herrschaftskonzeption. Diese Strategievarianten des Monopolkapitals bestehen aus dem Dreiklang Deregulierung, Privatisierung und Schwächung der Gewerkschaften durch ihre Integration, den Abbau ihrer Rechte bis hin zu ihrer Zerschlagung. Voraussetzung dafür, dass die Monopolbourgeoisie die Strategie des Neoliberalismus umsetzen kann, ist die bereits stark eingeschränkte Fähigkeit der Arbeiterbewegung, dem Widerstand entgegenzusetzen. Folge der Durchsetzung dieser Strategie ist eine immer stärkere Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von „unten“ nach „oben“.

In diese Periode fallen zahlreiche Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung und der antiimperialistischen Kräfte, in denen die Errungenschaften der „Goldenen Jahre“ rückgängig gemacht werden. Kennzeichen sind die Erhöhung der Ausbeutungsrate, sinkende Durchschnittslöhne, steigende Erwerbslosigkeit besonders unter Jugendlichen, Armut und ansteigende Obdachlosigkeit, das Sinken des Rentenniveaus und die Einschränkung staatlicher Leistungen für Gesundheit, Bildung und Erziehung, die Belastung der Armen mit Verbrauchssteuern bei Entlastung der Reichen durch Senkung ihrer Einkommensteuer und der praktischen Abschaffung der Erbschafts- und Vermögenssteuer. Über ihre Netzwerke in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bestimmen sie auch maßgeblich die öffentliche Meinung. Der US-Multimilliardär und Finanzoligarch Warren Buffett brachte es auf den Punkt: „Es herrscht Klassenkampf, und meine Klasse gewinnt.“

Die größte Niederlage ist in dieser Etappe die Konterrevolution gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten in Europa. Die Niederlage des realen Sozialismus erweitert das Gebiet des Kapitalismus sprunghaft. Hunderte Millionen Menschen werden in das kapitalistische Verwertungssystem und die Mehrwertproduktion gezwungen. Die Zerschlagung der ökonomischen Infrastruktur der vormals sozialistischen Länder eröffnet dem Imperialismus gewaltige Absatzmöglichkeiten und ermöglicht ihm, der bereits Ende der 1980er Jahre beginnenden neuen Überproduktionskrise vorerst zu entkommen. Zusätzlich wird dies durch die gleichzeitige Öffnung Chinas für den Weltmarkt begünstigt, die neue Anlagemöglichkeiten für bereits angehäuften Kapital bietet. Der Imperialismus expandiert. Diese Periode der Offensive des Kapitals dauert bis zur Krise 2007 an.

II. Der Charakter der Krise 2007

Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise seit 2007 und der sich verschärfende Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Hauptmächten deuten an, dass auch die Dominanz des neoliberalen Modells zu Ende gehen wird. Die Krise seit 2007 ist eine für den Kapitalismus typische Überproduktions- und chronische Überakkumulationskrise. Sie ist Resultat des Grundwiderspruchs zwischen immer stärkerer Vergesellschaftung der Produktion und immer umfassenderer privater Aneignung. „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“ (Karl Marx)

Bei der Krise von 2007 handelt es sich nicht nur um eine der regelmäßigen Konjunkturkrisen oder Rezessionen. Sie ist keine regionale, sondern eine weltweite Krise, die in den imperialistischen Hauptländern Europas, Nordamerikas und in Japan den stärksten Einbruch von Produktion und Bruttosozialprodukt seit dem 2. Weltkrieg hervorgerufen hat. Sie beeinträchtigt in ganz besonderer Weise den US-Imperialismus und gefährdet seine Vorherrschaft. Die Krise ist damit historisch vergleichbar mit der großen Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts und mit der schwerwiegenden Krise der 70er Jahre, die ebenfalls durch eine tiefe Rezession gekennzeichnet war, alle kapitalistischen Länder erfasste und die Prosperitätsperiode der Nachkriegszeit beendete.

Die Krise von 2007 ist eine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Sie hat gezeigt, dass der Imperialismus weder als Ganzes, noch einzelne kapitalistische / imperialistische Länder in der Lage sind, die zwischen

diesen Ländern bestehende Konkurrenz zu lösen. Die Differenzen der einzelnen imperialistischen nationalen und internationalen Kräfte treten offen zutage, die innerimperialistischen Widersprüche verschärfen sich.

Was sind die Folgen und was bedeuten diese heute für die Strategie der Kommunisten? Der Zusammenbruch des Finanzsektors und des Geldwesens wird zwar durch den massiven Einsatz von Steuergeld und staatlich garantierte Geldschöpfung vermieden. Krisenmildernd, aber auch das internationale Kräfteverhältnis verschiebend war die Entwicklung einiger Länder, vor allem Chinas, die ihre rasante Akkumulation fortsetzen können, obwohl sich die alten kapitalistischen Zentren in der Krise befinden. Doch der reinigende Charakter der kapitalistischen Krise bleibt weitgehend aus.

Das überschüssige Kapital wird keineswegs auf breiter Front beseitigt oder wenigstens entwertet. Das erklärt, warum ein klassischer Wirtschaftsaufschwung nicht stattfindet. Auch ein Jahrzehnt nach Krisenausbruch bleibt das industrielle Wachstum in vielen Regionen der kapitalistischen Weltwirtschaft mäßig. Die staatlich geförderte Finanzspekulation hat wieder an Fahrt aufgenommen.

Damit erhöht sich die Ausbeutungsrate, die Ungleichheit bei Reichtum und Einkommen erreicht eine neue Dimension. Selbst das kapitalfromme „manager magazin“ staunt Ende 2017 in einer Sonderausgabe „Die 1001 reichsten Deutschen“: „Nie fiel es den Vermögenden hierzulande seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs leichter, ihre Besitztümer zu mehren.“ Die Zahl der Milliardäre hat sich in den Jahren nach dem Höhepunkt der Krise 2007 / 2008 allein in Deutschland nahezu verdoppelt. Der „Ärmste“ der 1001 Reichsten besitzt immer noch 90 Millionen Euro. Zugleich wächst schon jetzt die „Lazarusschicht des Proletariats“ (Marx) mit steigender Armut unter Kindern und Alten, mit Obdachlosen und Bettlern selbst in den „Boom“-Ländern.

Neben Regionen mit unveränderter hoher Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation gibt es Staaten – wie die BRD - mit echtem und/oder aufgebauschtem Dauer-„Boom“, mit Rekordzahlen der Beschäftigten, mit Ex- und Importrekorden in wichtigen Wirtschaftszweigen (Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemie).

Nach Jahren des Reallohnabbaus steigt derzeit insgesamt die Massenkaufkraft und sorgt für einen Nachfragerekord im Inneren. Die Zahl der Beschäftigten erreicht ebenfalls Rekordhöhe –unabhängig von der Qualität und Dauerhaftigkeit dieser Beschäftigung. Damit steigt auch wieder der Glaube an die „Selbstheilungskräfte des Marktes“, wächst die Bereitschaft, eher um ein größeres Stück vom Kuchen zu streiten als die Frage zu stellen, wem denn eigentlich die „ganze Bäckerei“ gehören müsste.

Die imperialistischen Staaten halten an der gegen die Arbeiterklasse gerichteten Politik des Neoliberalismus fest, obgleich zentrale Dogmen des Neoliberalismus sich als Mythos entpuppt haben. Erneut wird die falsche These widerlegt, dass „der Markt alles von allein regelt“. Der Drang, die inneren Widersprüche durch Rüstungskeynesianismus, Militarismus und Kriege und auf Kosten der Umwelt zu lösen, nimmt zu.

Immer deutlicher wird: Je länger der Imperialismus existiert, desto stärker gefährdet er das Überleben der Menschheit. Er perfektioniert nicht nur das System der Ausbeutung der Arbeitskraft, er untergräbt auch die natürlichen Grundlagen des Lebens auf unserem Planeten. Kriege und der Raubbau an den klimatischen und ökologischen Grundlagen bedrohen alle Arten und Gattungen der auf diesem Planeten lebenden Flora und Fauna und damit auch die Grundlagen menschlichen Lebens.

III. Produktivkraftentwicklung und Entwicklung der Hauptklassen

Seit den 1950er Jahren und beschleunigt seit den 1970er Jahren bestimmt die wissenschaftlich-technische Revolution Tempo und Umfang der Kapitalakkumulation. Dabei stellt die sogenannte digitale Revolution nur einen von mehreren Bausteinen der neuen Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution dar. Neuro- und Mikrobiologie, Nanotechnik, die Eingriffe in das menschliche, tierische und pflanzliche Erbgut erlauben, Kern- und Elementarteilchenphysik, Erfolge in der Neurobio- und -psychologie, Fortschritte in der Biochemie und Kosmosforschung zeigen welche Höhen und zugleich Tiefen der von der kapitalistischen Produktionsweise angetriebene wissenschaftlich-technische Fortschritt erzielt.

Mit dem neuen Produktivkraftsprung wird teilweise ein qualitativ neues Unterwerfungsverhältnis der Produzenten unter ihre eigenen Produkte erreicht. Die von der kapitalistischen Produktionsweise hervorgerufene Entfremdung zwischen den Menschen, zwischen Mensch und Natur und der Menschen zur Arbeit und ihren eigenen Produkten erfährt neue Qualitäten. Das Verhältnis des Menschen zu der in der modernen Technologie vergegenständlichten menschlichen Arbeitskraft – sprich, die Beziehung zwischen den Produzenten

und den Arbeitsmitteln als Produkte ihrer eigenen geistig-körperlichen Fähigkeiten - erreicht eine neue Stufe der Entfremdung.

Das geht weit über Fragen der Arbeitsorganisation, unregelmäßiger Arbeitszeiten, des Zwangs zu ständiger Verfügbarkeit, der permanenten Entwertung beruflicher Qualifikationen und des Drucks zur Perfektionierung beruflichen Fachwissens nach den Vorgaben des Kapitals hinaus. Wenn schon Marx davon spricht, dass die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft dazu führt, dass der arbeitende Mensch aus der Rolle des unmittelbaren Produzenten heraustritt und zum „Regulator und Wächter“ über den von Maschinen durchgeführten unmittelbaren Produktionsprozess wird, er damit also nicht mehr nur „Be-Diener“ der Maschinen wird, sondern in wachsendem Maße ihr Kontrolleur, so verkehrt sich dieses „Herr-Diener-Verhältnis“ zunehmend. Immer mehr Lohnabhängige sind den Folgen des neuen Produktivkraftsprunges nicht gewachsen. Depressionen und Burn-Out sind Volkskrankheiten geworden. Das ist nur eine der vielfältigen Konsequenzen dieser Entwicklung.

In der Kontinuität der schon bedeutend älteren Digitalisierungsentwicklung markiert die Entwicklung des Internets seit den 1990er Jahren die technologische Grundlage für einen weiteren Sprung in der Produktivkraftentwicklung. Die Digitalisierung durchdringt sämtliche Bereiche der Gesellschaft. So ist schließlich eine neue materielle Wirkebene entstanden, auf der sozialer Austausch und Kommunikation zwischen Menschen an unterschiedlichen Orten in Echtzeit stattfindet – bis hin zu wirtschaftlichen Kooperationsbeziehungen, inklusive der Organisation von Arbeit und Produktion. Es gibt heute so gut wie keinen Bereich in Produktion oder Verwaltung mehr, der ohne die Unterstützung digitaler Systeme funktioniert.

Die Kampagne des deutschen Monopolkapitals unter dem Titel „Industrie 4.0“ beschreibt den eigentlichen Kern des Produktivkraftsprungs nur unzutreffend. Sie unterschlägt sowohl die Kontinuität der Digitalisierungsentwicklung seit spätestens den 70er Jahren, als auch die neue Qualität, die diese materielle Wirkebene auf der Basis des Internets für die sozialen Austauschbeziehungen in der Gesellschaft bedeutet. Sie blendet zweitens die Instrumentalisierung dieser Technologie für die Intensivierung der kapitalistischen Ausbeutung aus.

Mit dem Aufstieg der IT-Industrie zu einer neuen Leitindustrie kommt es zu weitreichenden Strukturveränderungen auf der Kapitaleseite. Die Herausbildung einer neuen Stufe der Trennung von Hand- und Kopfarbeit verändert zugleich die Zusammensetzung und die Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse: Auf der einen Seite werden von einer wachsenden Zahl von Produktionsarbeiter(inne)n IT-Qualifikationen und die Übernahme von Steuerungsfunktionen im Produktionsprozess erwartet, auf der anderen Seite werden durch zunehmende Standardisierung und Zergliederung von Verwaltungstätigkeiten, aber auch von Softwareentwicklung und Dienstleistungen im IT-Sektor die Qualifikationen der in diesen Sektoren tätigen Beschäftigten tendenziell entwertet.

Strukturveränderungen auf der Seite des Kapitals

Die durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse erzielten Profite finden im auf die Nutzung der Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gestützten beschleunigten Innovationszyklus neue potenziell profitable Anlagemöglichkeiten. Gleichzeitig verschärft sich die Abhängigkeit der nicht-monopolistischen Bourgeoisie von den Monopolen, die zum Beispiel mittelständischen Industrieunternehmen neue Standards über die digitale Vernetzung der Wertschöpfungsprozesse diktieren und den steigenden Kostendruck an die Kette kleiner Zulieferunternehmen weiterreichen können.

Es kommt auch zu qualitativen Strukturveränderungen innerhalb des Monopolkapitals selbst. Wichtige traditionelle Industriekonzerne wie Siemens oder Bosch entwickeln sich partiell und zunehmend zu Software-Unternehmen und bauen ihre Geschäftsfelder in diese Richtung aus.

Die Information selbst, d.h. die gewaltigen Datenmengen und die zugehörige Infrastruktur, wird zu einem wichtigen Produktionsmittel, und die Frage der Hoheit darüber zu einer strategischen Machtfrage, sowohl in der innerkapitalistischen Konkurrenz als auch – und besonders – in der Klassenseinwanderung.

Mit der Bedeutungszunahme der Elektromobilität, der Sensortechnik bis hin zur künstlichen Intelligenz steht auch die Automobilindustrie, in der Software- und Datenkompetenz eine immer größere Rolle spielen, vor einem Umbruch. Umgekehrt brechen IT-Konzerne wie SAP, Google oder Amazon immer tiefer in die Geschäftsfelder der klassischen Industrie ein. Die Frage der Hoheit und Kontrolle über die riesigen Datenmengen wird dabei zu einer strategischen Machtfrage in immer mehr Wirtschaftsbereichen, weit über die Informations- und Telekommunikationsbranche hinaus. Gleiches gilt für die Kontrolle der IT-basierten Infrastrukturen im sogenannten „Internet der Dinge“.

Das Schlagwort „Industrie 4.0“ ist in erster Linie zu verstehen als Offensive des deutschen Monopolkapitals. Der deutsche Imperialismus will damit seine dominierende Stellung in der EU festigen und ausbauen. Hierzu soll massive Technologieförderung beitragen – finanziert aus staatlichen Mitteln, im Wesentlichen also durch die Werk­tätigen. Mit dem Verweis auf den beträchtlichen Rückstand, den „Deutschland“ im Bereich der IT-Entwicklung habe, soll diese Kampagne, als notwendig und „alternativlos“ dargestellt werden. Deutschland soll „Leitmarkt für Industrie 4.0“ werden. Das Ziel ist, eine eigene, von den USA unabhängige IT-Infrastruktur zu entwickeln.

Strukturveränderungen auf der Seite der Arbeiterklasse

Mit der Verwandlung der Wissenschaft in eine „unmittelbare Produktivkraft“, so wissen wir seit Marx, verändert sich die Rolle der lebendigen Arbeit für den Kapitalverwertungsprozess. Die durch die Digitalisierung vorangetriebene Entwicklung der Produktionsabläufe zeigt die Möglichkeiten an, bis zu welchem Grade das allgemeine menschliche Wissen zur unmittelbaren Produktivkraft werden kann und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des „general intellect“ kommen könnten. „Wächter und Regulator“ des Produktionsprozesses ist er allenfalls hinsichtlich der zu bedienenden Maschinerie. Bei allem Aussaugen seines „humanen Kapitals“ hat der Arbeiter weiterhin keinen Einfluss auf Sinn und Zweck seiner produktiven Tätigkeit. Stattdessen ist er konfrontiert mit Intensivierung der Arbeit, Forderungen nach ständiger Erreichbarkeit und Flexibilisierung der Arbeitszeit, permanenter Kontrolle und Überwachung, Unsicherheit des Arbeitsplatzes – Erscheinungen, denen sich viele nicht gewachsen fühlen.“ Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse besteht die Haupttendenz darin, dass mit dem zunehmenden Ausschluss immer größerer Teile der Arbeiterklasse aus dem Verwertungsprozess die Potenziale der menschlichen Produktivkraft mehr und mehr verschwendet werden. Diese Tendenz zur umfassenden Prekarisierung beeinträchtigt das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit schon heute zu Ungunsten der Arbeiterklasse. Das wird durch eine neue Rationalisierungswelle noch verstärkt werden.

In den hochentwickelten imperialistischen Staaten hat der Anteil der Industrieangestellten in den Unternehmen und unter ihnen wiederum der Anteil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz bereits seit den 50er Jahren beständig zugenommen. Die relative Autonomie und höhere Einstufung in der innerbetrieblichen Hierarchie wird bei den genannten Schichten der Lohnabhängigen abgesenkt. Moralischer Verschleiß, Dequalifizierungsprozesse und die daraus resultierende Tendenz zur Entwertung ihrer Arbeitskraft rückt sie näher an den Status der Masse der Lohnabhängigen heran.

Der Anteil von Beschäftigung jenseits des Normalarbeitsverhältnisses hat sich von 1991 bis 2015 nahezu verdoppelt. Das betrifft insbesondere Minijobs und andere geringfügige Beschäftigungen. 45 Prozent aller Neueinstellungen erfolgen befristet. Daneben haben Leiharbeit und Solo-Selbstständigkeit massiv zugenommen. Auch Werkverträge zählen zur Arbeitsrealität. Hier verbinden sich prekärer Beschäftigungsstatus und niedriges Entgelt zu einer Erwerbslage, die zwar Erwerbstätigkeit, aber kaum eigenständige Existenzsicherung und verlässliche Lebensplanung garantiert. Darin besteht das „deutsche Jobwunder“.

Insbesondere in niedrig- und mittelqualifizierten Angestelltenbereichen werden im Zuge neuer Automatisierungsmöglichkeiten weitere Arbeitsplätze abgebaut. Zum anderen werden zunehmend Methoden der Arbeitsorganisation aus der Fabrik in die Büros übertragen. Sekundengenaue, datenbasierte Kontrolle der Arbeitsprozesse (z.B. Ticket-Systeme) auf der einen Seite führen genauso wie eine Aufweichung fester Arbeitszeiten und –orte auf der anderen Seite zu einer Intensivierung der Ausbeutung.

Die sogenannte digitale Revolution bedeutet also weder das Ende der Industrie noch das Ende der Arbeit. Im Gegenteil schafft sie vielmehr die Voraussetzungen für eine neue Qualität der Industrialisierung, die zunehmend auch sämtliche Bereiche der Angestelltenarbeit erfasst. Diese Bereiche sind ihrem Wesen nach Bestandteil der Produktionsinfrastruktur und die in diesem Bereich beschäftigten Werk­tätigen leisten überwiegend unmittelbar produktive Arbeit im Sinne der Produktion – und nicht nur der Umverteilung – von Mehrwert.

Es kommt zu einem Übergang größerer Teile akademisch gebildeter Mittelschichten in die Arbeiterklasse – und zwar bis hinein in die industriellen Kerngruppen, die die entscheidende Rolle für die gewerkschaftliche und politische Mobilisierungs- und Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse insgesamt spielen. Diese in den letzten Jahrzehnten stark angewachsenen neuen Gruppierungen der Lohnabhängigen gehörten bislang nur in geringem Umfang zur Arbeiterklasse im engeren Sinne. Ihr Hauptteil unterschied sich in wichtigen Klassenmerkmalen sowohl von der Bourgeoisie als auch – trotz des Status der Lohnabhängigkeit - von der Arbeiterklasse. Nach Einkommensgröße, Bildungsniveau und Stellung in der Gliederung der gesellschaft-

lichen Produktion standen diese Teile der Werktätigen und des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“ zwischen den beiden Hauptklassen Proletariat und Bourgeoisie.

Diese neuen Teile der Arbeiterklasse und des sich ebenfalls verändernden Klassenkerns verlieren je nach Grad ihrer Qualifikation und Stellung in der Organisation der Arbeit und Betriebe alte Privilegien und soziale Vorteile. Auch der Besitz eigener Produktionsmittel schützt sie nicht vor den üblichen Unsicherheiten der traditionellen Schichten der Arbeiterklasse. Sie leben zum Teil als Schein- oder Solo-Selbstständige und haben dann teilweise unterdurchschnittlichen Verdienst, schlechte soziale Absicherung oder nur sehr kurzfristige Zeitverträge.

So bringt die Digitalisierung unter den Bedingungen der kapitalistischen Lohnarbeit und Erwerbstätigkeit ein digitales Prekariat hervor, das ein Leben am Rande des Existenzminimums führt. Diese modernen Proletarier, die sich aufgrund ihrer bisherigen Position im Produktionsprozess noch über dem Großteil der Klasse sehen, verfügen über kein historisch gewachsenes Verhältnis zur Arbeiterbewegung. Daraus resultiert eine relativ große Distanz zu ihren Organisationen und Institutionen sowie eine gewisse klassenpolitische Orientierungslosigkeit.

IV. Imperialismus und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen

Trotz einer rapiden Beschleunigung der Klimaveränderungen sind die internationalen Bemühungen der Gegensteuerung, wie auf dem Weltklimagipfel in Bonn, weitgehend erfolglos geblieben. Der dem Maximalprofit als höchstem Wert verpflichtete Imperialismus zeigt sich unfähig, ernsthafte Maßnahmen gegen die Erderwärmung durchzusetzen.

Die innerimperialistische Konkurrenz, die geostrategischen Macht- und Positionskämpfe, die schon seit Beginn der Industrialisierung ökonomisch betrachtet über eine Konkurrenz des Akkumulationsvolumens und der Akkumulationsgeschwindigkeit ausgetragen werden, verhindern bislang eine Einschränkung der sich strukturell ausweitenden Verbrennung fossiler Energieträger. Letztere werden laut Internationaler Energieagentur mit rund einer halben Bio. Dollar pro Jahr subventioniert. Es gibt keine „marktwirtschaftliche Lösung“ des Klimaproblems, da die eingelagerten Kohlenstoffreserven schlicht zu groß sind, als dass auf einen prohibitiven Preisanstieg vor ihrer Erschöpfung spekuliert werden könnte. Ein vollständiger Verbrauch aller Kohlenstoff-Ressourcen würde nach heutiger Kenntnis dramatische Auswirkungen für das globale Klima haben. Schon vom heutigen Stand gilt für junge Menschen: sie werden erleben, dass große Teile des Globus unbewohnbar werden. Das Überleben der Spezies Mensch in einer zivilisierten Form macht den Ausstieg aus der Kohlenstoffindustrie noch in diesem Jahrhundert, besser noch bis 2050 erforderlich.

Die sich der Menschheit durch die Klimaveränderungen stellenden Herausforderungen machen tiefgreifende und umfassende Maßnahmen v.a. im Verkehrswesen, sowohl dem (internationalen) Warentransport wie auch dem Personenverkehr, und damit der Raumstruktur, der Produktionsverfahren, der Landwirtschaft, insbesondere auch der Massentierhaltung, der Energiebereitstellung (Wärme, Elektrizität, Mobilität) sowie ihrer Speicherung erforderlich.

Es geht um Vermeidung, Reduzierung und Kompensation von Belastungen und zwar im globalen Maßstab. Es geht also um weitreichende Eingriffe in die gesellschaftliche Produktion und ihre räumliche Ausgestaltung, die unweigerlich mit den herrschenden Eigentumsverhältnissen in Konflikt geraten. Technische Entwicklungen sind dementsprechend zwar Teil möglicher Lösungen, aber sie ersetzen nicht die Fragen nach der Entscheidungs- und Umsetzungsmacht über getroffene oder unterlassene Maßnahmen.

Daher darf es auch nicht verwundern, wenn der deutsche Staat, wie andere Länder auch, diesen Herausforderungen mit dem Bestreben der Absicherung der Verwertungsbedingungen insbesondere der Großkonzerne, der Entwicklung von Technologieführerschaft als nationalem Standortvorteil sowie der Umlage von Umstrukturierungskosten auf die werktätige Bevölkerung begegnet. Die Klimaschutzpolitik kapitalistischer Staaten wird somit zur doppelten Belastung für die Arbeiterklasse: sie ist es, die mangels individueller Schutzmöglichkeiten unter den Auswirkungen der Klimaveränderung besonders leiden wird, und sie ist es, der die Kosten für die Umstellung z.B. auf andere Energieträger aufgebürdet (z.B. EE-Umlage).

Die anthropogenen Klimaveränderungen werden die ohnehin durch die imperialistisch dominierte Weltwirtschaft und die Kriegspolitik der imperialistischen Staaten ausgelösten Flüchtlingsbewegungen erheblich verstärken. Angesichts der aggressiven Abschottungspolitik dieser Staaten, die schon heute tausende Todesopfer fordert, zeichnet sich eine globale humanitäre Katastrophe schon heute ab.

V. Widersprüche und Gegenkräfte zur Offensive des Imperialismus

Die Offensive des Monopolkapitals bestimmt nach wie vor die gegenwärtige Etappe in ihrer gesamten Widersprüchlichkeit. Die unüberwindlich scheinende Überlegenheit der imperialistischen Sieger im Klassenkampf gegen den Sozialismus und die internationale Arbeiterbewegung zeigt jedoch Risse.

Die Arbeiterklasse ist in diesen Klassenauseinandersetzungen objektiv die entscheidende Kraft. Im Protest, wie zur Veränderung der Verhältnisse: Generalstreiks der Gewerkschaften haben insbesondere seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise in Portugal, Spanien, Griechenland Hunderttausende, Ja Millionen auf die Straße gebracht und machten demonstrativ deutlich, welche Kraft sie entfalten können.

International koordinierte Kampffaktionen sind immer noch die Ausnahme. Die Vernetzung der Gewerkschaften ist ungenügend. Das liegt auch an sozialpartnerschaftlichen Illusionen, die immer noch in der Gewerkschaftsbasis verankert ist. Es wird daher viel davon abhängen, ob sich die Gewerkschaften in dieser Situation von Illusionen über Sozialpartnerschaft und CoManagement verabschieden und stattdessen Klassen Interessen wahrnehmen. Dafür treten Kommunistinnen und Kommunisten ein. Notwendig sind Gewerkschaften, die eine autonome Interessenvertretung betreiben, selbst politisch und Teil einer Massenbewegung gegen die Krisenpolitik der Herrschenden wird. Notwendig sind Gewerkschaften, die massivere Aktionen für ihre eigenen Forderungen nach Rücknahme des Sozialraubs der vergangenen Jahre entwickeln. Hier ist es Aufgabe der Kommunisten ein Klassenbewusstsein zu entwickeln.

Es formieren sich in wichtigen Ländern wie den USA, Großbritannien und Frankreich starke Reform- und Sammlungsbewegungen, die Alternativen zur Austeritäts- und Privatisierungspolitik und mehr Demokratie durchsetzen wollen. Auch die EU-weite Bewegung gegen TTIP und CETA war ein machtvolleres Beispiel des Widerstands gegen imperialistische Politik bis weit in bürgerliche Kreise hinein. Es entwickeln sich, wenn gleich noch unzureichend und deutlich zu schwach, Kampf- und Widerstandsaktionen der organisierten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen die Angriffe auf den Lebensstandard, die Untergrabung von Tarifvereinbarungen, Massenentlassungen, die Zerschlagung der sozialen Sicherheitssysteme und die Beschneidung der Rechte von Gewerkschaften auf freie Betätigung.

Vielen dieser Kämpfe mangelt es noch an Klarheit über den wirklichen Gegner, manche haben einen ständischen Charakter. Teilweise dominiert die Standortlogik, die die Konkurrenz innerhalb der Klasse und nationalistische Stimmungen noch verstärkt.

Kommunistische Parteien sind an vielen dieser Abwehrkämpfe beteiligt, werden oft aber nur am Rande wahrgenommen. Ausnahmen sind in Europa Belgien, Griechenland, Portugal, Tschechien und Zypern, in denen Kommunistische Parteien Masseneinfluss besitzen. In anderen Regionen haben Kommunistische Parteien weiterhin, teilweise sogar bedeutsamen, Einfluss: in Brasilien, Indien, Japan, Nepal, der Russischen Föderation, Südafrika und Chile. Zu den Kräften des Widerstands und des Fortschritts auf internationaler Ebene zählen auch Staaten mit sozialistischer Orientierung und mit Regierungen die - gestützt auf die Bevölkerung - eine Alternative zum Neoliberalismus suchen und sich gegen die Dominanz des US Imperialismus in den internationalen Beziehungen wehren. Eine besondere Bedeutung kommt Kuba zu, das sich unter schwierigsten Bedingungen den sozialistischen Weg gegen alle imperialistischen Angriffe verteidigt.

Die führenden imperialistischen Mächte sind sich einig in ihrer Strategie der Einkreisung der Russischen Föderation und der Volksrepublik China. Dies stellt heute die Hauptkriegsgefahr dar. Wenn die VR China und die Russische Föderation ihre Souveränität gegen diese Einkreisungspolitik verteidigen, ist dies legitim. Durch ihre Interessen an einer multipolaren Welt verteidigen sie die Charta der Vereinten Nationen in ihrer Außenpolitik. Auch wenn die Multipolarität die systembedingten innerimperialistischen Widersprüche und schon gar nicht die Widersprüche zwischen dem imperialistischen Block und den antiimperialistisch oder sozialistisch orientierten Staaten keineswegs lösen kann, sondern diese sogar teilweise vertieft, begrenzt sie die Dominanz der imperialistischen Hauptmacht USA. Dies liegt objektiv im Interesse im Interesse der Friedensbewegung und der antiimperialistischen Kräfte der Welt. Dabei übersehen wir keineswegs, dass die Russische Föderation ein kapitalistisches Land ist; aber es wird bedroht wegen seiner auf Souveränität und Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen ausgerichteten Außenpolitik

Durch die antirussische und antichinesische Ausrichtung der NATO und ihre Ausdehnung bis unmittelbar an die Westgrenzen der Russischen Föderation wächst die Gefahr, dass sich regionale Stellvertreterkriege zu einer Konfrontation zwischen dem größten imperialistischen Kriegspakt NATO auf der einen und der Russischen Föderation und China auf der anderen Seite zuspitzen.

Die Zunahme zwischenimperialistischer Widersprüche und die Rolle des deutschen Imperialismus

Doch auch die Konflikte zwischen den imperialistischen Hauptländern sind nicht mehr zu verbergen. Die US-Bourgeoisie will die europäischen Staaten stärker an den Militär- und Kriegskosten ihres überdehnten Imperiums beteiligen. Auf Drängen des militärisch-industriellen Komplexes, welches seinen Ausdruck in der Schaffung von PESCO findet, versucht sich die EU eine eigene militärische Schaltzentrale zu verschaffen, die neben und unabhängig vom US-Imperialismus handeln kann. Mit dem „Brexit“ verlässt erstmals ein Land die EU. Die Macht des Monopolkapitals als Spitzensektor der Kapitalistenklasse ist durch diese Risse aber nicht gefährdet.

Die herrschende Klasse in einem imperialistischen Land ist kein homogener Block. Gerade zu der Frage nach dem Verhältnis zur Russischen Föderation und der Sorge um den Frieden in Europa hat es in der jüngeren Vergangenheit Stimmen aus der Bourgeoisie gegeben, die sich aus unterschiedlichen Motiven um Kooperation und Ausgleich mit der Russischen Föderation anstelle einer gefährlichen Konfrontation bemüht haben. Wie ambivalent sich solche Konstellationen gestalten können, zeigt sich in den USA, wo sich mit Donald Trump ein Vertreter der nicht außenwirtschaftlich orientierten Fraktion des Großkapitals bei den Präsidentschaftswahlen durchgesetzt hat, der für anfängliche Tendenzen zum Isolationismus und zum Protektionismus jedoch massiv vom militärisch-industriellen Komplex und den „Falken“ der US-Außenpolitik bekämpft wird. Dies ist Ausdruck längerfristiger tiefgreifender strategischer Auseinandersetzungen innerhalb des US-Großkapitals um die Frage der Rolle der USA vor dem Hintergrund ihres schwindenden ökonomischen Gewichts. Für die fortschrittlichen Kräfte ist es von zentraler Bedeutung, in solchen elementaren Fragen zu differenzieren, bestehende Widersprüche in der Bourgeoisie zu vertiefen und für den Erhalt des Friedens zu nutzen.

Das imperialistische Deutschland setzte nach 1945 zu keiner Zeit auf einen eigenständigen Weg gegenüber der NATO, sondern akzeptierte die Rolle der USA als die eines wohlwollenden Hegemonen. Entsprechend seines besonderen ökonomischen Gewichts strebt der deutsche Imperialismus aber zunehmend nach größerem Einfluss innerhalb des Militärbündnisses und nach einer Forcierung der EU-Militarisierung. 2013 forderte die Studie „Neue Macht – neue Verantwortung“ der Stiftung Wissenschaft und Politik eine deutlich aggressivere deutsche Außenpolitik, die an der Seite der USA, in der Ukraine umgehend praktiziert wurde. Demnach sollen bewährte Partnerschaften Vorrang haben vor den Beziehungen zu den aufsteigenden Mächten. Deutschland müsse Mächte wie Russland einbinden „oder sie einhegen, indem es sie in ihrem Handlungsspielraum einengt“. Die NATO sei ein „Kräfteverstärker für deutsche sicherheitspolitische Interessen“. Russophobie und Sanktionen gegen die Russische Föderation, die Bundeswehr an den EU-Ostgrenzen, das stärkere neokolonialistische Engagement in Nahost und Afrika, einschließlich von Militäreinsätzen, folgen dieser Strategie.

Angesichts der Unsicherheit über den US-Kurs unter Trump wird erneut mehr europäische Autonomie gefordert und die in der BRD ohnehin geplante massive Erhöhung der Rüstungsausgaben als Beitrag zur Verteidigung der „Werte und Prinzipien des Westens“ verklärt. Laut SIPRI Jahrbuch 2017 summieren sich die Rüstungsausgaben der USA, des Spitzenreiters, auf 611 Milliarden, Chinas auf 211 Milliarden, Saudi-Arabiens auf 63,7 Milliarden, Indiens auf 56 Milliarden und Deutschlands auf 41,1 Milliarden. Dagegen belaufen sich die russischen Militärausgaben derzeit mit 69,2 Milliarden nur auf 27 Prozent dessen, was die europäischen NATO-Staaten ausgeben und auf etwas mehr 10% der US-Ausgaben. Die Bundesregierung will künftig ihre Ausgaben schrittweise auf die von der NATO vereinbarten 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufstocken, das entspräche rund 70 Milliarden Euro.

Die forcierte Aufrüstung der Bundeswehr kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der US-Imperialismus in militärischer und auch ökonomischer Hinsicht auf absehbare Zeit die führende Kraft im imperialistischen Lager bleiben wird, in dessen Windschatten die deutsche Monopolbourgeoisie bleibt, um ihre expansiven Interessen im Weltmaßstab durchzusetzen und ihre Rolle weitere auszubauen.

Die DKP bezieht Position gegen die sogenannte Äquidistanzthese, nach der die aggressive NATO-Strategie und die Art, wie Russland sich dagegen verteidigt, auf eine Stufe gestellt werden. Sie grenzt sich ab von sogenannten antideutschen Bewegungen und Positionen, die unter Negierung von deren imperialistischem Charakter die USA und deren Haupt- und Juniorpartner im Nahen Osten, Israel, gegen Kritik verteidigen, die sie als Antiamerikanismus bzw. Antisemitismus diffamieren.

Sie hält Hoffnungen und Erwartungen, dass durch den Aufstieg Russlands und Chinas eine „multipolare Weltordnung“ entstehen könnte, die eine dauerhafte solidarische oder zumindest friedliche Regelung der

internationalen Beziehungen ermöglicht, allerdings für illusionär. Anders als vor 1989 gibt es kein starkes sozialistisches Lager mehr, das den Imperialismus durch seine militärische Kraft dazu zwingen kann, seine Aggressionspläne zumindest zeitweilig zu zügeln. Eine „multipolare“ Welt unter kapitalistischen Bedingungen bleibt noch immer eine Welt des Imperialismus, des weltweiten Konkurrenzkampfes und der Kriegsgefahr. Aber unter den Bedingungen einer zunehmenden aggressiven Außenpolitik des US-Imperialismus und des NATO-Blocks kommt es auch darauf an, Widersprüche zwischen den konkurrierenden kapitalistischen und imperialistischen Staaten und auch die Widersprüche zwischen dem imperialistischen Lager und den Staaten, die sich für einen sozialistischen und antiimperialistischen Entwicklungsweg entscheiden zu erkennen und für eine Begrenzung der Kriegsgefahr auszunutzen. Dass dies möglich ist, wurde in der letzten Zeit durch die Rolle Russlands in Syrien bestätigt.

Das imperialistische Staatenbündnis EU unter Vorherrschaft des deutschen Imperialismus

Wie ihre Vorläufer EWG und EG war die EU von Anfang an ein imperialistisches Bündnis. Sie wurde im Kalten Krieg gegründet auf Betreiben des US-Imperialismus und im Interesse der herrschenden Klassen in den Kernländern des kapitalistischen Europa. Trotz konkurrierender Interessen untereinander waren sich die imperialistischen Mächte vor allem einig in der Schaffung eines Bollwerks gegen den realen Sozialismus. Die ehemaligen Westalliierten verfolgten zugleich das Ziel, den geschwächten deutschen Imperialismus in das neugegründete antisozialistische Bündnis einzubinden und so zu zähmen. Auf der anderen Seite standen und stehen die EU und ihre Vorläufer in der Tradition des Strebens des deutschen Monopolkapitals nach einer Kontrolle über den großeuropäischen Wirtschaftsraum.

Der deutsche Imperialismus hat sich dem Versuch seiner Einhegung durch eine Einbindung in die EU erfolgreich widersetzt und mit der Einverleibung der DDR und aufgrund der unangefochtenen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Konzerne den Kampf um die Vorherrschaft in der EU gewonnen. Er nutzt die EU und den Euro als Instrumente, um mit seiner Exportorientierung die EU, vor allem deren Peripherie, zu seinem Hinterhof zu machen und als Ausgangsbasis für seine Rolle als globale Wirtschaftsmacht zu nutzen. Gegenwärtig wirkt der deutsche Imperialismus auseinandertreibenden Tendenzen in der EU entgegen, indem er sich zum Vorreiter der gemeinsamen Militarisierung und Abschottung der EU-Außengrenzen macht und im Bündnis mit Frankreich einen Kontrapunkt gegenüber der Politik des derzeitigen US-Präsidenten Trump setzen will.

Das imperialistische und reaktionäre Konstrukt EU, das haben vor allem die arbeitenden Menschen in den schwächer entwickelten Peripheriestaaten der EU leidvoll erfahren, lässt sich weder auf irgendwelche fiktiv demokratischen und sozialen Ursprünge zurückführen noch in ein Instrument für eine soziale und progressive Politik verwandeln. In dieser Situation ist der Kampf gegen die Aufgabe nationaler Souveränität zugunsten der Machtbefugnisse des EU-Ministerrats, der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und informeller Gremien wie der Eurogruppe mit der Perspektive eines Austritts aus der EU und der Eurozone zu führen. Dieser Kampf der Arbeiterklasse und anderer Schichten gegen die EU ist zugleich gegen die eigene Monopolbourgeoisie gerichtet und ebnet einen antimonopolistischen und antiimperialistischen Weg für einen solidarischen und gleichberechtigten Zusammenschluss der Völker.“ In Deutschland ist die Verteidigung der demokratischen und sozialen Elemente des Grundgesetzes dabei ein entscheidendes Kampffeld.

Rolle des Nationalismus als Spaltungsinstrument im Interesse der Monopole

Die DKP sieht es als ihre Aufgabe an, Formen der nationalen Demagogie entgegenzutreten, mit denen reaktionäre Kräfte unter dem Deckmantel der Kritik am US-Imperialismus oder seiner Protagonisten für nationale Interessen Deutschlands werben, damit aber die Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie meinen. Dazu gehört auch, dass die DKP die Stationierung von US-Atomwaffen und -Militärbasen auf deutschem Boden, von denen aus völkerrechtswidrige Angriffskriege geführt werden, als Verstoß gegen das Grundgesetz und somit als Verstoß gegen die nationale Souveränität der BRD benennen.

Die Forderung nach Abzug aller US-Atomwaffen und Schließung der US-Basen richtet sich gleichzeitig gegen die Kollaboration der politischen und wirtschaftlichen Eliten und des deutschen Monopolkapitals mit dem US-Imperialismus. Friedenspolitik und Antimilitarismus, Wahrung des Interesses an einem Leben ohne Krieg, Verteidigung von demokratischen Grundsätzen der Verfassung und der im demokratischen Sinne verstandenen „nationalen“ Interessen sind somit unmittelbarer Bestandteil der antimonopolistischen Strategie der DKP. Wir sagen deutlich Nein zu einer deutschen Atom-Bombe und weisen auch die nukleare Teilhabe als das zurück, was sie ist: ein Instrument der deutschen Kapitalisten im Bündnis mit den USA gegen die Völker.

Reaktionäre und faschistische Bewegungen bilden eine Reserve der Monopolbourgeoisie, um die Arbeiterbewegung und demokratische Kräfte zu unterdrücken und zu spalten unter anderem durch Rassismus und Chauvinismus in verschiedensten Spielarten. Sie bereiten und bereiten den Boden vor für die Errichtung einer brutalen Diktatur der reaktionärsten Sektoren der Monopolbourgeoisie, die sich vor allem - aber nicht nur – gegen konsequent systemkritische, sich am Marxismus und Leninismus orientierende Kräfte richtet, die aber darüber hinaus größere Teile der kleinbürgerlichen Mittelschichten und auch Teile der Bourgeoisie bedroht.

Wir haben gleichzeitig zu beachten, dass „vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsstapen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsstapen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr.“ (Georgi Dimitroff)

Der Faschismus ist eben nicht nur ein Feind der revolutionären Arbeiterbewegung, sondern strebt auch die Liquidierung der Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie an, die die revolutionäre Arbeiterbewegung „wie die Luft zum Atmen“ braucht (Friedrich Engels) und verteidigen muss. Daraus erwachsen Bündnismöglichkeiten die im Rahmen der antimonopolistischen Orientierung der DKP einen nicht unbedeutenden Platz einnehmen.

Rechtspopulismus und autoritärer Sicherheitsstaat

Die weiterhin ungebrochene Unterstützung der finanzkapitalistischen Offensive durch den sog. neoliberalen Parteienblock und dessen Flankierung durch den europäischen und US-amerikanischen Reformismus, hat derzeit noch die Hinwendung zu einer konsequenten; einer wirklich linken Alternative weitgehend verbaut: Nationalistische, reaktionäre, sog. „rechtspopulistische“ Parteien wurden gestärkt und teilweise in die Nähe der Regierungsfähigkeit gebracht.

In Deutschland bietet sich die AfD den Herrschenden als Auffangbecken für die rasch wachsende Zahl, der von der neoliberalen Offensive Enttäuschten, nun als „Wutbürger“ Diskreditierten an. Dabei verbindet sie ihren als Protest gegen den „nationalen Ausverkauf“ verkleideten, fremdenfeindlichen Nationalismus mit einer umso rigideren Unterstützung des neoliberalen Kurses des Finanzkapitals gegen dessen Wirkungen sie ja gerade angetreten zu sein vorgibt. Diese Demagogie der AfD erlaubt es den Herrschenden, gerade auch den linken Protest mit dem Verweis auf eine angebliche „Querfront“ als ebenfalls borniert nationalistisch zu delegitimieren und den eigenen reaktionären Kurs als weltoffen, liberal und anti-diskriminierend anzupreisen. Auch die politische Vereinnahmung der Gender-, der LGBT-Bewegung in das imperialistische Projekt, die wohlwollende propagandistische Herausstellung von Identitäts-Ideologien und -Politiken bei gleichzeitiger Bekämpfung der sozialen und Klassenkämpfe dient diesem Ziel.

Dabei geht die Hauptgefahr für die Reste der bürgerlichen Demokratie vom gegenwärtig herrschenden Machtkartell, seinen Parteien, Medien und Institutionen aus. Insbesondere der reaktionäre Charakter der Meinungsindustrie wird größeren Teilen der Bevölkerung zunehmend bewusst („Lügenpresse“), was zu einer Suche nach Alternativen zu einem breiten Angebot vor allem im Internet geführt. Daher versuchen die Herrschenden, diesen Bereich der Meinungsäußerung zu diskreditieren. Mit der propagandistischen Abgrenzung des neoliberalen Parteienblocks zum Rechtspopulismus soll die schleichende Entwicklung zum autoritären Sicherheitsstaat kaschiert werden, die mithilfe der Monopol-Medien von ihnen selbst vorangetrieben wird.

Die Entwicklung zum autoritären Sicherheitsstaat heute ist eine notwendige Konsequenz der asozialen, neoliberalen Gegenreform. Die diktatorische Zurichtung der Bevölkerung beginnt heute aber weit eher, vor allem mit einer ausgefeilten und massiven, aber unmerklichen Bewusstseinskontrolle und -steuerung bis hin zur Meinungs-, Verdachts- und Vorbeugekriminalisierung. Der Konformitätsdruck einer herrschaftsgesteuerten Political Correctness ist gewaltig wie man an zahlreichen Selbstzurichtungen der Partei DIE LINKE exemplarisch studieren kann.

Wenn die nationale Frage die Klassenfrage überdecken soll, wie es schlechte bürgerliche Tradition ist, dann setzen wir Kommunistinnen und Kommunisten dem die Erfahrung der gemeinsamen Ausbeutung der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten des Volkes durch das Monopolkapital entgegen. Dabei ist es unerheblich, ob an die Stelle des traditionellen deutschtümelnden Nationalismus die „aufgeklärtere“ Variante des „EU-Nationalismus“ tritt oder eine Kombination aus beidem. Alle drei Varianten spielen für die Herrschaftssicherung der imperialistischen Bourgeoisie im eigenen Land und in der EU eine zentrale Rolle.

Nationaler Nihilismus, die Kehrseite des Nationalismus, wie er in weiten Teilen der Linken vorherrscht, ist mit dieser Strategie der Spaltung kompatibel und stützt – gewollt oder nicht – die imperialistische Offensive. Darüber hinaus überlassen Teile der Linken dieses Feld des ideologischen Klassenkampfes kampflos den Herrschenden, schließen die Möglichkeit ihrer klassenmäßigen Beantwortung vom Standpunkt der Arbeiterklasse kategorisch aus und verunglimpfen die nationale Frage als Nationalismus. Damit haben Kommunistinnen und Kommunisten nichts zu tun. Unsere Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von ihrer Herkunft, sind Teil der Arbeiterklasse unseres Landes. Mit der Arbeiterklasse anderer Länder verbindet uns unser proletarischer Internationalismus. Mit all diesen Arbeiterinnen und Arbeitern stehen wir somit objektiv auf einer Seite gegen deutsche und ausländische Ausbeuter.

B. Der Kampf der Kommunistinnen und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland

I. Das Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus

Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist und bleibt der grundlegende Klassenwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft. Seine Lösung erfordert die sozialistische Revolution.

„Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen voraus. Sie gründet sich auf das gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln, an den Finanzinstituten und Naturressourcen. Sie ermöglicht damit die planvolle Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums zum Wohle der Allgemeinheit und die immer bessere Befriedigung der wachsenden kulturellen Bedürfnisse.“ (Programm der DKP)

Elementare Bestandteile des Sozialismus sind

- die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel und die Enteignung der wichtigsten kapitalistischen Unternehmen,
- die Errichtung einer sozialistischen Demokratie unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, die sich dafür neue politische Herrschaftsinstrumente schafft, den alten kapitalistischen Staatsapparat mit seinen Machtorganen radikal ersetzt, zum Teil umbaut und auflöst und die fähig ist, diese neue proletarisch-sozialistische Demokratie zu verteidigen,
- die gesamtgesellschaftliche Planung einer ökologisch nachhaltigen und regenerativen Produktion nach den Bedürfnissen der Mehrheit der arbeitenden Menschen.

Der Sozialismus ist die erste, unreife Phase der kommunistischen Gesellschaft, die noch von den Muttermalen der alten Gesellschaft gezeichnet ist. Alle Erfahrungen zeigen, dass dies ein längerer historischer Entwicklungsweg ist, auf dem es Rückschritte geben kann und wird, sogar Konterrevolutionen, insbesondere wenn die kommunistisch-sozialistischen Kräfte ihre Verbindung zur arbeitenden Bevölkerung verlieren und sich von den Bedürfnissen der Werktätigen entfremden.

Der Sozialismus wird verschiedene Etappen seiner „Reifung“ durchlaufen müssen. Er ist kein Paradies auf Erden. Es gilt noch das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“. Erst der Kommunismus wird sich nach dem Prinzip entwickeln: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

Die vielfältigen Erfahrungen und Errungenschaften des realen Sozialismus, insbesondere die aus der UdSSR und der DDR sind unverzichtbarer Teil unseres historischen Erbes und unserer Identität als Kommunistische Partei.

II. Die „antimonopolistische Strategie“ der DKP heute

Wir wissen aus der langen Geschichte der kommunistischen Bewegung, dass der Sozialismus nur erkämpft werden kann, wenn zunächst die politische und ökonomische Macht des Monopolkapitals gebrochen wird. Großkonzerne, Großbanken, die Finanzoligarchie und der mit ihr verflochtene Staat bilden das Machtzentrum des heutigen Kapitalismus.

Das Monopolkapital ist das strukturbestimmende Wesensmerkmal des Imperialismus. Deshalb müssen sich alle strategischen Überlegungen und Anstrengungen gegen dieses Zentrum richten. Antiimperialistischer

und antimonopolistischer Kampf sind die entscheidende Form des antikapitalistischen Kampfes gerade im hochentwickelten imperialistischen Deutschland.

Die antimonopolistische Strategie soll, ausgehend von den kurz- und mittelfristigen Interessen der Arbeiterklasse und der nichtmonopolistischen Schichten, an den revolutionären Bruch heranführen und im Sinne der allgemeinen Überlegungen zur Stamokap-Theorie und der Kritik Lenins am „linken Radikalismus“ den „Übergang“ zur sozialistischen Umwälzung vorbereiten. Zwischen der antimonopolistischen und der anti-kapitalistischen Orientierung gibt es keinerlei Gegensatz.

Die Bedeutung des Kampfs um eine Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt

Bei den außerparlamentarischen Aktionen der Friedensbewegung, der Gewerkschaften, von Elterninitiativen oder Aktionen Jugendlicher, von Initiativen gegen Neonazis und Faschismus, gegen Verschlechterungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, gegen Privatisierungen, Demokratieabbau, Freihandelsabkommen und Umweltzerstörung steht nunmehr seit Jahrzehnten die Verteidigung früher erkämpfter sozialer Errungenschaften und demokratischer Rechte im Mittelpunkt. Diese sind durch die anhaltende Gegenreform und die damit einhergehende Rechtsentwicklung bedroht. Die Abwehrkämpfe gegen Verschlechterungen überwiegen den Kampf um neue Errungenschaften.

Daher heißt es in unserem Programm: „Unter den gegebenen Bedingungen werden Abwehrkämpfe im Zentrum einer ganzen Kampfetappe stehen. Schon in diesen Auseinandersetzungen wird es nur dann wirkliche Erfolge geben, wenn ein qualitativ neues Niveau bei der Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen, der Erwerbslosen, der Rentner, aller von der Demontage sozialer und demokratischer Errungenschaften Betroffenen, wenn ein neuer Aufschwung der Friedensbewegung und anderer demokratischer Bewegungen erreicht werden kann. Zugleich können und müssen in den Kämpfen um die Verteidigung des Erreichten die Kräfte gesammelt werden für fortschrittliche Reformen, für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt.“ (Programm der DKP)

Dies darf nicht reformistisch als bloße Aneinanderreihung von Reformen verstanden werden, sondern als die maximale Entfaltung von Klassenkämpfen, um so konkret wie möglich Banken und Konzerne ins Visier zu nehmen. Hauptziel dabei ist die Entwicklung von Klassenbewusstsein, Zurückdrängung des Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung, Stärkung der Organisiertheit der Arbeiterklasse, maximale Stärkung unserer Partei und von Gegenmachtstrukturen. Dazu gehören u.a. kämpferische gewerkschaftliche Vertrauenskörper, Betriebs- und Personalräte sowie Interessenvertretungsstrukturen auf kommunaler Ebene. Es geht letztlich um die Veränderung der Hegemonie zugunsten der Arbeiterklasse. Reformkämpfe müssen an die Grenzen des Kapitalismus heranführen und damit die Notwendigkeit des Bruchs mit der Monopolmacht verdeutlichen.

Der Übergang von reinen Abwehrkämpfen hin zu Reformkämpfen zur Verbesserung der Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Maßstab ist unser nächstes Etappenziel im Rahmen unserer antimonopolistischen Strategie. Damit die Arbeiterklasse beginnt selbstbewusst und offensiv ihre Interessen zu artikulieren und dafür zu kämpfen braucht es bereits ein hohes Maß an Klassenbewusstsein und Klassenorganisation. Welche der Forderungen sich im Zuge dieser Etappe erkämpfen lassen ist nicht vorherzusehen. Weil die Verteilungsspielräume aber weiter sinken, werden selbst scheinbar kleine Reformforderungen entschieden bekämpft werden. Wir wissen, dass auch punktuelle Erfolge in dieser Etappe das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit nicht grundsätzlich umkehren. Kein Erfolg ist damit langfristig gesichert so lang die Arbeiterklasse nicht die politische Macht errungen hat.

Das für eine Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt nötige Niveau des außerparlamentarischen Drucks der Bevölkerung zu erreichen ist nicht einfach. So erfreulich es auch ist, dass sich in einigen entwickelten kapitalistischen Ländern derzeit linke Wahlbewegungen formieren – für die Durchsetzung einer Wende in Richtung Fortschritt hin zur Entwicklung von offensiveren Kämpfen werden Wahlen und Wahlergebnisse keinesfalls ausreichen. Die Gefahr einer Anpassung auch linker Regierungen ist angesichts von Krisen und Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals und angesichts der immer schärfer werdenden internationalen Konkurrenz heute noch größer als in früheren Perioden, in denen das internationale Kräfteverhältnis erheblich günstiger war.

Als Kommunistinnen und Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland haben wir uns besonders mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass von der Stärke der deutschen Großkonzerne ein massiver Druck in Richtung reaktionärer Lösungen nicht nur im eigenen Land, sondern in der gesamten EU ausgeht, deren Länder nach dem Vorbild der Schröderschen Agenda 2010 und der Merkelschen Austeritätspolitik zuguns-

ten von Konzernen und Banken geformt werden. Die gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse in unserem Land zu Lasten des Monopolkapitals zu verändern, würde den Spielraum der Arbeiterbewegung deshalb nicht nur bei uns, sondern zugleich in anderen Ländern vergrößern und ist daher auch unsere wichtigste internationalistische Pflicht.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus von heute ist um ein Vielfaches ausgereifter und komplexer als vor 100 Jahren. Noch mehr als damals stellt er die unmittelbare materielle Vorbereitung der nächsthöheren, der sozialistischen Gesellschaft dar. Zugleich ist die imperialistische Bourgeoisie aber noch erfahrener und auch brutaler im Umgang mit einer klassenkämpferischen Arbeiterbewegung und den ihr sich anschließenden Bündniskräften geworden. Die imperialistische Bourgeoisie wird bei jedem Schritt, der in dieser Etappe in Eigentumsrechte eingreift, der an die Einschränkung, die Enteignung und die Vergesellschaftung großkapitalistischen Eigentums heranführt und in dem sie damit eine sozialistische Gefahr wittert, den allerheftigsten Widerstand mobilisieren.

Die Schwächephase der Kommunistischen Parteien ist in vielen Ländern nach dem Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern Europas und der Sowjetunion noch nicht überwunden. Die starke moralische und politische Kraft der Sowjetunion, die über viele Jahrzehnte ein deutliches Hindernis gegenüber dem Imperialismus bildete, fehlt. Der DKP fehlt insbesondere die Kraft, die der erste sozialistische deutsche Staat als Gegengewicht gegenüber dem deutschen Imperialismus über 40 Jahre entwickelte.

Nicht zufällig konnten die Herrschenden ihren harten neoliberalen Kurs so eisern beibehalten. Er ist Ausdruck des Systemcharakters und der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und der Schwäche antikapitalistischer Kräfte. Das kann aber nicht heißen, auf den Kampf um demokratische und soziale Reformen zu verzichten. Der Konfrontation mit der Macht des Monopolkapitals darf nicht ausgewichen werden, sondern auf sie muss orientiert werden. „Das erfordert zumindest Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals und wirft die Eigentumsfrage auf. Herkömmliche soziale und demokratische Reformen rücken so näher an die Notwendigkeit grundlegender antimonopolistischer Umgestaltungen heran.“ (Programm der DKP)

In der gegenwärtigen Etappe des Abwehrkampfes gegen Verschlechterungen benennen wir daher demokratische Alternativen und weitergehende Teil- und Übergangsforderungen, die die scheinbar unbegrenzte Macht der Monopole einschränken und durch deren Realisierung neue Spielräume im Kampf um die Entmachtung des Großkapitals erschlossen werden könnten. Dabei werden wir nie unser langfristiges sozialistisches Ziel verschweigen. Wir begründen und propagieren die Notwendigkeit des Sozialismus und üben Solidarität mit allen Ländern, die ihn aufbauen oder die eine sozialistische Entwicklung anstreben.

Die Kraft der Arbeiterklasse ist entscheidend

Als Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt bezeichnen wir den Beginn der Durchsetzung sozialer Reformen und demokratischer Alternativen auf breiter Front durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Er wäre auf Seiten der herrschenden Klasse mit einem Zurückweichen verbunden. Ob und in welchem Tempo dieser Stopp der Offensive des Kapitals und der Übergang von der Defensive der antikapitalistisch-antimonopolistischen Kräfte zur Offensive zu weiteren Schritten bis hin zum revolutionären Bruch mit der Macht des Monopolkapitals führt und ob der Bruch in einer oder in mehreren Etappen erfolgt, hängt ab von der Stärke und Reife, die die Arbeiterbewegung und ihre Verbündeten im Verlaufe des Kampfes entwickeln - also vom Entwicklungsgrad des subjektiven Faktors im Klassenkampf -, vom Kräfteverhältnis der Klassen sowie von weiteren konkreten subjektiven und objektiven Bedingungen, die im Einzelnen nicht vorhersagbar sind.

Dabei ist die Überwindung von Inkonsequenzen und strukturellen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Fehlentwicklungen, insbesondere die dauerhaft starke und ungebrochene Dominanz von sozialpartnerschaftlichen Theorien und Illusionen, in den unterschiedlichen Führungsebenen und -gruppierungen der verschiedenen DGB-Gewerkschaften eine der wichtigen Bedingungen dafür, dass sie sich in erster Linie von den Klasseninteressen ihrer Mitglieder leiten lassen und ihre volle Wirksamkeit als kämpferische Massenorganisationen der Arbeiterklasse und Werktätigen zur Geltung bringen. Wie schon Lenin feststellte: Dieser Opportunismus innerhalb der Arbeiterklasse ist nicht mangelnder Moral einzelner Funktionäre geschuldet, sondern er ist das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche – des Monopolkapitalismus. Eine herausgehobene Schicht der Arbeiterklasse wird von der Monopolbourgeoisie mithilfe der Extra- bzw. Monopolprofite systematisch korrumpiert.

Bei aller Veränderung in der Arbeiterklasse ist festzuhalten, dass Streiks, einschließlich des politischen Streiks, die wichtigste Waffe war und bleibt, um in den notwendigen Kämpfen für die Durchsetzung der „Wende“ bestehen zu können, aber auch um vorwärts zu kommen.

Das setzt auch die generelle Auseinandersetzung mit den verschiedenen Schattierungen und Varianten des Reformismus sowohl in seinen traditionellen wie neuen Formen und der Ideologie der Klassenversöhnung auch in Form eines ökologisch fundierten und systemkonformen Reformismus voraus.

Auch angesichts der akuten Krise dieser verschiedenen Varianten des Reformismus, die sich an den teilweise dramatischen Stimmenverlusten für SPD, Linkspartei und Grünen ablesen lässt, bleibt es eine dauerhafte Aufgabe diese Varianten der Klassenversöhnung und gleichzeitig deren teilweise massive Mitwirkung und Eigenverantwortlichkeit an einer antisozialen Innen- und einer zunehmend militaristisch geprägten Außenpolitik zurückzuweisen.

Dabei bleiben wir uns der Differenziertheit und Unterschiede zwischen und innerhalb dieser Organisationen bewusst und werden auch weiterhin Chancen für gemeinsame soziale, antimilitaristische und antifaschistisch-demokratische Bündnisse nutzen.

Elemente des subjektiven Faktors im Klassenkampf sind neben der Kampfkraft der Gewerkschaften und dem einigen Handeln der Arbeiterbewegung der politische und kulturelle Einfluss und die organisatorische Kraft der kommunistischen Partei. Zwingende Voraussetzungen dafür sind ihre ideologische Festigkeit, ihre Fähigkeit zur schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, ihre starke Verankerung in der Arbeiterklasse und in der Gesellschaft sowie ihr einheitliches Handeln. Die DKP setzt sich zum Ziel, sich zu einer solchen kommunistischen Partei zu entwickeln. Ob und inwieweit es der kommunistischen Partei möglich ist, sich in offener und freier politischer Auseinandersetzung flexibel mit den Massen zu verbinden oder ob sie gezwungen ist, zeitweise als Kaderorganisation zu arbeiten, hängt jeweils von der Härte des Klassenkampfes und der Fähigkeit des Klassegegners ab, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken.

Die heutigen Abwehrkämpfe sind das Feld, auf dem sich die Kräfte für grundlegende Veränderungen sammeln können. Ihr Erfolg, ihre Stärke und Qualität entscheiden über Tempo und Ausmaß künftiger revolutionärer Umbrüche. Defensivkämpfe und die längerfristige Vorbereitung einer eigenen Offensive der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten sind keine getrennten Aufgaben und strategischen Optionen. Ob und inwieweit dies versucht wird und gelingt, hängt zuallererst vom bewussten Handeln des marxistischen Kerns der Arbeiterbewegung, von der strategisch begründeten Anlage und Zuspitzung der Klassenkämpfe, ab. Hier liegt die Kernaufgabe der kommunistischen Partei.

Diese Wende ist die Voraussetzung, dafür dass sich in einer Phase verschärfter ökonomischer und politischer Kämpfe ein solches Kräfteverhältnis entwickeln kann, durch das eine Kampfetappe erreicht wird, die – wie Lenin sagt – „noch kein Sozialismus, aber schon kein Kapitalismus mehr (ist). Das ist ein gewaltiger Schritt zum Sozialismus, ein derartiger Schritt, dass man ... von diesem Schritt schon nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewaltigung der Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte.“ (LW 25, S.371)

Es geht also um den Beginn einer deutlichen Schwächung und Zurückdrängung, aber zunächst noch nicht um die endgültige Überwindung der Macht der herrschenden imperialistischen Großbourgeoisie. Es ist eine Kampfetappe, in der die entscheidenden Schlachten um die politische Macht und um die Verfügung über die wichtigsten Produktionsmittel erst begonnen haben und noch nicht entschieden sind.

Diese Phase stellt eine Heranführung an die proletarische Revolution dar, sie ist Bestandteil des einheitlichen revolutionären Prozesses und keineswegs ein eigenständiges gesellschaftliches Stadium, wie es immer wieder von opportunistischen Kräften suggeriert wird.

III. Unsere Kampfziele und Kampffelder

Heute gilt es die dringendsten Probleme der arbeitenden Menschen aufzugreifen, Aktivitäten zu unterstützen oder zu initiieren und Forderungen aufzustellen, die geeignet sind diese Probleme anzugehen und zugleich einen Beitrag zu leisten, um auf mittlere Sicht Kräfteverhältnisse zu verändern. Wir wollen die Bereitschaft unter den werktätigen Menschen erhöhen, die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Unsere Vorschläge für politische und ökonomische Kampffelder, auf denen sich die reale Dialektik von Defensive und Offensive entfalten kann, enthalten zugleich kurz- und längerfristige Ziele.

1. Strategisches Ziel ist es, die Offensive des Imperialismus zu bremsen und zu stoppen und zu einer Politik des Friedens und der Abrüstung, zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu kommen.

Hier und heute die Abwehr der Offensive des Kapitals in den Fokus unserer Kämpfe zu setzen bedeutet nicht, die Illusion eines reform- und friedensfähigen Kapitalismus zu haben. Es heißt konkret, für die Beendi-

gung aktueller Kriege zu kämpfen und gegen die Gefahr eines die gesamte Menschheit bedrohenden Krieges, ausgelöst durch die NATO-Konfrontation gegen Russland und China und mit der Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen. Es geht darum, den Imperialismus der USA, der EU, Deutschlands sowie die NATO, das zentrale militärische Instrument der führenden Imperialismen, an der Unterwerfung anderer Staaten zu hindern.

Dies wird nicht durch Appelle an die Vernunft der Herrschenden erreicht. Es erfordert breite außerparlamentarische Bewegungen und Kämpfe, in denen wir als Kommunistische Partei den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Militarismus und Krieg vermitteln müssen. Wenn es nicht gelingt einen atomaren Krieg zu verhindern und die weitere Unterjochung und Zerstörung ganzer Staaten durch den Imperialismus zu stoppen, sind alle Vorstellungen von weitergehenden sozialen und politischen Veränderungen illusorisch.

2. In und mit der Friedensbewegung stehen wir aktuell vor der Herausforderung, Widerstand gegen die aktuellen Planungen zur Anhebung der Militärausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu organisieren und in diesen Abwehrkämpfen die Kräfte zu sammeln, die in der Lage sind reale Abrüstung durchzusetzen.

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind zu beenden und alle Rüstungsexporte zu unterbinden. Die DKP fordert Rückzug und Austritt der Bundesrepublik aus der NATO einschließlich des Abzugs aller Atomwaffen, Militärdrohnen und anderer aggressiver Arsenale. Sie verlangt die Kündigung von Stationierungsabkommen über ausländische Streitkräfte in Deutschland, die Schließung der US Kommandozentralen EUCOM und AFRICOM und das Ende der Militarisierung. Wir wehren uns gegen Bundeswehrwerbung im öffentlichen Raum und insbesondere an Schulen und Universitäten, gegen Kriegshetze und die Konstruktion von Feindbildern.

Der Vormarsch der NATO an die Grenzen der Russischen Föderation, der Ausbau der NATO zum globalen „Anti-Terror-Bündnis“ zur Führung neokolonialer Kriege und zur Zerstörung unliebsamer Staaten ist ebenso zu beenden wie der Ausbau der EU zu einer Militärmacht.

3. Anstelle von Sanktionen, militärischer Einkreisung und Stellvertreterkriegen fordern wir Beziehungen der gleichberechtigten Kooperation zur Lösung globaler und sozialer Probleme aufzubauen. Frieden in Europa kann es nur zusammen mit der Russischen Föderation geben. Chinas Infrastrukturprojekt „One Belt One Road“ (Neue Seidenstraße) kann die Entwicklung und Kooperation zwischen Asien, Europa und Afrika fördern.

Wirtschaftsabkommen, die die Ungleichheit in der Welt vergrößern, indem sie die eigenständige Entwicklung armer Länder zugunsten der reichen imperialistischen Zentren behindern, lehnen wir prinzipiell ab.

Es geht uns um das Ende der Militarisierung der EU und der mörderischen Abschottung ihrer Außengrenzen. Interventionskriege, Land-Grabbing und Klimawandel müssen gestoppt und damit Ursachen für massenhafte Flucht, Vertreibung und Migration vermindert werden.

4. Das zentrale Kampffeld der Kommunistinnen und Kommunisten ist der Betrieb und hier vor allem betriebliche Auseinandersetzungen. Bei der täglichen Arbeit, vor allem aber in den Auseinandersetzungen um Arbeits- und Einkommensbedingungen ist ihre Position im Klassengegensatz für die Beschäftigten objektiv am deutlichsten zu erkennen.

Obwohl der Grad der Ausbeutung in den letzten Jahren sowohl im produzierenden Gewerbe, aber auch im kompletten Dienstleistungsbereich vom Kapital immer weiter erhöht werden konnte, führt dies nur bei einem Teil der Beschäftigten zu höherem Bewusstsein und zu steigender Bereitschaft, sich aktiv in (Tarif-) Auseinandersetzungen einzubringen und für ihre Rechte zu streiten und auch zu streiken.

In großen Teilen der Belegschaften ist es der Kapitalseite – zum Teil in Zusammenarbeit mit oder zumindest ohne Gegenwehr der DGB-Gewerkschaften - gelungen, sozialpartnerschaftliche Illusionen, Standortdenken und Ständedünkel so zu unterfüttern, dass betriebliche Kämpfe gar nicht mehr stattfinden und Tarifrunden ritualisiert und oftmals ohne Beteiligung der Beschäftigten stattfinden. In diesen Auseinandersetzungen verteidigen wir die historische Errungenschaft der Einheitsgewerkschaft.

Als Resultat der Tariffucht und der gezielten Angriffe gegen die Flächentarifverträge und aufgrund neuer Tarifforderungen, wie zum Beispiel nach Personaluntergrenzen im Krankenhausbereich, gewinnen die Gewerkschaften zunehmend mehr Erfahrungen in der Auseinandersetzung um Haustarifverträge.

Obwohl es auf der Ebene der Häuserkämpfe deutlich schwieriger ist, tarifliche Erfolge zu erzielen, zwingt die Zunahme dieser Tarifikämpfe die Gewerkschaften in eine Auseinandersetzung mit dieser Art der Konflikte, bei denen die einzelnen Belegschaften das auseinandersetzungsbestimmende Merkmal sind und hier Beschäftigte reale Kampferfahrungen und Bewusstseinsbildung erleben. In diese innergewerkschaftliche Debatte bringen wir uns aktiv ein und unterstützen alle Vorgehensweisen, die die betrieblichen Kämpfe wieder zu Kämpfen der Belegschaften machen. Wir erteilen der Stellvertreterpolitik der Gewerkschaften eine klare Absage und treten im Betrieb und in den Gewerkschaften Antikommunismus, Nationalismus, Faschismus, Fremdenhass, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus klar entgegen.

Unser Ziel ist es, die Basis für eine Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den Betrieben zu legen und diese dadurch in den Gewerkschaften wieder erreichen zu können. Nur so ist es möglich, eine stabile Grundlage für antimonopolitische Bündnisse zu bekommen.

5. In unserem Kampf um eine Wende zu sozialem Fortschritt sind die wesentlichen Kampffelder die betrieblichen Auseinandersetzungen um Entgeltsteigerungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Wir unterstützen wo immer möglich innerhalb von Betrieben Auseinandersetzungen, vor allem in den wesentlichen Kampffeldern:

- Die Kämpfe für mehr Lohn und alle Forderungen, die die materiellen Lebensbedingungen der Beschäftigten verbessern;
- Den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Dazu gehören vor allem betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen um Arbeitszeitfragen, die perspektivisch bei Ausweitung der Auseinandersetzungen auch eine Grundlage für gesetzliche Forderungen der Gewerkschaften und breiterer Bündnisse schaffen können z.B. für
 - mittelfristig die Kürzung der gesetzlich zulässigen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden und langfristig auf 30 Stunden.
 - die Erhöhung des gesetzlichen Mindesturlaubs auf sechs Wochen.
 - die Senkung des Rentenalters auf 63 Jahre und die Wiederherstellung des Rentenniveaus auf 70 Prozent.
- Betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen um Personal- oder Pensum-bemessungen, wie sie gerade im Bereich der Krankenhäuser, Pflegeheime und Kitas, aber mittlerweile auch z.B. bei den Postdiensten von den Belegschaften gefordert werden.

Weitere Kampffelder, in denen wir betriebliche Auseinandersetzungen anstoßen oder unterstützen sind:

- die Wiederherstellung des Normalarbeitsverhältnisses auf der Basis einer „kurzen Vollzeit“ mit 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich als „neuem Vollzeitarbeitsverhältnis“ und den Kampf gegen Prekarisierung insbesondere vor dem Hintergrund der möglichen Folgewirkungen der Digitalisierung. Dazu gehören das Verbot von Leih- und Zeitarbeit, die Zurückdrängung der sogenannten Mini-Jobs sowie das Verbot von Lohndumping durch Werkverträge.
- der Kampf gegen die Tariffucht von Unternehmen.
- der Kampf um mehr demokratische Rechte in Betrieb und Wirtschaft. Dazu gehören die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung auf Planung und Organisation des Betriebes, die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften, unter anderem auf die Aus- und Weiterbildung und auf soziale Standards für neue Tätigkeiten.

Dort, wo wir keinen oder fast keinen Zugang in Betrieben haben, unterstützen wir auseinandersetzungswillige Belegschaften durch kontinuierliche Arbeit an strategisch ausgewählten Betrieben mit dem Ziel, mittelfristig eine Verankerung in der Belegschaft zu erreichen.

6. Der weitere Abbau demokratischer Rechte muss verhindert werden. Gegen Merkels Ideal der „marktkonformen Demokratie“, in der die Konzerne ungebremst agieren und demokratischer Widerstand kriminalisiert wird, muss sich demokratische Gegenmacht formieren. Sie beginnt mit der Formierung der Arbeiterklasse zu einer Klasse, die selbstbewusst gemeinsam mit ihren Verbündeten um ihre Interessen und Rechte kämpft und die den Zusammenhang zwischen der Herrschaft des Monopolkapitals und reaktionären sowie faschistischen Formen der Machtausübung vermittelt und den Kampf dagegen führt. Die Funktion der sozialen Demagogie der Rechten, die neuerliche Propagierung eines „sozialen Patriotismus“ seitens der AfD zugunsten der „deutschen Arbeiter und Rentner“, das Bemühen um die Organisation von Gewerkschaftern, Personal- und Betriebsräten bis hin zum Aufbau einer reaktionären Gegengewerkschaft besteht in der Kanalisierung von Unzufriedenheit und Protest in eine für die Herrschaft des Monopolkapitals ungefährliche Richtung.

Die Funktion der sozialen Demagogie der Rechten besteht in der Kanalisierung von Unzufriedenheit und Protest in eine für die Herrschaft des Monopolkapitals ungefährliche Richtung. Die äußerste Rechte fungiert

zudem als Reserve des Kapitals für künftige Krisen, in denen die Integrationskraft der bürgerlichen Parteien nicht mehr ausreicht. Der antifaschistische Kampf ist daher Teil des Klassenkampfes, so wie der Kampf gegen forcierte Ausbeutung, Kriegspolitik und fortschreitenden Demokratieabbau Teil des antifaschistischen Kampfes ist.

Zur politischen Isolierung der Rechtskräfte, insbesondere der AfD als einer Organisation mit einer Scharnierfunktion für den Neofaschismus, sind breiteste Bündnisse auch unter Einschluss bürgerlich-antifaschistischer und demokratischer Kräfte einzugehen, ohne dass wir unsere marxistische Analyse und weitergehende Forderungen aufgeben bzw. auf deren Propagierung verzichten. Maßstab für den Erfolg unserer antifaschistischen Bündnisstrategie ist dabei der Grad der Zurückdrängung des Einflusses rechter Ideologie und Organisationen unter den Werktätigen durch die Mobilisierung für ihre eigenen Interessen gegen das Kapital.

Das wichtigste Bollwerk gegen rechts ist eine Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die die demokratischen und sozialen Interessen der Lohnabhängigen gegen das Großkapital vertritt und damit einen Gegenpol zur reaktionären Politik verkörpert.

Wir fordern ein konsequentes Vorgehen gegen Faschisten entsprechend dem antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes. Dazu gehören das Verbot und die Zerschlagung der NPD und neonazistischer Organisationen sowie das Einschreiten gegen Kriegs-, Rassen- und Völkerhetze, gegen Diskriminierung aufgrund von Alter, Geschlecht und sexueller Orientierung.

Diese Kämpfe sind für uns dem Wesen nach Teil der antimonopolistischen Kämpfe und Strategie. Sie sollen die Spielräume der imperialistischen Bourgeoisie und deren soziale Basis einengen. Antifaschistischer, antimonopolistischer und sozialistischer Kampf bilden für uns somit eine eng verbundene Einheit.

7. Demokratische Einflussnahme und Kontrolle erfordert Gegenmacht in Form hoher Organisiertheit, Mobilisierungsfähigkeit und Kampfbereitschaft der Arbeiterbewegung und ihrer Verbündeten.

Wir verteidigen die Rechte außerparlamentarischen Handelns und wehren uns gegen jede Einschränkung der Koalitions- und Versammlungsfreiheit, des Demonstrations- und Streikrechts. Wir fordern ein umfassendes Streikrecht inklusive des Rechts auf politischen Streik und das Verbot der Aussperrung.

Wir verteidigen die im Grundgesetz verankerten persönlichen Freiheitsrechte und fordern das Ende der Bespitzelung durch in- und ausländische Geheimdienste. Wir wenden uns gegen Berufsverbote für Demokraten und fordern die Aufhebung des KPD-Verbots, der Notstandsgesetze und aller Grundgesetzänderungen, die seine demokratischen Kernbestandteile in Frage stellen. Wir fordern die Rehabilitierung aller Betroffenen des KPD-Verbots, der Berufsverbote sowie von Entlassungen, Rentenkürzungen und Verfolgungen von Bürgerinnen und Bürgern der DDR, die den Sozialismus in ihrem Land aufgebaut und verteidigt haben.

8. Krisenlasten und Kapitalverwertungsschwierigkeiten dürfen nicht länger auf Städte und Gemeinden abgewälzt werden. Die Offensive des Kapitals stoppen, heißt Zukunftssicherheit für die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen statt Vermögenszuwachs für Multimillionäre und Milliardäre. Auch dies ist ein wichtiger Teil unseres antimonopolistischen Kampfes.

In den Kommunen wird der Klassenkampf von oben mittels der Schuldenbremse geführt. Öffentliche Mittel werden verknappt und Gemeinschaftsaufgaben durch Privatisierungen und öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) der Kapitalverwertung zugeführt. Verteuerungen für die Bürger und Demokratieabbau sind die Folgen. Wir wehren uns gegen das Ausbluten der Kommunen, gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wir kämpfen um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leistungsfähigkeit der Kommunen sowie für die Rekommunalisierung sämtlicher Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge.

Wir fordern eine Rücknahme aller Schuldenbremsen und mittelfristig die entschädigungslose Streichung der kommunalen Schulden und ein Verbot der Privatisierung von öffentlichem Eigentum. Die regelmäßigen Preissteigerungen in lebenswichtigen Bereichen, wie Energie, Wohnen, Gesundheit und Lebensmittel müssen gestoppt werden.

9. Im Gesundheitswesen und bei der Pflege wird besonders deutlich, dass der Kapitalismus alles zur Ware macht. Die Unterordnung des Gesundheitswesens unter die kapitalistische Verwertung und Konkurrenz bedeutet einen Angriff auf die Gesundheit der Arbeiterklasse, den wir zurückweisen müssen.

Wir setzen uns für eine gute Gesundheitsvorsorge ein und dafür, dass Patienten und Pflegebedürftige unabhängig vom Geldbeutel eine qualifizierte wohnortnahe medizinische Versorgung und pflegerische Betreuung erhalten. Um diese zu erreichen werden gute Arbeitsbedingungen und ausreichend Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen - aber auch im ambulanten Bereich - benötigt. Wir unterstützen den Kampf der Pflegekräfte und setzen uns für eine gesetzliche Personalbemessung in den Krankenhäusern ein.

Das System der betriebswirtschaftlichen Optimierung des Gesundheitswesens ist abzuschaffen. Gesundheit, Krankheit und Pflege dürfen nicht länger dem Gewinnprinzip untergeordnet sein. Die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist wiederherzustellen. Die Streichungen von Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung sind rückgängig zu machen. Die Forderung der Arbeiterbewegung nach einer Einheitsversicherung mit Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze ist so aktuell wie vor 70 Jahren. Aber auch kräftige Lohnerhöhungen aller Werktätigen sind zur finanziellen Absicherung des Gesundheitswesens notwendig.

Dabei müssen die Organisationen der Werktätigen und der Betroffenen eine organisierende und kontrollierende Rolle spielen.

Auch beim Bildungs- und Sozialwesen setzen wir uns dafür ein, dass diese Bereiche der täglichen Daseinsvorsorge wieder zu staatlichen und öffentlich zugänglichen Pflichtaufgaben werden. Ziel ist es, Patienten, Menschen mit Behinderung und Alten unabhängig vom Geldbeutel eine gute Betreuung und Vorsorge zu ermöglichen und allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen der Eltern gute Bildungschancen zu eröffnen.

10. Das Recht auf Wohnen kann der kapitalistische Wohnungsbau und Immobilienmarkt nicht gewährleisten. Auch hier dominiert das Monopolkapital: die große Immobilien-, Bau- und Wohnungskonzerne. In der jetzigen Kampfetappe geht es vorrangig um die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus durch eine demokratisch kontrollierte kommunale Wohnungswirtschaft, einen Mietpreisstopp und die Absenkung der explodierenden Mietkosten.

Zur Behebung der allergrößten Engpässe fordern wir ein Programm zum Bau von einer Million Sozialwohnungen durch Gemeinden und Genossenschaften in den nächsten fünf Jahren- mit einer Mietpreisbindung von mindestens fünf Jahren.

Die Kommunen müssen ermächtigt werden, zur Linderung der Wohnungsnot leerstehenden Wohnraum zu beschlagnehmen. Sie müssen das Recht auf Zuweisung Wohnungssuchender und auf Mitgestaltung der Mietverträge erhalten. Die Privatisierung früheren kommunalen und sozialen Wohnraums ist zurückzunehmen.

Zwangsräumungen, Strom- und Gassperrungen und aller anderen existenzbedrohenden Zwangsmaßnahmen gegen die Mieter sind sofort zu verbieten.

11. Zur Sicherung der Lebensgrundlagen sind wirksame und miteinander abgestimmte Einzelkonzepte zur Umwelt- und Klimapolitik notwendig; sie sind Bestandteil unserer antimonopolistischen Strategie. Die DKP wird dabei bestehende Initiativen und Bewegungen unterstützen, aber sich vor allem mit eigenen antimonopolistischen Konzepten und Materialien und Vorschlägen für die Verbindung von Arbeiter- und Umweltbewegung einsetzen.

Ein Schwerpunkt wird die Arbeit im Bereich der Automobilindustrie und der Energiepolitik sein. Unsere Vorstellungen für einen ökologischen Umbau der Energiewirtschaft und Automobilindustrie sowie für eine Umsteuerung in der Verkehrspolitik berücksichtigen, dass es dabei nicht zu Massenentlassungen kommt. Wir fordern, dass die Belegschaften über die Neuausrichtung der Energiewirtschaft und der Automobilindustrie entscheidend mitbestimmen. Auch hier gilt der Grundsatz: „Demokratie muss bei der Arbeit anfangen.“

Wir wollen eine grundlegende antimonopolistische Wende auch gegen das Diktat der nationalen und internationalen Transport- und Logistikkonzerne erzwingen, die den individuellen Massenverkehr auf den Straßen so absurd ausgeweitet haben, dass zu Stoßzeiten die Verkehrswege nicht nur in den Ballungszentren und auf den Hauptverkehrsadern völlig überlastet sind. Investiert werden muss in Mobilitätskonzepte, die Individual-, Bus-, Bahn- und LKW-Verkehr vernetzen.

Im Kampf gegen die aktuellen Hungersnöte in der Welt müssen die großen Agrar-, Chemie- und Lebens-

mittelkonzerne, müssen die imperialistischen Staaten und die imperialistische Konstruktion EU zur Rechenschaft gezogen werden, Sie zerstören in neokolonialistischer Manier die heimische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in vielen Staaten und Regionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Wasser und Boden werden zum Spekulationsobjekte großer Konzerne und verursachen weitere Flucht- und Vertreibungswellen tausender Kleinbauern und Landarbeiter.

Nur im Kampf gegen die vom Imperialismus aufgezwungenen Kriege und gegen das Diktat der Konzerne können die Versorgung durch heimische Produzenten geschützt, fairere Handelsabkommen durchgesetzt sowie eine qualitativ hochwertige und langfristige Nahrungsmittelversorgung abgesichert werden.

Es gilt die Einsicht zu stärken, dass letztlich nur ein Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise und die Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft dauerhaft wirksame Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz möglich machen.

Wir übersehen in all diesen Vorschlägen nie den Doppelcharakter von Reformen, die objektiv auch immer Elemente der Systemstabilisierung beinhalten. Gleichzeitig sind Reformkämpfe geeignet, die Kräfte des Widerstands zu sammeln: „Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“ (Manifest der Kommunistischen Partei) Wir bleiben nicht bei Reformen stehen, sondern bekämpfen Reformismus und Illusionen.

IV. Die Stärkung der DKP

Die DKP hat sich nicht um ihrer selbst willen gebildet. Entscheidend für eine Veränderung der politischen Verhältnisse im Lande ist die Stärkung der Arbeiterbewegung und die Entwicklung klassenbewusster Interessenkämpfe, ist die Entwicklung von Massenbewegungen. Das erfordert eine handlungsfähigere kommunistische Partei, die weitaus stärker in der Klasse, in Betrieben und in den Gewerkschaften verankert ist. Um ihre Aufgabe zu erfüllen, braucht die Partei kommunistische Kader. Kader- und Massenpartei stehen nicht im Widerspruchsverhältnis, sondern in einem dialektischen Zusammenhang.

Die DKP steht in der Tradition der marxistischen Arbeiterbewegung, der revolutionären Sozialdemokratie und der KPD. Die DKP ist die kommunistische Partei in Deutschland. Sie ist heute zu schwach und zu wenig in der Klasse verankert. Deshalb ist der Kampf um die Reorganisation und Stärkung der DKP von entscheidender Bedeutung.

(angenommen bei 14 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen)

22. Parteitag der DKP 2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

Für Frieden, Arbeit, Solidarität – Die DKP stärken!

Sozialismus oder Barbarei – die Frage nach einem Bruch mit den kapitalistischen Verhältnissen, die Frage nach einer Zukunft ohne Ausbeutung, Faschismus und Krieg stellt sich immer drängender. Der Leitantrag an den 22. Parteitag beschreibt die Strategie der DKP zum Stopp der Offensive des Kapitals und zur Durchsetzung einer politischen Wende zu Friedens- und Abrüstungspolitik, zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Er macht Vorschläge für ein Konzept der Zurückdrängung der Macht der mächtigen kapitalistischen Monopole und zur Heranführung dieser Kämpfe an den revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus.

Heute geht es zunächst darum, einen Weg aus der Defensive der Arbeiterbewegung zu finden. Es gilt, zusammen mit den arbeitenden Menschen ihre dringendsten Probleme aufzugreifen und sie zu mobilisieren, selbst für ihre Interessen aktiv zu werden. Es gilt, Aktivitäten in diesem Sinne zu initiieren bzw. zu unterstützen. Es gilt, Positionen der DKP zu entwickeln und damit offensiv auf Andere zuzugehen, um Wege aufzuzeigen, wie diese dringendsten Probleme angegangen werden können. Dies ist zugleich ein Beitrag, die Kräfteverhältnisse in diesem Land auf mittlere Sicht zu verändern.

Dieser Prozess wird durch die Strategie des Monopolkapitals der Zersplitterung und des Schürens von Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse erschwert. Die Angst um den Arbeitsplatz und den sozialen Abstieg erhöht die Bereitschaft, sich der Ideologie der Sozialpartnerschaft anzupassen, um den „eigenen“ Standort zu sichern. Zu schwach entwickelt ist dagegen die Erkenntnis, dass Erfolge nur durch die Bereitschaft, selber aktiv zu werden und sich zu organisieren und durch kämpferische Gewerkschaften errungen werden können, dass Solidarität und nicht Sozialpartnerschaft die Antwort auf die Zersplitterung ist.

Tarifikämpfe z. B. für mehr Lohn, Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsplatzsicherung und Personalmindeststandards an Kliniken, Kämpfe um ein Rentenniveau, das zum Leben reicht, gegen Sozialraub und Aufrüstungspläne kommen zunehmend in Konflikt mit dem Profitstreben des Kapitals, machen die Widersprüche des Kapitalismus sichtbar, rücken das Monopolkapital als Hauptgegner in den Blick und führen objektiv an die Systemfrage heran. Aufgabe der DKP als der Kommunistischen Partei in Deutschland ist es, Kämpfe praktisch und politisch zu unterstützen bzw. – wo nötig und möglich – zu initiieren, in denen sich die Arbeiterklasse an Teilforderungen formiert, Klassenbewusstsein entwickelt und ihre Ausstrahlung auf andere nichtmonopolistische Schichten erhöht, um mit ihnen im Bündnis weitergehende Forderungen durchzusetzen.

Die Kommunistinnen und Kommunisten haben „keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennte Interessen“ (Manifest der Kommunistischen Partei). Sie leben und kämpfen mit der Arbeiterklasse; sie knüpfen an den gemeinsam gemachten Erfahrungen an und fördern weitergehende Einsichten. Sie machen Vorschläge zur Strategie und Taktik, wollen an die Systemfrage herantreten, sowie die Notwendigkeit des Sozialismus verdeutlichen. Sie wollen „der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder“ sein. Das ist eine Verpflichtung zum gemeinsamen Lernen, denn nur so realisieren sie den Anspruch: „Sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus“ (Manifest der Kommunistischen Partei).

Der Kampf um die Stärkung der DKP ist eine Frage der Zukunft der Arbeiterbewegung, eine politische Notwendigkeit über unsere Reihen hinaus und zentrale Aufgabe und Verpflichtung für uns Kommunistinnen und Kommunisten.

Der Kampf um die Stärkung der DKP ist umso nötiger als die DKP heute den Anforderungen an eine kommunistische Partei nicht genügt. Wir ringen um eine zeitgemäße Strategie und haben ideologische Schwächen. Vielerorts fehlt es uns personell und strukturell an Stärke. Die organisatorische, personelle und ideologische Situation der Partei ist kritisch, der Verlust an Einfluss und Aktionsfähigkeit noch nicht gestoppt. Die Strategie und der einheitliche Charakter der DKP sind in den letzten Jahren in Teilen der Partei in Frage gestellt oder sogar aufgekündigt worden. Eine zurückgehende Verankerung in Betrieb und Gesellschaft erschwert die Erarbeitung tragfähiger Einschätzungen ökonomischer und politischer Entwicklungen. Längerfristige Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Partei bleiben nicht ohne Einfluss auf das Politik- und Parteiverständnis von Teilen unserer Mitgliedschaft. Folge dieser Entwicklungstendenzen

sind Unverbindlichkeit in der Parteiarbeit, Mängel in der Beschlussdisziplin im Allgemeinen und Fraktionierung im Besonderen, eine wenig kollektive Arbeitsweise sowie fehlende Klarheit über die einzuschlagende Entwicklungsrichtung der Partei auf Gruppen-, Kreis-, Bezirks- und Landesebene.

Wir verstehen die Rolle der Kommunistischen Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse als Selbstverpflichtung. Sie verpflichtet uns, um eine stärkere Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse zu ringen, kommunistische Persönlichkeiten zu entwickeln und als solche zu verankern, kämpferische Orientierungen in Auseinandersetzungen zu bieten und in der Praxis für diese einzustehen. Dazu müssen wir unsere Organisationsprinzipien ernst nehmen und um eine einheitlich handlungsfähige, selbstbewusste Partei ringen. Wir gehen davon aus, dass wir eine längere Phase zur Stabilisierung und in einigen Bereichen und Gebieten eine Reorganisation der DKP zu ihrer umfassenden Stärkung brauchen. Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Organisiertheit der Partei hinsichtlich der Anleitungstätigkeit, des einheitlichen Handelns und der kollektiven Diskussion gestärkt werden kann.

Um der Verankerung in der Arbeiterklasse wieder näher zu kommen, müssen wir stärker nach außen und an die Massen der Werktätigen herangehen, uns in den Betrieben und Gewerkschaften verankern und die Kämpfe der Beschäftigten und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, aktiv unterstützen. Wir dürfen uns nicht mit der Rolle von Kommentatoren begnügen und müssen als Teil der Bewegung weitergehende Forderungen diskutieren und die Gewerkschaften als Kampforgane der Arbeiterklasse stärken. Dazu brauchen wir das Zusammenführen unserer Erfahrungen in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit und das kollektive Arbeiten unserer Genossinnen und Genossen aus den Betrieben. Wir orientieren deshalb auf den Aufbau von Betriebs- und Branchengruppen.

Gleichzeitig wollen wir unsere Arbeiterpolitik in den Kommunen entwickeln. Die Kommunalpolitik ist das zweite Standbein unserer Arbeiterpolitik. Soweit wir dies nicht im Betrieb tun können, wollen wir ausgehend von tagesaktuellen Auseinandersetzungen dort, wo die Arbeiterklasse lebt, mit ihr und in ihrem Interesse autonome Interessenpolitik entwickeln. In unserer Betriebsarbeit wie in unserer Kommunalpolitik hat für uns die praktisch-politische Interessenvertretung Vorrang vor dem Kampf um Mandate. Entscheidendes Kriterium ist es, wie wir die Betroffenen selbst für den Kampf für ihre Interessen aktivieren können.

Neben der Entwicklung unserer Arbeiterpolitik geht es um die Stärkung unserer Grundorganisationen. Sie sind der Ort, wo diese Orientierung in der Praxis umgesetzt werden muss, wo wir Politik und kommunistische Persönlichkeiten entwickeln und nach außen gehen.

Mit der Kandidatur zu den Bundestagswahlen 2017 „Für Frieden, Arbeit, Solidarität“ und dem Sofortprogramm „Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte! Stoppt den Krieg!“ haben wir den richtigen Weg eingeschlagen. Die inhaltliche Stoßrichtung gegen die Profiteure von Krieg, Flucht und Armut bleibt die Grundlinie unserer Politik. Angesichts der aggressiven NATO-Politik, die einen immer schärferen Bedrohungskurs gegen die Russische Föderation und die VR China bis hin zur Gefahr eines großen Krieges fährt, sehen wir es als Hauptaufgabe an, die Friedensbewegung zu stärken und Aktivitäten zu unterstützen und zu initiieren, die sich gegen Aufrüstung und die Beteiligung der Bundeswehr an der NATO-Aggressionen richtet.

Der Bundestagswahlkampf hat bestätigt, dass das bundesweit einheitliche Auftreten der Partei mit zentralen Materialien und zentraler Anleitung die Partei stärkt und den Grundorganisationen hilft, nach außen aufzutreten. Die DKP unterstützt die Kampagne der Friedensbewegung "Abrüsten statt Aufrüsten" gegen die NATO-Forderung nach Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Parteivorstand und Friedenskommission entwickeln eine Planung der DKP-Aktivitäten zur Unterstützung und Ausweitung der Kampagne. Notwendig ist es dabei, den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und dem weiteren Abbau sozialer und demokratischer Rechte, sowie die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Menschen in Europa durch die aggressive NATO-Politik aufzuzeigen. Das ist die inhaltliche Linie, mit der wir in der kommenden Periode in Stadtteilen, Betrieben und Gewerkschaften wirken müssen, um dem Ziel der Stärkung der DKP näher zu kommen.

1. DKP – Partei der Arbeiterklasse

1.1. Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Die DKP orientiert darauf, dass ihre Mitglieder aktiv in Bewegungen auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene eingreifen, helfen, diese zu initiieren, um die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse in Klassenkämpfen zu stärken, zur Formierung von Klassenbewusstsein beizutragen und die organisatorische Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse voranzutreiben. Dabei ermöglichen Auseinandersetzungen in Berei-

chen der Öffentlichen Daseinsvorsorge die Verbindung von Interessen der Belegschaften in Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge mit den Interessen breiter Bevölkerungsteile. Sie sind damit ein Hebel für die Herausbildung antimonopolistischer Bündnisse. Zudem bieten sie für Gliederungen der Partei ohne oder mit geringer Verankerung im Betrieb durch Solidaritätsaktionen in den Kommunen die Möglichkeit, Tarifbewegungen zu unterstützen. (aus der Handlungsorientierung des 21. Parteitags). Auseinandersetzungen in Großbetrieben haben eine Magnetwirkung auf andere Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und sind deshalb von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung.

Mit dem 21. Parteitag haben wir eine Diskussion um den Neuaufbau von Betriebs- und Branchengruppen begonnen. Alle Bezirke und Landesorganisationen der DKP sind jetzt gefordert, den Fokus auf diese Aufgabe zu richten, den Erfahrungsaustausch von in Betrieben und Gewerkschaften aktiven Genoss(inn)en zu organisieren und konkrete Pläne zu entwickeln.

Die wichtigste Aufgabe ist derzeit die Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse zu steigern. Hierzu sehen wir folgende Handlungsfelder:

- Stärkere Konzentration der Parteiarbeit auf Themen der Betriebs-, Gewerkschafts- und Erwerbslosenarbeit.
- Koordinierung der Tätigkeit von Genossinnen und Genossen in diesem Bereich auf der Ebene des Parteivorstandes und der Landesorganisationen bzw. Bezirke.
- Stärkere Fokussierung auf die Bildung von Branchenbetriebsgruppen mit dem Ziel wieder Betriebsgruppen aufzubauen.
- Schnellere Positionierung zu entscheidenden Themen der Betriebs-, Gewerkschaftsarbeit.

Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

- beraten mit den Bezirken und Landesorganisationen beschlussorientiert über den Aufbau weiterer Betriebs- und Branchengruppen und über eine mögliche Orientierung der Grundorganisationen auf Schwerpunktbetriebe und führen die bisher gemachten Erfahrungen zusammen. Ziel ist es, in allen Gruppen Aktivitäten an einem Schwerpunktbetrieb zu entwickeln.
- organisieren ein Treffen zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, für das aus allen Bezirks- und Landesorganisationen möglichst viele TeilnehmerInnen gewonnen werden, die entweder in diesem Bereich aktiv sind oder aktiv werden können.
- organisieren neben dem bundesweiten Branchentreffen Gesundheit ein Branchentreffen für Beschäftigte in der Bildungs- und Erziehungsarbeit.
- organisieren zentrale Maßnahmen zur Unterstützung bspw. für die Herausgabe von Betriebszeitungen.
- orientieren rechtzeitig schon in Vorbereitung der Forderungsdiskussion auf wichtige Tarifaufeinandersetzungen, erarbeite Positionen dazu und stellen der Partei Öffentlichkeitsmaterialien zur Verfügung.
- beraten, inwiefern Genossinnen und Genossen außerhalb von Großbetrieben eine Handlungsorientierung zur betrieblichen Arbeit im Sinne der allgemeinen Stärkung der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse an die Hand gegeben werden kann.
- unterstützen Genossinnen und Genossen in der Vorbereitung der Betriebsrats- und Organisationswahlen.
- stellen in Zusammenarbeit mit der Branchengruppe Gesundheit der Partei Materialien und eine Handreichung zur Unterstützung der Klinikbeschäftigten in ihrem Kampf um eine gesetzliche Personalbemessung zur Verfügung.
- erarbeiten Orientierungen und Vorschläge für die Wiederaufnahme der Erwerbslosenarbeit
- erarbeiten gemeinsam mit der Bildungskommission und der Karl-Liebknecht-Schule Seminar und Schulungsangebote für Aktivistinnen und Multiplikatoren in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.
- organisieren in Zusammenarbeit mit der Bildungskommission zentrale Seminare zur Schulung von Anleitern und Aktiven in Betrieb und Gewerkschaft, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:
 - Aufgabe von Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft und Rolle der Gewerkschaften im Klassenkampf
 - Dialektik des gewerkschaftlichen und betrieblichen Kampfes (Einbindung ins System über Stellvertreterpolitik und Sozialpartnerschaft vs. Selbstorganisation der Arbeiterklasse für den Klassenkampf)
 - Analyse aktueller Gewerkschaftspolitik und des Einflusses der Ideologie der Sozialpartnerschaft in Betrieben und Gewerkschaften
 - Aufgabe kommunistischer Betriebszeitungen

1. 2. Kommunalpolitik

Die Kommunalpolitik ist das zweite Standbein der Arbeiterpolitik der DKP. „Die DKP orientiert ihre Mitglieder und Grundorganisationen darauf, die Menschen in den Städten und Gemeinden gegen die Ausgrenzung und das Abwälzen der Krisenlasten, gegen den Kahlschlag in allen Bereichen (Wohnen, Kultur, Sport, Soziales, Nahverkehr etc.) und Privatisierungen zu mobilisieren und mit ihnen aktiv zu werden. Wir entlarven die sogenannten „Schuldenbremsen“, aber auch die angeblichen Schutzschirme und Stärkungspakte für Kommunen als Bestandteile der Umverteilungspolitik, des Klassenkampfes von oben.“ (aus der Handlungsorientierung des 21. Parteitags)

In der vergangenen Periode haben wir in der Kommunalpolitik auf Bundesebene keine Impulse gegeben und auch die Beschlüsse des 21. Parteitages in der Handlungsorientierung nicht umsetzen können. Der Parteivorstand gründet eine Kommission „Kommunalpolitik“, die auf der Grundlage einer Analyse der Angriffe des Monopolkapitals auf die Kommunen Schwerpunktthemen für die kommunalpolitische Arbeit der DKP entwickelt. Sie arbeitet dabei insbesondere auch mit jenen Bezirken und Landesverbänden zusammen, in denen in den nächsten zwei Jahren Kommunalwahlen anstehen, um diese im Wahlkampf zu unterstützen. Betrachtet werden die Abwälzung der Krisenlasten auf Städte und Gemeinden durch Bundes- und Landesregierungen, der Stand realer kommunalpolitischer Probleme und außerparlamentarischer Bewegungen. Hiervon ausgehend entwickelt die Kommission Schwerpunkte und organisiert einen kollektiven Austausch zwischen den Aktiven und koordiniert die politische Arbeit. Dabei kommt Schnittstellen zwischen unserer Kommunal- und Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, die zum Beispiel im Kampf um den Erhalt und den Ausbau der Öffentlichen Daseinsvorsorge auf der Hand liegen, eine besondere Bedeutung zu.

2. Die Grundorganisationen stärken

Zentraler Schlüssel zur Stärkung der Partei und der Erhöhung ihrer Wirksamkeit und dadurch Attraktivität in der Arbeiterklasse sehen wir in der politischen, ideologischen und organisatorischen Stärkung unserer Grundorganisationen und der Erhöhung ihrer Anzahl. Das ist auch der Schlüssel zur Gewinnung neuer Mitglieder. Dabei wissen wir um die Unterschiedlichkeit der Gruppen in Ost und West, in Stadtstaaten und Flächenländern und ihre unterschiedliche Entwicklung, die oft von einzelnen GenossInnen abhängen kann. Wir sehen vor allem Schwierigkeiten in der Leitungsarbeit der Grundorganisationen und der Kaderentwicklung. Die Leitungsarbeit des Parteivorstandes und seiner Kommissionen, der Bezirks-, Landes- und Kreisvorstände muss sich auf die Aufgabe der Gruppenstärkung konzentrieren und ihre Arbeit an der Fragestellung orientieren, inwieweit sie den Grundorganisationen und ihrer Entwicklung nutzt. Dazu wollen wir auch die Anleitungsbearbeitung des Parteivorstandes stärker regionalisieren.

Die DKP setzt sich heute aus Stadt- und Wohngebietsgruppen zusammen. Gleichzeitig haben wir mit der Diskussion um den Wiederaufbau von Betriebs- und Branchengruppen begonnen. Die Stadt- und Wohngebietsgruppen müssen in diese Diskussion einbezogen werden, wenn die Neugründung ihre Mitglieder betrifft bzw. ihre Unterstützung erfordert.

Auf dem 21. Parteitag haben wir zur Stärkung der Gruppen Schwerpunkte auf die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gelegt. Ziel war es, den Grundorganisationen in ihrer Unterschiedlichkeit zu helfen, nach außen zu gehen und mehr und mehr eigenständige Politik vor Ort zu entwickeln. Dafür brauchen unsere Mitglieder auch das ideologische Rüstzeug, die Vermittlung unserer Weltanschauung. Wir halten an dieser Schwerpunktsetzung fest und ergänzen sie um die Vermittlung von Grundlagen unserer Organisationspolitik und Hilfestellungen für die Arbeit der Gruppenleitungen, weil wir zunehmend feststellen, dass hier Erfahrungen verloren gegangen sind und insbesondere Genossinnen und Genossen, die neu in Funktionen kommen, mehr Unterstützung brauchen.

Auch im Bereich der Kulturarbeit der DKP drohen wichtige und positive Erfahrungen zu schwinden. Nach unserem materialistischen Menschenbild gehören ein kulturreiches Leben, die Entwicklung eigener künstlerischer Fähigkeiten, die Aneignung des kulturellen Erbes – nicht nur der Arbeiterbewegung und proletarischen Kultur, sondern der gesamten Kultur -, gehören die Verbindung von Arbeit, Politik, Kunst, Sport und Kultur zur Entwicklung kommunistischer Persönlichkeiten. Die Ausstrahlung und Massenwirksamkeit der Grundorganisationen und der DKP insgesamt erfordert, dass wir uns wieder dieser Quellen der Bereicherung unseres Lebens bewusst werden und diese kollektiv nutzen.

2.1. Öffentlichkeitsarbeit

Ein wichtiges Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit ist die weitere Verankerung der DKP und ihre Stärkung durch

die Gewinnung neuer Mitglieder. Neben Infoständen und Verteilaktionen sind auch Veranstaltungen und Aktionen Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit unserer Parteigruppen. Wir wollen die Gruppen zentral durch das Bereitstellen von Öffentlichkeitsmaterialien und die Hilfe, selber Materialien zu erstellen, sowie bei der Durchführung von Veranstaltungen unterstützen.

Die UZ stärken

Die UZ ist unser wichtigstes Öffentlichkeitsmaterial, da wir mit ihr wöchentlich in einer guten journalistischen Qualität unsere Positionen darstellen und die DKP als bundesweite Kraft profilieren können. Wir wollen die Arbeit mit der UZ stärker in den Gliederungen verankern und ihren Gebrauchswert für die Gruppenarbeit, zum Beispiel in der Bildungsarbeit, erhöhen.

Der Parteivorstand beschäftigt sich mindestens einmal in der Arbeitsperiode schwerpunktmäßig mit der Entwicklung der UZ.

Bezirks- und Landesvorstände, Kreise und Gruppen sind aufgefordert, sich in regelmäßigen Abständen auf Versammlungen mit der UZ und ihrem Online-Auftritt zu befassen und dazu Vertreter(innen) von UZ-Redaktion und/oder Verlag einzuladen, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten dem Folge leisten sollen.

Die Gruppen

- prüfen, wer von ihren Mitgliedern und SympathisantInnen noch kein Abonnent der UZ ist und werben aktiv neue AbonnentInnen und ProbeabonnentInnen.
- organisieren regelmäßig die Verteilung bzw. den Verkauf der UZ und bieten sie bei Demos, Veranstaltungen, Bündnistreffen etc. an.

Weitere Print-Materialien

- Das Sofortprogramm „Stoppt den sozialen Kahlschlag und den Abbau demokratischer Rechte! Stoppt den Krieg!“ hat sich im Bundestagswahlkampf bewährt. Wir orientieren Bezirke, Landesorganisationen, Kreise und Gruppen darauf, es auf ihre jeweilige Situation herunterzubrechen und helfen bei der Erstellung entsprechender Materialien.
- Der Parteivorstand stellt den Gruppen zu aktuellen Anlässen wie dem 1. Mai, den Ostermärschen, dem Antikriegstag und Tarifauseinandersetzungen Materialien zur Verfügung. Jede Gruppe sucht in ihrem Wirkungsgebiet einen Betrieb oder ein Wohngebiet, wo regelmäßig DKP-Material verteilt oder gesteckt wird.
- Die Jugendkommission des Parteivorstandes stellt den Gruppen regelmäßig Infopakete mit der Position, dem Magazin der SDAJ, und weiteren Materialien der SDAJ für Infotische zur Verfügung.
- Der Parteivorstand organisiert Workshops zur Erstellung von Flugblättern und Kleinzeitungen

Online-Medien

Die Lesegewohnheiten haben sich insbesondere bei jüngeren Menschen stark verändert. Deshalb müssen wir dem Internet und unserem Auftritt in den sozialen Medien auf allen Ebenen der Parteiarbeit eine höhere Beachtung beimessen. Zur Steigerung der Attraktivität muss die inhaltliche Übersichtlichkeit sowohl der/des zentralen Internetauftritte(s) verbessert und das gesamte Erscheinungsbild von PV/Bezirken/Kreisen optisch und inhaltlich besser miteinander abgeglichen und umgestaltet werden.

Der Parteivorstand organisiert Workshops zur Arbeit mit dem Internet und Facebook.

Bezirke, Landesorganisationen, Kreise und Gruppen setzen sich das Ziel, eigene Homepages – mindestens Visitenkarten mit Kontaktmöglichkeit im Netz – zu haben und zu pflegen und, wo möglich, eine Facebook-Präsenz abzusichern.

Öffentliche Veranstaltungen

Öffentliche Veranstaltungen der DKP werden über ihre Reihen hinaus wahrgenommen und sind ein gutes Mittel, um Freunde und Sympathisanten näher an die Partei und unsere Inhalte heranzuführen.

- Die Geschichtskommission des Parteivorstandes erstellt einen Leitfaden für die Gruppen als Hilfestellung für Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr „200 Jahre Karl Marx, 100 Jahre KPD, 50 Jahre DKP und SDAJ“ sowie zur Novemberrevolution.

- Bezirke, Landesorganisationen, Kreise und Gruppen diskutieren über offene Angebote wie Stammtische, Spiel- oder Filmabende, die sich besonders eignen, um das Umfeld der Parteigruppen anzusprechen.
- Die Gruppen führen Sympathisantenlisten und laden diese regelmäßig ein. Daneben wird über die UZ für Veranstaltungen geworben.

Zentrale Aktivitäten und Aktionstage

Zentrale Veranstaltungen und gemeinsame Aktionen stärken die Ausstrahlung der DKP insgesamt, aber auch die Parteigruppen, die Sympathisanten und Freunde für die Mitfahrt gewinnen. Zu zentralen Aktionstagen 2018/2019 gehören:

- Mai 2018: 200 Jahre Karl-Marx/Konferenz in Trier
- Sommer 2018: Antikriegsaktionen in Büchel und Ramstein
- Herbst 2018: 20. UZ-Pressesfest
- Winter 2018: 100 Jahre Novemberrevolution
- Januar 2019: Luxemburg-Liebknecht-Wochenende
- Februar 2019: Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz

2.2. Bildungsarbeit

In der Bildungsarbeit geht es heute in erster Linie darum, Grundlagen unserer Weltanschauung in der Breite der Partei zu vermitteln. Unsere Mitglieder brauchen ideologisches Rüstzeug, um die gesellschaftlichen Entwicklungen einzuordnen und zu verstehen, unsere Analysen und Erkenntnisse weiter zu vermitteln, Politik und Praxis zu entwickeln und auch an der Entwicklung der Gesamtpartei mitzuwirken. Entscheidend dafür ist die kollektive Bildungsarbeit in den Grundorganisationen und das Schulen unserer Leitungsmitglieder. Die Grundorganisationen müssen wieder zum zentralen Ort der Vermittlung und Diskussion unserer ideologischen Grundlagen werden. Einen weiteren Schwerpunkt legen wir angesichts organisationspolitischer Schwächen auf die Schulung organisationspolitischer Grundlagen. Wichtig sind zudem Angebote für neue Mitglieder und Sympathisanten. Dabei wird versucht die Bildungsmaterialien so zu gestalten, das gewonnene Wissen mit aktuellem Praxisbezug anzuwenden.

Bildungsmonate für die Gruppenarbeit

Zentraler Baustein für unsere Bildungsarbeit sind zwei Bildungsmonate im Jahr, die in allen Gruppen durchgeführt werden. Dazu erscheint je ein Bildungsheft als Beilage in der UZ. Zur Vorbereitung der Bildungsmonate finden regionale Seminare für Bildungsverantwortliche bzw. Gruppenleitungen statt. Die Themen der Bildungsmonate beschließt der Parteivorstand.

Grundlagen kommunistischer Politik

Zur Schulung unserer Leitungsmitglieder auf allen Ebenen werden an der Karl-Liebkecht-Schule im Jahr zwei viertägige Seminare zu den Grundlagen kommunistischer Politik durchgeführt. Die Anmeldungen zu den Schulungen laufen in der Regel über die Bezirks- und Landesvorstände, die eine Planung erstellen, die die Gewinnung von Teilnehmern vorsieht. Zusätzlich beginnen wir, die viertägige Grundlagenschulung mit Hilfe der Karl-Liebkecht-Schule auch regional durchzuführen.

Organisationspolitische Grundlagen

Zur Unterstützung der Gruppenleitungen wird/wurde der Leitfaden für Gruppenleitungen neu aufgelegt. Zur Vorstellung und Arbeit mit dem Leitfaden und den Problemen der Gruppenleitungen finden eine bzw. mehrere Beratungen des Parteivorstandes mit den Bezirks- bzw. Landesvorsitzenden und Koordinierungsräten statt. Im Anschluss führen die Bezirks- bzw. Landesvorstände und Koordinierungsräte Beratungen zu dem Thema mit den Gruppenvorständen durch. Die Karl-Liebkecht-Schule bietet ein Seminar für Gruppenleitungsmitglieder zu Grundlagen unserer Organisationspolitik und der Arbeit der Gruppenvorstände an.

Zirkelleitfäden

Für Mitglieder und die Arbeit mit Sympathisanten werden Zirkelleitfäden für Einsteiger zum Kommunistischem Manifest und dem Text „Kommunisten heute“ von Hans Heinz Holz aufbereitet. Diese sollen von den Grundorganisationen oder den Kreisen durchgeführt werden.

3. Die Zusammenarbeit mit der SDAJ stärken

Neben der Stärkung unserer Gruppen sehen wir die Notwendigkeit, aber auch Chancen, unter der Jugend zu wirken. Angesichts der dramatischen Lage der Jugend – prekär ist das neue Normal – gehören die Jugendarbeit und der Kampf um die Rechte der Jugend zu unseren Hauptaufgaben. Sie können nur in enger Verbindung mit dem Jugendverband an unserer Seite, der SDAJ, gelöst werden. (aus der Handlungsorientierung des 21. Parteitags)

Die Stärkung der SDAJ ist auch eine Aufgabe der DKP. Deshalb orientieren wir unsere jungen Mitglieder auf die Arbeit in der SDAJ. Wir wollen helfen, dass sich die SDAJ in der Fläche verbreiten kann. Dazu muss der Austausch und die gemeinsame Aktion zwischen DKP und SDAJ auf Bezirks- bzw. Landes- und Gruppenebene intensiviert werden.

Die Jugendkommission des Parteivorstandes hat in der zurückliegenden Arbeitsperiode kontinuierlich, aber mit zu wenigen Mitgliedern gearbeitet. Die Bezirke und Landesorganisationen sind aufgefordert, Mitglieder in die Jugendkommission zu delegieren.

Der Parteivorstand und die Jugendkommission

- leiten die Bezirke und Landesorganisationen hinsichtlich der Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SDAJ an. Grundlage dafür ist der bereits erarbeitete Maßnahmenkatalog.
- organisieren eine Beratung mit den Bezirken und Landesorganisationen zu Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SDAJ anhand des in der zurückliegenden Periode von der Jugendkommission erarbeiteten Maßnahmenkatalogs für die Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene.
- organisieren in Zusammenarbeit mit den Bezirken der DKP und den Landesorganisationen der SDAJ regionale jugendpolitischen Ratschläge.
- nehmen die Materialien der SDAJ in den UZ-Shop auf und bewerben insbesondere die „POSITION“, das Magazin der SDAJ.

Die Bezirke und Landesorganisationen

- delegieren Mitglieder in die Jugendkommission des Parteivorstandes.
- laden die SDAJ-Landesleitungen zur Auswertung des 22. Parteitag und des 22. Bundeskongresses der SDAJ und zur Diskussion über die Zusammenarbeit auf Landesebene ein.
- führen nach der Beratung mit dem Parteivorstand Beratungen mit den Gruppenvorständen der DKP zur Zusammenarbeit mit der SDAJ durch.
- suchen gezielt die Zusammenarbeit mit der SDAJ auf den Gebieten Betriebs- und Gewerkschaftspolitik bzw. Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Gruppen

- prüfen gemeinsam mit der SDAJ öffentliche Veranstaltungen zum Buch, das die SDAJ zu ihrem 50. Geburtstag herausgibt, zu organisieren.
- diskutieren, wenn möglich mit Vertretern der SDAJ aus der Region, wie die SDAJ vor Ort unterstützt werden kann. Insbesondere wird versucht, die Neugründung von SDAJ-Gruppen zu unterstützen.

4. Die Finanzbasis der DKP sichern

Organisierter Widerstand kostet Kraft, aber auch Geld. Die wichtigste Einnahmequelle der DKP sind die Mitgliedsbeiträge. Darüber hinaus sind regelmäßige Spenden an den Kampffonds der DKP eine wesentliche Voraussetzung für eine solide Ausgabenplanung.

Der DKP stehen heute viel zu geringe Mittel zur Verfügung, um die eigentlich notwendigen politischen Aufgaben zu finanzieren. Als bescheidene Ziele haben die letzten Parteitage folgende Schwerpunkte beschlossen:

- Sicherung eines Minimums an zentraler Tätigkeit der DKP
- Sicherung der Herausgabe der UZ als Wochenzeitung, die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Marxistischen Blätter

- Unterstützung der marxistischen Bildungsarbeit und die Sicherung der Karl-Liebknecht-Schule der DKP

Diese Minimalziele sind weiterhin aktuell. Wir nehmen zusätzlich die finanzielle Unterstützung der SDAJ in diese Liste mit auf.

Es ist eine ständige Aufgabe aller Genossinnen und Genossen, die finanzielle Basis der DKP zu sichern. Eine besondere Verantwortung tragen unsere Kassiererinnen und Kassierer. Auch in diesem Bereich sind viele Erfahrungen verloren gegangen. Die Finanzkommission hat zur Hilfestellung ein Handbuch für die Kassierung herausgegeben und organisiert jährlich in Zusammenarbeit mit den BezirkskassiererInnen regionale Kassiererberatungen.

Kassiererinnen und Kassierer bzw. die Gruppenleitungen

- diskutieren mit den Mitgliedern über die Beitragshöhe
- bieten in den Gruppen zumindest einmal im Quartal Spendenmarken an
- informieren in der Gruppe über die regelmäßig erscheinenden Spendenaufrufe in der UZ und Spendenflyer zu einzelnen Themenbereichen
- werben um regelmäßige Spender für den Kampffonds und stellen Überlegungen an, welche Freunde und Sympathisanten außerhalb der Partei gewonnen werden können
- machen sich mit der Broschüre „Spuren hinterlassen – Die Zukunft der Partei sichern“ des Parteivorstandes zu Schenkungen, Erbschaften und Vermächtnissen vertraut
- stellen sicher, dass auf öffentlichen Veranstaltungen Spenden für die Arbeit der DKP gesammelt werden

Die Bezirks- und Landesvorstände diskutieren auf Grundlage dieses Beschlusses gemeinsam mit den Gruppen- und Kreisleitungen konkrete Maßnahmen zu seiner Umsetzung. Der Parteivorstand und die Bezirke ziehen im Laufe der Legislaturperiode Bilanz und sichern eine entsprechende Beschlusskontrolle.

(angenommen bei 9 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen)

22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

Weitere Beschlüsse

20. UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP

Die Auswertung des 19. UZ-Pressesfestes mit seiner positiven Ausstrahlung nach innen und außen bestärkt uns, trotz der großen Kraftanstrengung und des Einsatzes von erheblichen Finanzmitteln, das 20. UZ-Pressesfest vom 7.-9. September 2018 in Dortmund durchzuführen.

Wir kämpfen für ein erfolgreiches 20. UZ-Pressesfest im Jubiläumsjahr von DKP und SDAJ!

(angenommen mit Mehrheit)

Abrüsten statt Aufrüsten

Die DKP unterstützt den aktuellen Aufruf der Friedensbewegung „Abrüsten statt Aufrüsten“ mit der Sammlung von Unterschriften und der Verbreitung des Aufrufs.

(angenommen mit Mehrheit)

Voraussetzungen für eine Programmdiskussion

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand dem kommenden 23. Parteitag ein Dokument vorzulegen, in dem die Voraussetzungen für die Diskussion zur Überarbeitung des Parteiprogramms abgesteckt werden und Maßnahmen entwickelt werden, wie die DKP diese Voraussetzungen erreicht.

(angenommen mit Mehrheit)

Siehe auch unter II. Überweisung als Arbeitsmaterial an den Parteivorstand

Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern

Die Bezirksorganisation Südbayern der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) wurde durch Beschluss der 9. PV-Tagung mit Wirkung zum 18.06.2017 nach Art. 7 des Statuts der DKP aufgelöst. Der 22. Parteitag der DKP bestätigt diesen Beschluss der 9. PV-Tagung.

(angenommen bei 30 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Unvereinbarkeitsbeschluss Kommunistisches Netzwerk

Der Parteitag beschließt in Verwirklichung eines Auftrags des 21. Parteitags, dass die Mitgliedschaft im sogenannten „Netzwerk kommunistische Politik“ bzw. „Netzwerk kommunistische Politik in der DKP“ mit der Mitgliedschaft in der DKP unvereinbar ist.

(angenommen bei 42 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen)

Für eine politikfähige und stärkere DKP

Der Parteitag appelliert an alle Genossinnen und Genossen, die Partei jetzt nicht zu verlassen, sondern weiter gemeinsam in der DKP zu kämpfen für eine zukunftsfähige kommunistische Partei, in der sowohl die solidarische Diskussion als auch das gemeinsame Umsetzen von Beschlüssen gelebt wird.

(angenommen mit Mehrheit)

Zur Beteiligung der DKP an kommenden Wahlen

Der Parteitag sieht in der eigenständigen Teilnahme der DKP an Wahlen auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mit Listen und Direktkandidaten einen sinnvollen Weg, die DKP sichtbar zu machen. Mit der Teilnahme an der Wahl steht eine antikapitalistische Alternative auf den Wahlzettel.

Die Auswertung der Wahlen hat gezeigt, dass die DKP gestärkt aus den Wahlen hervorgehen kann. Der Parteitag fordert den Parteivorstand auf, rechtzeitig vor den Wahlen zu prüfen, ob eine Teilnahme an bundesweiten Wahlen möglich ist.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Teilnahme an Landtags- und Kommunalwahlen mit den Bezirks- und Landesorganisationen zu diskutieren und entsprechend den örtlichen Gegebenheiten abzusichern und ggfls. zu unterstützen.

(angenommen mit Mehrheit)

Branchentreffen Bildungsbereich

Analog zur Koordinierung der Betriebsgruppen im Gesundheitswesen durch den Parteivorstand wird auch eine solche Koordinierung und Anleitung für die Arbeit der Partei im Bildungsbereich (Krippe/Hort/Schule/Hochschule/Sozialarbeit) eingerichtet (Branchentreffen). Dabei geht es nicht nur um einen Erfahrungsaustausch, sondern auch darum, die Politik der Partei, sowie die Arbeit der Genossinnen und Genossen in diesem Bereich zu stärken, sowie die Aussagen der Partei quantitativ und qualitativ weiterzuentwickeln

(angenommen mit Mehrheit)

Herausgabe des Anleitungenheftes für die Arbeit der Partei

Der Parteivorstand wird beauftragt, eine neue Handlungshilfe für die Arbeit in den Grundorganisationen bis Ende 2018 herauszugeben. Arbeitsgrundlage ist der von der Ost-Kommission erstellte Entwurf. Auf Basis dieser Handlungshilfe werden Schulungen in den Bezirks- und Landesorganisationen durchgeführt. Die Handlungshilfe soll auf der Website veröffentlicht werden.

(angenommen mit Mehrheit)

Solidarität mit dem sozialistischen Kuba

Die Solidarität mit Kuba ist für die DKP mehr als eine Verpflichtung und mehr als ein Lippenbekenntnis. Als Vorschein einer anderen, sozialistischen Welt, als Veranschaulichung ihrer Errungenschaften, eröffnet uns Kuba auch in Deutschland Möglichkeiten, in einer nicht-revolutionären Situation für den Sozialismus zu werben. In der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen der Kuba-Solidarität hat sich die DKP in den vergangenen Jahren eine hohe Wertschätzung erarbeitet. Deshalb verstärkt die DKP diese Zusammenarbeit und stellt insbesondere eine aktive Mitarbeit im Netzwerk Cuba sicher, dem Verbund fast sämtlicher Kuba-Solidaritätsgruppen in Deutschland, welches als solches eine Errungenschaft der Solidaritätsarbeit darstellt.

Die Beziehung der DKP zur KP Kubas hat aufgrund der außergewöhnlichen Stellung des sozialistischen Kubas einen besonderen Charakter, in der der praktisch-politische Internationalismus einen großen

Stellenwert einnimmt. Der 22. Parteitag bekräftigt die im Parteiprogramm gemachte Aussage, dass die DKP ihre „praktische Solidarität mit dem sozialistischen Kuba fortsetzen und verstärken“ wird.

Der neue Parteivorstand prüft hierzu konkrete Aktivitäten, wie zum Beispiel die Pflege der Beziehungen in die Provinz Mantanzas, insbesondere zur Clínica Rosa Luxemburgo in Cárdenas, und die Vorbereitung einer DKP-Delegationsreise nach Kuba. Die Mitglieder der DKP sind aufgerufen, innerhalb und außerhalb unserer Partei Solidaritätsaktivitäten für Kuba zu initiieren und zu unterstützen.

Der 22. Parteitag der DKP unterstützt die Forderung der kubanischen Regierung nach sofortiger und vollständiger Beendigung der Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade der USA. Er verurteilt die heuchlerische Position der EU-Staaten, die einerseits in der UNO-Generalversammlung gegen die völkerrechtswidrige US-Blockade gegen Kuba stimmen, andererseits aber tatenlos zusehen, wie beispielsweise Bankinstitute diese auf europäischem Territorium umsetzen.

Die DKP unterstützt die Forderung nach sofortiger Räumung des rechtswidrig besetzten Territoriums in Guantánamo und umgehender Auflösung der Militärbasis und des menschenrechtswidrigen Folterlagers.

Es muss Schluss sein mit den subversiven Aktivitäten gegen den kubanischen Sozialismus!
Die DKP weist jeden Versuch der Bundesregierung, der Parteien und ihrer Stiftungen, der Medien und Kulturinstitute zurück, ihre Arbeitsfelder zu missbrauchen, sich in die inneren Angelegenheiten Kubas einzumischen.

Hände weg vom sozialistischen Kuba!
Hoch die internationalistische Solidarität mit dem kubanischen Volk und seiner Kommunistischen Partei!

(angenommen mit Mehrheit)

22. Parteitag der DKP 2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

Statutenänderung

Statut der Deutschen Kommunistischen Partei

(Änderungen in Art.: 4/5 fett und unterstrichen)

Der Name der Partei ist Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Sie ist nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut. Als marxistische Partei ist die DKP eine politische Organisation der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten.

Ziel der DKP ist der Kommunismus, eine Gesellschaftsordnung, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, ein sorgsamer Umgang mit der Natur gesichert und die freie Entwicklung eines jeden als die Bedingung für die freie Entwicklung aller ermöglicht ist. Auf dem Weg zum Kommunismus ist der Sozialismus die historische Übergangsperiode zur neuen Gesellschaft.

Als marxistische Partei mit revolutionärer Zielsetzung orientiert sich die DKP an den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus, deren Weiterentwicklung sie fördert. Sie arbeitet gleichberechtigt und partnerschaftlich mit anderen linken und demokratischen Organisationen und Parteien zusammen. Die DKP ist bei Wahrung ihrer völligen Selbstständigkeit Teil der internationalen kommunistischen und revolutionären Bewegung.

Der Sitz des Parteivorstandes ist Essen.

Artikel 1

Mitgliedschaft

Mitglied kann – unabhängig von der Staatsangehörigkeit – sein, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat, die programmatischen Ziele und das Statut der Partei anerkennt und regelmäßig seinen Beitrag entrichtet.

Mitglieder der DKP können nicht zugleich Parteien, Vereinen, Organisationen und Einrichtungen angehören, deren Ziele gegen die Partei gerichtet sind. Die Aufnahme eines Mitglieds erfolgt durch die zuständige Parteigliederung. Dies ist in der Regel die Mitgliederversammlung einer Parteigruppe des Kreises, in der das Mitglied lebt oder arbeitet. Die Mitgliedschaft beginnt nach Ablauf der Einspruchsfrist.

Kreis-, Bezirks- bzw. Landes- und Parteivorstand haben das Recht, gegen den Aufnahmebeschluss Einspruch einzulegen. Der Einspruch muss innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Mitteilung des Aufnahmebeschlusses an die Landes- bzw. Bezirksorganisation erfolgen. Er ist der aufnehmenden Gruppe bzw. dem Kreisvorstand gegenüber zu begründen. Über den Einspruch entscheidet die Schiedskommission der Organisationsstufe, deren Vorstand Einspruch erhoben hat. Das Nähere regelt die Schiedsordnung.

Wird die Aufnahme von der Parteigruppe abgelehnt, so hat der/die Bewerber/in das Recht des Einspruchs beim Kreisvorstand. Lehnt der Kreisvorstand den Einspruch ab, so ist diese Entscheidung endgültig.

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Streichung oder Tod. Wer aus der Partei ausscheidet, hat weder für sich noch für einen Rechtsnachfolger Anspruch auf Parteivermögen. Der Mitgliedsausweis ist Eigentum der DKP und bei Beendigung der Mitgliedschaft an die zuständige Parteigruppe zurückzugeben.

Die Streichung der Mitgliedschaft erfolgt durch die zuständige Parteigliederung. Sie ist nur dann möglich, wenn das Mitglied trotz schriftlicher Mahnung länger als sechs Monate keine Beiträge zahlt, ohne dass eine Stundung erfolgt ist.

Die Streichung muss mindestens zwei Wochen vorher schriftlich angekündigt werden. Sie wird hinfällig, wenn die Beiträge innerhalb von vier Wochen nach der Streichung nachgezahlt oder gestundet werden.

Die Streichung ist der nächsthöheren Parteigliederung mit Begründung unverzüglich mitzuteilen.

Artikel 2

Rechte und Pflichten

Alle Mitglieder haben gleiche Rechte. Dazu gehören das Recht

- an der Erarbeitung der Politik der Partei und ihrer Beschlussfassung mitzuwirken;
- seine Meinung in allen die DKP betreffenden Angelegenheiten frei zu äußern und sie im Rahmen der Möglichkeiten in Parteipublikationen zu vertreten;
- Kritik an Beschlüssen, Gremien und Mitgliedern der Partei zu üben;
- seine Meinung zu allen politischen Fragen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Dabei muss öffentliche Kritik an der Partei und einzelnen ihrer Mitglieder oder Gremien solidarisch erfolgen und darf die Umsetzung gefasster Beschlüsse nicht gefährden;
- einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln, in den Zusammenkünften und Publikationen der Partei alternative politische Positionen zu vertreten und dafür in unserer Partei um demokratische Mehrheiten zu werben;
- an der Entwicklung und Diskussion von Personalvorschlägen und der Beurteilung der Tätigkeit von Funktionären der DKP mitzuwirken;
- an der Wahl der Parteiorgane teilzunehmen und selbst gewählt zu werden;
- bei der Beratung aller Angelegenheiten, die das Mitglied selbst betreffen, seine persönliche Anwesenheit zu verlangen.

Jedes Mitglied hat die Pflicht, am Leben und der Arbeit seiner Parteigruppe – das ist in der Regel die Parteigruppe im Betrieb, in dem es arbeitet, in der Hochschule, in der es studiert bzw. beruflich tätig ist, oder im Wohngebiet, in dem es lebt – entsprechend seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten teilzunehmen, die in den programmatischen Dokumenten festgelegten und von Parteitag beschlossenen Ziele zu unterstützen sowie die Beschlüsse der Partei anzuerkennen und nach Kräften bei ihrer Umsetzung mitzuwirken.

Jedes Mitglied soll sich Kenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus aneignen, die Publikationen der Partei, insbesondere die Zeitung der Partei, lesen und verbreiten und die materiellen Grundlagen der Partei durch Beitragszahlung gemäß der Beitrags- und Finanzordnung der DKP und das Aufbringen von Spenden sichern helfen.

Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich in seiner politischen Tätigkeit und durch sein persönliches Verhalten gegen soziale Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Diskriminierung von Frauen, gegen Diskriminierung von Minderheiten, gegen Rassismus sowie gegen solche Verhältnisse aktiv zur Wehr zu setzen, in denen „der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. (Karl Marx)

Artikel 3

Innerparteiliche Demokratie, Entscheidungsprozesse und Beschlüsse

Die innerparteiliche Demokratie in der DKP wird geprägt von der marxistischen Weltanschauung – den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin – und der Gemeinsamkeit der politischen Ziele. Dieses macht die Mitglieder der DKP zu einer organisiert und solidarisch handelnden Gemeinschaft von Gleichgesinnten.

Kommunistinnen und Kommunisten lassen sich stets von dem Grundsatz leiten, dass ihr gemeinsames Handeln die Voraussetzung der Aktionsfähigkeit und Stärke ihrer Partei ist. Darum verbindet sich in der DKP die breite innerparteiliche Demokratie mit dem Grundsatz der vereinigten zentralisierten Aktion. Das erfordert: engere Einbeziehung aller Mitglieder in die Vorbereitung von Entscheidungen sowie in die Entscheidungen selbst; die Entwicklung einer konkret auf die Bedürfnisse und Interessen der Mitglieder und der arbeitenden Menschen bezogenen Politik; die Qualifizierung und Befähigung der Mitglieder zur Durchsetzung der Politik der Partei; die ständige Einbeziehung der Mitglieder in die Ganzheit der Leitungsprozesse, also auch in die Kontrolltätigkeit auf unterschiedlichen Ebenen.

Kommunistinnen und Kommunisten halten die innere Ordnung der Partei als für jedes Mitglied verbindlich. Sie verstehen die Bildung von Fraktionen, d. h. Gruppen mit eigener Disziplin, eigenen Strukturen und politischen Plattformen als Gefahr für den Bestand der Partei.

Kommunistinnen und Kommunisten treten dafür ein, dass ihr innerparteiliches Leben bestimmt wird durch Kollektivität des Handelns bei gleichzeitiger persönlicher Verantwortung des einzelnen Mitglieds, durch Kritik und Selbstkritik, durch Offenheit und Vertrauen, durch Kameradschaft und gegenseitige Hilfe.

Es gehört zu den organisatorischen Aufgaben der Partei, die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus unter den Mitgliedern zu verbreiten und die Diskussion über ihre Anwendung in der gesellschaftlichen Praxis auf allen Parteiebenen zu fördern. Die Partei ist verpflichtet, organisierend zur Festigung und Weiterentwick-

lung des wissenschaftlichen Sozialismus beizutragen und die gesicherten Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Arbeit in ihre Willensbildung eingehen zu lassen.

Wichtige politische Entscheidungen und längerfristige Handlungsorientierungen, die von Vorständen und Parteikonferenzen beschlossen werden, müssen das Ergebnis der Diskussion der Parteimitglieder sein. Aufgabe der Vorstände ist es, die dafür notwendigen Diskussionsprozesse zu organisieren sowie Anregungen, Vorschläge und Entscheidungsalternativen zu erarbeiten.

Die wichtigsten Mittel, um das gemeinsame Handeln der Parteimitglieder zu erreichen, sind die politische Diskussion der Mitglieder und die Erarbeitung möglichst breiter Übereinstimmung.

Wenn es die aktuelle politische Auseinandersetzung oder die Notwendigkeit politischen Eingreifens erfordern, haben Vorstände und Parteikonferenzen das Recht zur Beschlussfassung ohne vorherige Diskussion der Mitglieder. Die spätere Begründung ist zwingend erforderlich.

Wenn trotz gründlicher Diskussion der Mitglieder keine breite Übereinstimmung erreicht wird, aber Entscheidungen politisch zwingend sind, sind Mehrheitsbeschlüsse unvermeidlich und bindend.

Beschlüsse dürfen die freie wissenschaftliche Debatte zur Erarbeitung neuer Erkenntnisse nicht behindern.

Artikel 4 Parteigliederungen

Die Partei gliedert sich grundsätzlich in

- Grundorganisationen
- Kreisorganisationen
- Bezirksorganisationen und/oder Landesorganisationen
- Bundesorganisation.

Sie ist nach demokratischen Prinzipien aufgebaut.

Über die Bildung neuer und die Auflösung von Grund-, Kreis-, Bezirks- oder Landesorganisationen entscheidet der Vorstand der nächsthöheren existierenden Ebene.

Die gewählten **Gremien** sind zur kollektiven Arbeit verpflichtet und ihrer jeweiligen Organisationsebene rechenschaftspflichtig.

Die Beschlüsse von Parteikonferenzen (Parteitag, Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenz, Kreisdelegiertenkonferenz bzw. Kreismitgliederversammlung) sind Grundlage der Politik der Partei und für alle jeweiligen Untergliederungen verbindlich.

Beschlüsse der jeweils höheren **Parteigremien** (Parteivorstand, Bezirks- und/oder Landesvorstand, Kreisvorstand), die die Politik der Partei auf der jeweiligen Ebene betreffen, sind für die nachfolgenden Parteigliederungen verbindlich, soweit sie nicht dem Grundsatz der demokratischen Wahlen von unten nach oben entgegenstehen.

Artikel 5 Grundorganisationen

Grundorganisationen sind Betriebsgruppen, Wohngebietsgruppen und Hochschulgruppen. Grundorganisationen können überall gebildet werden, wo mindestens drei Mitglieder tätig sind oder leben. Vorrang hat die Mitgliedschaft in einer Betriebsgruppe.

Je nach Zweckmäßigkeit können unter Berücksichtigung und in Absprache mit den jeweiligen Genoss/inn/en Orts- bzw. Stadtteilorganisationen gebildet werden, die in Grundorganisationen gegliedert sind. Über die Bildung solcher Untergliederungen entscheidet der zuständige Kreisvorstand.

Zur Schaffung der Voraussetzungen für die Gründung neuer Betriebsgruppen können als Übergangsformen Sammelgruppen oder Betriebsaktive gebildet werden. Diese haben dann die Rechte und Pflichten von Grundorganisationen.

Gruppen im Bereich von Bundesländern, in denen es noch keine Bezirks- bzw. Landesorganisationen gibt, können Koordinierungsräte bilden. In ihrem Bereich entwickeln sie in Abstimmung mit den Gruppenvorständen die Politik der DKP und vertreten sie nach innen und außen, einschließlich organisatorischer Maßnahmen. Ebenfalls vertreten sie die Partei gegenüber den Wahlleitern.

Das Leben und die Arbeit von Grundorganisationen vollzieht sich im Rahmen der Bestimmungen dieses Statuts. Sie dienen der Verwirklichung der Ziele und Beschlüsse der Partei im Rahmen der eigenen Kraft und Möglichkeiten.

Einmal jährlich findet eine Jahreshauptversammlung der Grundorganisation statt. Auf ihr gibt der Vorstand über seine Tätigkeit Rechenschaft. **Zweijährlich** wird die Neuwahl des Gruppenvorstands vorgenommen. Gewählt werden Sprecher/innen bzw. Vorsitzende(r) und stellvertretende(r) Vorsitzende(r) sowie weitere Mitglieder des Vorstands, deren Zahl die Jahreshauptversammlung festlegt, sowie die Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz. Sofern eine Landes- bzw. Bezirksorganisation nicht durchgängig in Kreisorganisationen untergliedert ist, werden die Delegierten zur Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenz in den Jahreshauptversammlungen der Grundorganisationen gewählt. **Grundorganisationen wählen zweijährlich entsprechend dem vom Parteivorstand beschlossenen Delegiertenschlüssel Delegierte zum Parteitag, mindestens aber eine/n Delegierte/n.**

In Bundesländern, in denen sich die Organisationsstruktur der Partei erst herausbildet und sich vorerst auf Grundorganisationen stützt, beruft der Parteivorstand in Zusammenarbeit mit den Gruppenvorständen und Koordinierungsräten zur Beratung von Anträgen an den Parteitag und zur Wahl der Parteitagsdelegierten Landesmitgliederversammlungen ein. Die Wahlen finden gemäß § 10 des Statuts statt.

Artikel 6

Kreisorganisationen

Die Grundorganisationen in einem Kreis bilden die Kreisorganisation. Diese vertritt in ihrem Wirkungsbereich die Partei nach außen. Kreisorganisation im Sinne dieses Statuts muss nicht Kreis im Sinne der Kommunalgliederung sein.

In Kreisen, in denen eine Untergliederung zeitweilig nicht möglich ist, können die Mitglieder der DKP mit Zustimmung der nächsthöheren Parteikörperschaft eine nicht untergliederte Kreisorganisation bilden.

Kreisdelegiertenkonferenzen oder Kreismitgliederversammlungen finden mindestens zweijährlich statt. Den Delegiertenschlüssel legt der Kreisvorstand fest. Die Wahl der Delegierten erfolgt auf den Jahreshauptversammlungen der Grundorganisationen.

Kreisdelegiertenkonferenzen oder Kreismitgliederversammlungen beruft der Kreisvorstand unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von einem Monat ein. Außerordentliche Kreisdelegiertenkonferenzen oder Kreismitgliederversammlungen können mit kürzeren Fristen einberufen werden. Sie sind auf Beschluss des Kreisvorstandes oder auf Antrag eines Drittels der Grundorganisationen des Kreises oder eines Drittels der gewählten ordentlichen Delegierten zur letzten ordentlichen Kreisdelegiertenkonferenz oder eines Drittels der Mitglieder der Kreisorganisation einzuberufen. Der Antrag muss einen Tagesordnungsvorschlag enthalten.

Auf der Kreisdelegiertenkonferenz bzw. Kreismitgliederversammlung gibt der Kreisvorstand Rechenschaft über seine Tätigkeit, werden politische sowie die Arbeit der Kreisorganisation betreffende Beschlüsse gefasst und Anträge der Grundorganisationen, des Kreisvorstandes, der Kreisrevisionskommission und der Kreisschiedskommission behandelt.

Die Kreisdelegiertenkonferenz bzw. Kreismitgliederversammlung wählt zweijährlich

1. mindestens zwei gleichberechtigte Sprecher/innen oder eine/n Vorsitzende/n und mindestens eine/n stellvertretende/n Vorsitzende(n). Sie vertreten die Kreisorganisation einzeln und gemeinsam nach außen;
2. die weiteren Mitglieder des Kreisvorstands, mindestens jedoch ein weiteres Mitglied des Kreisvorstandes;
3. die Mitglieder der Kreisrevisionskommission, der mindestens zwei Personen, und der Kreisschiedskommission, der mindestens drei Personen angehören müssen;
4. die Delegierten zur Landes- und/oder Bezirksdelegiertenkonferenz;
5. **wenn in der Kreisorganisation mindestens drei Grundorganisationen bestehen, zusätzlich Delegierte zum Parteitag. Ihre Anzahl beträgt ¼ der in den Grundorganisationen gewählten Delegierten zum Parteitag.**

Artikel 7

Bezirksorganisation – Landesorganisation

Kreisorganisationen eines Bundeslandes können eine Bezirksorganisationen oder eine Landesorganisation bilden. Über die Bildung wie auch über die Auflösung von Bezirk- bzw. Landesorganisationen und über Veränderungen in ihren Strukturen entscheidet der Parteivorstand. Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenzen oder -mitgliederversammlungen finden mindestens zweijährlich statt. Den Delegiertenschlüssel legt der Landes- bzw. Bezirksvorstand fest. Die Wahl der Delegierten erfolgt auf den Kreisdelegiertenkonferenzen bzw.

Kreismitgliederversammlungen. Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenzen berufen der Bezirks- bzw. Landesvorstand unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von sechs Wochen ein. Außerordentliche Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenzen können mit kürzeren Fristen einberufen werden. Sie sind auf Beschluss des Bezirksvorstands oder auf Antrag eines Drittels der gewählten ordentlichen Delegierten zur letzten Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenz bzw. eines Drittels der Mitglieder der jeweiligen Bezirks- oder Landesorganisation einzuberufen. Die Tagesordnung für die außerordentliche Delegiertenkonferenz muss dem Antrag entsprechen.

Auf der Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenz gibt der Bezirks- bzw. Landesvorstand Rechenschaft über seine Tätigkeit, werden politische sowie die Arbeit im Organisationsbereich betreffende Beschlüsse gefasst und Anträge von Grundorganisationen, von Kreisdelegiertenkonferenzen bzw. Kreismitgliederversammlungen, des Bezirks- bzw. Landesvorstandes, der Bezirksrevisionskommission und der Bezirksschiedskommission behandelt.

Die Bezirks- bzw. Landesdelegiertenkonferenz wählt zweijährlich

1. mindestens zwei gleichberechtigte Sprecher/innen oder eine/n Vorsitzende/n und mindestens eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n, die die Bezirks- bzw. Landesorganisation gemeinsam und einzeln nach außen vertreten;
2. die weiteren Mitglieder des Bezirks- bzw. Landesvorstandes, dem nicht mehr als 30 Mitglieder angehören;
3. die Mitglieder der Bezirks- bzw. Landesrevisions- und Schiedskommissionen. die jeweils aus mindestens drei Personen bestehen müssen;

4. entsprechend dem vom Parteivorstand beschlossenen Delegiertenschlüssel zusätzliche Delegierte in Höhe von ¼ der in der Bezirksorganisation – Landesorganisation durch die Grundorganisationen gewählten Delegierten zum Parteitag. Soweit in einem Bundesland noch keine Bezirks- bzw. Landesorganisation besteht, beruft der Parteivorstand Landesmitgliederversammlungen ein, auf denen die Delegierten – dem Delegiertenschlüssel entsprechend – gewählt werden.

Für die DKP in einem solchen Bundesland hat der Parteivorstand festzulegen, dass die Zuständigkeit der Bezirks- bzw. Landesschiedskommission der entsprechenden Kommission einer zu benennenden benachbarten Bezirks- oder Landesschiedskommission zugewiesen wird.

5. Die Bezirks- oder Landeskonferenzen können die Teilnahme an Landtagswahlen beschließen. Beschließt der Parteivorstand die Teilnahme an Bundestagswahlen auch mit Landeslisten, entscheiden über deren Zusammensetzung die Bezirks- oder Landeskonferenzen.

Die Wahlen finden gemäß Artikel 10 dieses Statuts statt.

Der Bezirks- bzw. Landesvorstand tagt mindestens fünfmal im Jahr. Er entscheidet unter Beachtung der Bestimmungen in Artikel 14 über die Berufung einer hauptamtlichen Geschäftsführung.

Artikel 8 Bundesorganisation

I. Der Parteitag

Die Bezirks- und Landesorganisationen der DKP bilden die Bundesorganisation.

Das höchste Organ der Partei ist der Parteitag. Parteitage der DKP finden mindestens zweijährlich statt. Sie werden vom Parteivorstand einberufen. Die Einberufungsfrist beträgt im Falle der Wahl neuer Delegierter drei Monate, ansonsten sechs Wochen.

Außerordentliche Parteitage sind auf Beschluss des Parteivorstandes oder auf Antrag eines Drittels der Bezirks- bzw. Landesorganisationen – denen mindestens ein Drittel der Mitglieder der Gesamtpartei angehören müssen –, oder eines Drittels der zum letzten Parteitag gewählten ordentlichen Delegierten einzuberufen. Der Antrag muss einen Tagesordnungsvorschlag enthalten.

Auf dem Parteitag gibt der Parteivorstand Rechenschaft über seine Tätigkeit.

Der Parteitag beschließt die Politik und Programmatik, das Statut, die Beitrags- und Finanzordnung sowie die Schiedsordnung der DKP. Er entscheidet über die an ihn gerichteten Anträge der Grund-, Kreis-, Bezirks- bzw. Landesorganisationen, des Parteivorstandes, der Zentralen Revisionskommission und der Zentralen Schiedskommission.

Der Parteitag wählt

1. die/den Vorsitzende/n, mindestens eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n, oder mindestens zwei gleichberechtigte Sprecher/innen, die die Partei gemeinsam und einzeln nach außen vertreten;
2. die weiteren Mitglieder des Parteivorstands, dem nicht mehr als 40 Mitglieder angehören sollen;
3. die Mitglieder der Zentralen Revisions- und Zentralen Schiedskommission, die aus mindestens je drei Personen bestehen müssen.

Die Wahlen finden gemäß Artikel 10 des Statuts statt.

II. Der Parteivorstand

Der Parteivorstand leitet die Partei zwischen den Parteitag. Parteitage werden vom Parteivorstand einberufen. Er legt den Delegiertenschlüssel fest. Der Parteivorstand beschließt über die Frist für Anträge an den Parteitag. Die Anträge sind mindestens zwei Wochen vor Beginn des Parteitages zu veröffentlichen.

Der Parteivorstand vertritt die Partei als Ganzes nach außen, national und international.

Er entscheidet über die Aufnahme und Pflege von Beziehungen zu ausländischen Parteien und Organisationen. Internationale Verbindungen von nachgeordneten Parteigliederungen bedürfen der Zustimmung des Parteivorstands.

Der Parteivorstand tritt mindestens alle drei Monate zusammen.

Der Parteivorstand beschließt über seine Arbeitsweise und gibt sich eine Geschäftsordnung. Er fasst seine Beschlüsse auf der Grundlage von Programm, Statut, Parteitagsbeschlüssen und der Diskussion der Parteimitglieder. Er erarbeitet Entscheidungsvorschläge zu politischen Aufgaben, die von der Partei als Ganzes zu lösen sind. Falls erforderlich, organisiert er die dazu notwendige Parteidiskussion und fasst die sich daraus ergebenden, für die ganze Partei verbindlichen Beschlüsse.

Der Parteivorstand ist der Herausgeber der Zeitung der Partei und entscheidet über ihre inhaltliche Konzeption und die Zusammensetzung der Redaktion.

Er entscheidet über den Einsatz hauptamtlicher Kräfte zur Realisierung seiner Führungsarbeit, unter Beachtung der Bestimmungen in Artikel 14.

Artikel 9 Sekretariate

Kreis-, Bezirks- bzw. Landesvorstände und Parteivorstand wählen Sekretariate, denen die Sprecher/innen bzw. die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden angehören. In Kreisen, in denen die zahlenmäßige Stärke der Kreisvorstände den in einem Sekretariat zu besetzenden Funktionsbereichen gleichkommt, entfällt die Wahl von Sekretariaten. Sekretariate sind Arbeitsausschüsse der jeweiligen Vorstände. Sie sind ihnen gegenüber in vollem Umfang weisungsgebunden, rechenschafts- und informationspflichtig.

Die Vorstände regeln die Arbeit der Sekretariate durch eine Geschäftsordnung.

Artikel 10 Wahlen, Abstimmungen, Mandate

Sämtliche Wahlfunktionen auf Kreis-, Bezirks- bzw. Landes- und Bundesebene gelten in der Regel für zwei Jahre. Delegiertenmandate gelten in diesem Zeitraum auch für außerordentliche Konferenzen und Parteitage.

Zu der Zahl der ordentlichen Delegierten werden Ersatzdelegierte gewählt.

Auf allen Ebenen ist die jederzeitige Neuwahl einzelner oder sämtlicher Wahlfunktionen und Delegierten möglich.

Die Wahlen auf allen Ebenen sind geheim. Die Einzelheiten der Durchführung von Wahlen beschließen die jeweiligen Konferenzen bzw. der Parteitag in einer Wahlordnung.

Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst. Auf Antrag eines Drittels der anwesenden Delegierten erfolgt die Beschlussfassung geheim. Beschlüsse zur Veränderung des Statuts und zur Auflösung der Partei bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der stimmberechtigten Delegierten des

Parteitags. Beschlüsse zur Auflösung der Partei bzw. zur Vereinigung mit anderen Parteien müssen darüber hinaus durch eine Urabstimmung der Mitglieder bestätigt werden.

Auf Delegiertenkonferenzen und Parteitag sind nur die anwesenden gewählten Delegierten stimmberechtigt.

Das Recht zu Wahlvorschlägen steht den Mitgliedern bzw. Delegierten der jeweiligen Parteikonferenz für die eigene und für die übergeordnete Ebene und den Vorständen der jeweiligen Ebene zu.

Das Mandat der Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen sowie des Parteitags zur Wahl der **Parteigremien** schließt das Recht zur Wahl der Kandidaten für die Parlamente ein. Die Aufstellung von Kandidaten für die Wahlen zu den Kommunalparlamenten, zum Kreis, Land- und Bundestag erfolgt auf den zuständigen Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen. Die Wahl der Kandidaten ist geheim.

Kandidatinnen und Kandidaten für Vorstands- und Delegiertenmandate müssen der jeweiligen Gliederung als Mitglied angehören.

Artikel 11 Konferenzen

Parteikonferenzen können – entsprechend ihrer Aufgabenstellung – öffentlich oder nur für Mitglieder der DKP zugänglich sein. Darüber befindet jeweils der zuständige Vorstand als Einlader zu der Konferenz oder die Konferenz selbst.

Parteikonferenzen sind souverän und arbeiten auf der Grundlage der von ihnen zu beschließenden Tages- und Geschäftsordnung. Sie wählen eine Konferenzleitung.

Artikel 12 Arbeitsgemeinschaften. Kommissionen und Tagungen

Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen und Tagungen zu einzelnen Sachgebieten oder für bestimmte Personengruppen sind **Beratungsgremien** der gewählten Vorstände bei der Politikerarbeit. Sie haben für das jeweilige Sachgebiet und an die Vorstände auf der Ebene, auf der sie wirken, Vorschlags- und Antragsrecht. Sie können durch die Vorstände auf allen Ebenen der Partei für die Lösung befristeter Aufträge oder für dauerhafte Tätigkeit gebildet werden. Daran teilnehmende Mitglieder sind nicht von der Mitarbeit in ihrer Grundorganisation befreit.

Genossinnen in der DKP können durch die Mehrheit ihrer Vertreterinnen der jeweiligen Organisationsebene der Partei Tagungen einberufen und Arbeitsgemeinschaften bilden.

Über die Berufung in Kommissionen bzw. Arbeitsgemeinschaften sowie die Benennung ihrer Leitungen entscheidet der Vorstand der Parteiebene, für die die Arbeitsgemeinschaft bzw. Kommission gebildet wird.

Artikel 13 Quotierung

Zur stärkeren Einbeziehung von Genossinnen und zur Durchsetzung der Quotierung ist eine gezielte Frauenförderung zwingend notwendig. Die Vorstände aller Parteiebenen sind verpflichtet, dazu konkrete Maßnahmen zu entwickeln und Rechenschaft darüber abzulegen.

Auf Bundes- und Bezirks- bzw. Landesebene sollen in allen gewählten **Gremien** der Partei 50 Prozent Genossinnen vertreten sein, mindestens aber soviel, wie ihr prozentualer Anteil an der Mitgliedschaft des jeweiligen Bereichs beträgt.

Bei der Wahl von Sprecher/innen bzw. Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden ist eine 50-prozentige Quote anzustreben.

Bei Delegiertenwahlen auf Kreisebene sollen 50 Prozent Genossinnen gewählt werden. Bei ungerader Delegiertenzahl bleibt die Wahl einer oder eines Delegierten von dieser Regelung ausgenommen.

Sollte die Quotierung nicht einzuhalten sein, muss das jeweilige Wahlorgan mit Zweidrittelmehrheit für seinen Bereich und die vorzunehmende Wahl die Aufhebung der Quotierung beschließen.

Artikel 14 Finanzen/Finanzordnung

1. Die Partei finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Sammlungen, Spenden und anderen Einnahmen. Einzelheiten regelt die Beitragsordnung (Anhang zum Statut der DKP).
2. Der Parteivorstand wählt eine Finanzkommission unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern von Bezirks- bzw. Landesvorständen. Sie ist dem Parteivorstand und dem Parteitag in vollem Umfang rechnungs- und informationspflichtig.
3. Der Parteivorstand wählt einen Kassierer. Er ist auf der Grundlage von Finanzplänen tätig. Diese müssen auf Verlangen den Vorständen und auch Parteikonferenzen offen gelegt werden.

Die Kassiererinnen und Kassierer aller Parteigliederungen sind zu ordentlicher und einheitlicher Buchhaltung verpflichtet, und zwar:

- Auf Kreis- und Bezirksebene werden alle Finanzvorgänge in Kassenbüchern und in Form von EDV-Verwaltung in einfacher Ein- und Ausgabenform geführt, jeweils für Kasse und Bank getrennt.
 - Die jeweiligen Kassenbücher werden quartalsmäßig abgeschlossen und nach Prüfung durch die jeweilige Revisionskommission an den Parteivorstand zur zentralen Buchhaltung gegeben.
 - Mit dem Abschluss eines Jahres (Geschäftsjahr: Januar bis Dezember) sind mit den Unterlagen des 4. Quartals auch die Auflistungen über Beitragseinnahmen und Spenden – namentlich mit Adressen – mitzuliefern.
 - Die Parteigruppen der Kreise und die kreisfreien Gruppen der Bezirke führen ebenfalls Kassenbücher, die von den jeweiligen Vorständen, evtl. von zwei beauftragten Mitgliedern, geprüft werden. Die Revisionskommissionen der nächsthöheren Ebene haben das Recht, sie dabei zu unterstützen.
4. Spenden sind Zuwendungen an die Partei und ihre Erfassung muss auf der Grundlage des Parteiengesetzes auf den jeweiligen Ebenen vorgenommen werden.

Zur Annahme von Parteispenden sind alle Vorstände der DKP berechtigt. Von Grundorganisationen entgegen genommene Spenden sind dem jeweils nächsthöheren Vorstand mitzuteilen, der auch die entsprechende Spendenbescheinigung ausstellt.

Vierteljährlich wird jedem Mitglied eine Spendenmarke für die UZ angeboten. Über die Werthöhe der Marke entscheidet der Parteivorstand. Diese Spendenmarken dienen der Sicherung der Herausgabe der Zeitung der DKP.
 5. Mitglieder, die im Auftrage und auf Einladung des Parteivorstandes zentrale Beratungen wahrnehmen, erhalten auf Wunsch ihre Fahrgelder erstattet. Sie werden gebeten, entsprechend ihren Möglichkeiten diese Fahrgelder der Partei zu spenden
 6. Dem Kassierer des Parteivorstandes sind alle Parteigliederungen zur Offenlegung der Parteifinzen verpflichtet.
 7. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Artikel 15 Revisionskommissionen

Die Revisionskommissionen sind – durch die Direktwahl auf den Mitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen der Kreise und Bezirke bzw. Länder sowie auf dem Parteitag legitimierte – von den Vorständen der Partei unabhängige **Gremien** der Kontrolle der Finanzpolitik der Partei. Die Mitglieder der Revisionskommissionen erstatten den jeweiligen Parteikonferenzen mindestens zweijährlich Rechenschaft über ihre Tätigkeit.

Die Revisionskommissionen überprüfen die Finanzführung auf der jeweiligen Ebene. Ihnen sind auf Verlangen jederzeit und uneingeschränkt die erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Ihre Mitglieder sind bei der Erarbeitung des Finanzetats und größerer Finanzierungsaufgaben in Erfüllung politischer Beschlüsse, hinzuzunehmen und über deren Entwicklung regelmäßig zu informieren.

Im Mittelpunkt der Revisionen, die regelmäßig, mindestens jedoch einmal in drei Monaten vorzunehmen sind, stehen:

- die Prüfung der Einnahmen und Ausgaben, der Bestände an Bargeld, der Bestände auf den Konten sowie der Beitragsmarken;

- die regelmäßige Kontrolle der Beitragsabrechnungen sowie die Entwicklung des Aufkommens aus Sondermarken, Sammlungen und Spenden;
- die Kontrolle über den sparsamen, effektiven Umgang mit den Mitteln und materiellen Werten der Partei.

Die/der Vorsitzende oder ein anderes Mitglied der Zentralen Revisionskommission gehört der Finanzkommission des Parteivorstandes an.

Die/der Vorsitzende oder ein/e von der jeweiligen Revisionskommission benannte/r Vertreter/in nimmt an den Vorstandstagen auf der jeweiligen Ebene der Partei mit beratender Stimme teil.

Die Kommissionen sind verpflichtet, kritischen Hinweisen aus der Partei sofort nachzugehen und ihre Ergebnisse dem jeweiligen Vorstand vorzutragen.

Die Revisionskommissionen haben Antragsrecht im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereiches.

Artikel 16 Schiedskommissionen und Schiedsverfahren

Die Schiedskommissionen beraten die Mitglieder und Gliederungen der Partei bei der Anwendung und Auslegung des Statuts der DKP und seiner Beachtung. Sie werden bei der Einleitung von Parteiordnungsverfahren und Verfahren zur Wahrung statutarischer Rechte nur auf Antrag tätig. Sie sind von den **Parteigremien** unabhängig und keinen Weisungen unterworfen. Ihre Mitglieder dürfen Vorständen der DKP nicht angehören und weder in einem Dienstverhältnis zur Partei stehen noch von ihr regelmäßige Einkünfte beziehen.

Parteiordnungsverfahren können gegen Mitglieder durchgeführt werden, die in schwerwiegender Weise gegen Statut oder Programm der DKP verstoßen. Ordnungsmaßnahmen sind Verwarnung, Verbot der Ausübung von Leitungsfunktionen bis zu einer Frist von zwei Jahren und Ausschluss aus der DKP. Der Ausschluss ist nur möglich, wenn Mitglieder durch ihr Verhalten der Partei schweren Schaden zufügen.

Anträge auf Einleitung von Parteiordnungsverfahren können nur von der Grundorganisation, der das Mitglied angehört, dem zuständigen Kreis- oder Bezirks- bzw. Landesvorstand oder dem Parteivorstand gestellt werden. Vor jeder Entscheidung im Parteiordnungsverfahren hat das betroffene Mitglied ein Anhörungsrecht.

Über Parteiordnungsmaßnahmen entscheidet nur die Schiedskommission nach Maßgabe der Schiedsordnung. Gegen Entscheidungen der Schiedskommission kann bei der jeweils höheren Schiedskommission Einspruch eingelegt werden.

Zur Wiederaufnahme eines ausgeschlossenen Mitglieds ist die Zustimmung des Kreisvorstandes und der Gliederung der DKP erforderlich, die den Ausschluss beantragt hat. Gegen die Entscheidung steht dem Antragsteller das Recht zum Einspruch bei der Kreisschiedskommission zu.

Verfahren zur Wahrung statutarischer Rechte finden bei Verletzung von Rechten, die nach diesem Statut den Mitgliedern und Gliederungen der Partei zustehen, auf Antrag statt. Die nähere Ausgestaltung der in diesem Absatz vorgesehenen Verfahren regelt die Schiedsordnung.

Der Parteitag kann jede Entscheidung der Zentralen Schiedskommission aufheben oder abändern.

(angenommen mit Zweidrittelmehrheit)

22. Parteitag der DKP 2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

Überweisung als Arbeitsmaterial an den Parteivorstand

Material zum Antrag „Voraussetzungen für eine Programmdiskussion“

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand für den 23. Parteitag einen Antrag vorzulegen der einen Prozess zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms vorsieht. Ziel des Prozesses ist es die Gesamtpartei zu befähigen die Kontroversen um die Strategie der DKP nachzuvollziehen und sich aktiv beteiligen zu können.

Dafür organisiert der Parteivorstand bis zum 23. Parteitag:

- Schulungen zur Strategie der Kommunistischen Partei, in Zusammenarbeit mit den Bezirken
- wissenschaftliche Untersuchungen zur Klassenanalyse in der heutigen BRD
- offene Debatten in Form von Konferenzen und Diskussionstribünen

Begründung:

Die in Teil B des Leitantrags dargelegte Strategie der DKP ist heftig umstritten. Viele der im Vorfeld des Parteitags heiß diskutierte Fragen werden im Leitantrag umschiffte, der Antrag stellt weder eine Korrektur noch eine Präzisierung der im Programm formulierten Strategie dar. In der Debatte um den Leitantrag ist es im Wesentlichen nicht gelungen die Strategie der Partei auf wissenschaftlicher Grundlage weiterzuentwickeln. Die Debatte in UZ und auf news.dkp.de kam kaum über einen Meinungs austausch hinaus, viele Gruppen und Mitglieder sahen sich nicht in der Lage vor Ort umfassend über den Leitantrag zu diskutieren. Was fehlt ist also eine kollektive Erarbeitung von Standpunkten zur Strategie der DKP auf der Höhe der Zeit. Aufgrund des Zustands der Partei und der Klassenkämpfe insgesamt sollten wir uns vor Schnellschüssen hüten. Die beste Strategie hilft uns nicht weiter wenn die Partei nicht in der Lage ist diese in der Praxis umzusetzen. Kollektiv erarbeitete Standpunkte zur Strategie der Partei ersetzen zwar keine umfassende kommunistische Strategie, aber sie nützen der Entwicklung der Partei aus unserer Sicht wesentlich mehr als Kampf abstimmungen über kaum geklärt e Fragen. An die Erarbeitung der Standpunkte anschließen soll deshalb aber auch ein umfassender Prozess zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms.

Die zu klärenden Fragen zur Strategiedebatte umfassen u.a.:

- Das Produktionsverhältnis in der BRD und den Grundwiderspruch unserer Gesellschaft
- Die Zusammensetzung und Interessen der entscheidenden Klassen und Schichten in der BRD
- Die Aufgabe und Rolle der Kommunistischen Partei
- Kommunistische Bündnispolitik
- Mögliche Etappen zum Herankommen an die sozialistische Revolution

Organisierung eines ergebnisoffenen Klärungs- und Diskussionsprozesses zu Strategie und Taktik

Das Ziel, die Partei auf der Grundlage einer wissenschaftlich fundierten kommunistischen Strategie und Taktik zu vereinen, erfordert, dass der Klärungsprozess Elemente von

- parteiweiten Schulungen, insbesondere in den Grundeinheiten und insbesondere von Originaltexten der Klassiker,
- wissenschaftlichen (empirischen) Untersuchungen und
- offenen Debatten auf allen Ebenen der Partei

enthält. Wesentliche zu klärende Fragen sind:

- Wer ist, ausgehend vom Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, der Hauptgegner in der imperialistischen BRD heute?

- Was kennzeichnet die Produktionsverhältnisse der BRD heute? Welche Rolle spielt der Staat in diesem Produktionsverhältnis?
- Was bedeutet die führende Rolle der Arbeiterklasse für uns? Wie ist deren Struktur und Bewusstseinslage?
- Welche Klassen und Schichten gibt es heute in der BRD zwischen Proletariat und Bourgeoisie? Wie sind deren Interessen?
- Welches sind die Kräfte des Widerstandes? Auf welche orientieren wir? Wie ist deren Verfasstheit?
- Was bedeuten die Begriffe Strategie und Taktik und wie gehen wir richtig mit ihnen um? Welche Bedeutung haben die Begriffe Offensive und Defensive und Ebbe und Flut der revolutionären Bewegung für die Strategie und Taktik?
- Welche strategische und/oder taktische Bedeutung hat der demokratische Kampf für die Arbeiterklasse in der BRD?
- Was ist Bündnispolitik? Was ist Aktionseinheitspolitik? Was unterscheidet Ausnutzen von Widersprüchen im Lager des Gegners von Bündnissen?
- Gibt es unterschiedliche Phasen des Parteaufbaus, die sich hinsichtlich des Auftretens der Partei nach innen und außen unterscheiden?

... und andere sich im Prozess ergebende Fragen

Begründung:

1. Mit dem Antrag knüpfen wir an die Erklärung des Parteivorstandes vom 29.11.2017 an: „Wir haben nicht vor, mit dem Leitantrag an den 22. Parteitag und seiner Beschlussfassung eine Diskussion über die Strategie der Partei zu beenden. Wir sind im Gegenteil ja froh, dass sie jetzt in Gang kommt. Schon heute wissen wir, dass wir u.a. folgende Fragen dringend weiterdiskutieren müssen: ...

Diese Fragen haben wir aufgenommen und um wenige Punkte ergänzt. Der Klärungsprozess muss eine der schwierigen Lage der Partei angemessene Struktur haben. Wir halten die Übertragung dieser Aufgabe an eine spezielle dem PV zuarbeitende und entlastende Kommission für erforderlich, um die übrige Arbeit der Partei durch den Klärungsprozess nicht zu lähmen.

In der Vergangenheit bestand die Diskussion im Wesentlichen darin, dass eine unübersichtliche Zahl von Beiträgen beziehungslos nebeneinander stand und so eine die Partei voranbringende Debatte nicht möglich war. Die Aufgabe der Kommission besteht deshalb darin den Prozess inhaltlich so zu strukturieren, dass die wirklichen Gemeinsamkeiten und wirklichen Widersprüche herausgearbeitet werden und dann eine die Widersprüche klärende Debatte organisiert wird.

Den organisierten Klärungsprozess schlagen wir vor, weil es sich lohnt

- für die Einheit aller Genossinnen und Genossen in der Partei zu kämpfen, die in dem in dem entscheidenden strategischen Punkt – der Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus – übereinstimmen.
- diesen Kampf um die Einheit der Kommunisten nicht in Zirkeln zersplittert sondern auf der Grundlage einer gemeinsamen Praxis zu führen. Denn nur im Zusammenwirken von organisierten Erkenntnisprozessen, ausprobieren und aus den Erfahrungen lernen kann unsere Partei zu einer aktionsfähigen, geschlossenen Einheit auf Grundlage einer wissenschaftlich fundierten revolutionären Programmatik, Strategie und Taktik zusammenwachsen.

1. Die DKP Gruppe Hamburg Süd zählt sich zu den Kritikern der Antimonopolistischen Strategie (AMS) und vieler anderer Aussagen des Leitantrages. Wir appellieren mit diesem Antrag an alle Genossinnen und Genossen, die in der Kritik mit uns übereinstimmen, die Partei nicht zu verlassen, sondern sich mit dem Ziel, die eigenen Positionen zu prüfen und zu festigen an dem vorgeschlagenen Prozess zu beteiligen. Wir versprechen uns von der Auseinandersetzung auch die aus unserer Sicht erforderliche Korrektur bestimmter linker Überspitzungen besonders in der Frage mit welchen strategischen und taktischen Mitteln um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gekämpft werden muss.

Kampf gegen rechts als ein zentrales Handlungsfeld der DKP weiter qualifizieren

In Anbetracht des Weiteren Rechtsrucks in Deutschland im Ergebnis der letzten Bundestagswahl und der damit verbundenen Gefahren beschließt der 22. Parteitag der DKP, dass der Kampf gegen rechte Politik,

Organisationen und Aktionen in der kommenden Zeit sowohl zentral auf Bundesebene wie in den Kreisen und Gruppen vor Ort weiterhin als eine wichtige Aufgabe und Arbeitsfeld unserer Partei behandelt wird.

Dabei geht es darum, gemeinsam mit vielen anderen demokratisch eingestellten Menschen der rechten und faschistoiden bzw. faschistischen, flüchtlings- und fremdenfeindlichen Stimmungsmache entgegenzuwirken und die im Grundgesetz festgeschriebenen demokratischen Werte und Grundsätze der Gleichheit und Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von Herkunft und Religion, der Toleranz und der mitmenschlichen Solidarität gegen die rechten und faschistoiden bis zu faschistischen Parolen zu verteidigen. Der Kampf gegen Rechts schließt den Kampf gegen das Monopolkapital, besonders die aggressivsten Teile des militärisch-industriellen Komplexes ein. Es muss klargemacht werden, dass es keine Lösung vorhandener sozialer Probleme wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Armut und Gefahren des sozialen Abstiegs bringt, wenn Deutsche und Menschen mit ausländischen Wurzeln gegeneinander aufgebracht und in Konkurrenz versetzt werden. Die Lösung der Probleme liegt nicht im Gegeneinander von Bevölkerungsgruppen. Stattdessen braucht es eine Umverteilung des Reichtums von oben nach unten, in einer höheren Besteuerung der Superreichen (Millionärssteuer, Vermögenssteuer) und einer höheren Abschöpfung der Riesengewinne von Banken und multinationalen Konzernen. Dabei verschweigen wir nicht, dass der Kampf gegen Rechts immer ein Abwehrkampf sein wird, solange der Klassenwiderspruch nicht überwunden ist. Dabei muss deutlich werden, dass sich dieser Kampf auch gegen die Politik der bisherigen und jetzigen Bundesregierungen richten muss, da auch die Politik der letzten Jahrzehnte eine kontinuierliche Rechtsentwicklung darstellt.

Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung einer solchen Orientierung ist die Besinnung der Partei auf die Arbeiterklasse.

Alle Gruppen und Vorstände der DKP sind aufgefordert, in diesem Sinn überall, auf allen Ebenen tätig zu werden und entsprechend ihrer Möglichkeiten an der Entwicklung breiter Bündnisse gegen rechte Politik, Organisationen und Aktionen mitzuwirken. Zusammen mit Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen, Sozialdemokraten und -demokratinnen, christlichen Kreisen, freidenkenden und liberalen Menschen, Repräsentanten und Repräsentantinnen des kulturellen und geistigen Lebens, der Hochschulen und wissenschaftlicher Institute, Frauenvereinigungen, Jugend- und Studentenorganisationen, Sportverbänden und vielen anderen demokratischen Bürgervereinen gilt es, sich den Aktivitäten aller reaktionären und faschistoiden bis faschistischen Kreise entgegenzustellen, ihrer fremdenfeindlichen und deutschtümelnden Agitation Paroli zu bieten und eine demokratische Gegenkultur in der Bevölkerung entwickeln und stärken zu helfen.

Der neu gewählte Parteivorstand wird beauftragt, in diesem Sinn eine bundesweite Öffentlichkeitskampagne der DKP zu planen und zu initiieren, die bundesweit zu einem Schwerpunkt der Parteiarbeit vor Ort gemacht wird. Dabei sollte eine enge Verzahnung von Aktionen gegen rechts mit der Forderung nach Umverteilung des Reichtums von oben nach unten und nach einer stärkeren Vermögens- und Millionärssteuer anvisiert werden. Dazu gehören eine möglichst öffentlichkeitswirksame zentrale Auftaktveranstaltung, möglichst noch vor dem 1. Mai, sowie die Herausgabe eines gut gestalteten Materials mit eingängigen Argumenten gegen rechte und faschistoide bis faschistische Stimmungsmache in Form, zum Beispiel, einer kleinen, aber gut lesbaren Aufklärungsbroschüre, auch mit eventuell dazu passenden Karikaturen, die Herausgabe entsprechender Aufkleber u.a.m. sowie die Organisierung von möglichst vielen Infoständen der DKP, bei denen das oben genannte Material verteilt wird. Auch die UZ und das Internetportal der Partei werden in den Dienst dieser Kampagne gestellt. Ebenso sollte sie auf dem UZ-Pressfest ein zentraler Programmpunkt sein.

Überweisung als Arbeitsmaterial an die Umweltkommission

Energiepolitik

1. Die DKP fordert die sofortige Stilllegung aller noch in Betrieb befindlichen Kernreaktoren.
2. Die DKP fordert, dass die Kosten die beim Rückbau bzw. Abriss von Kernkraftwerken entstehen von den Betreibern zu tragen sind (Verursacherprinzip)
3. Die Kernbrennstoffsteuer ist gemäß dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes in verfassungsgemäßer Form wieder einzuführen. Die DKP fordert, dass die Rückzahlung an die Konzerne so lange auszusetzen ist, bis das neue Gesetz in Kraft tritt

4. Die DKP fordert bis spätestens 2025 Erneuerbare Energien so auszubauen, dass sie uns zu annähernd 100 Prozent versorgen! Wind, Licht, Bioenergie, Geothermie, ...
 5. Die DKP stellt fest, dass Pflanzenöl ("Palmöl") und auch Bioethanol (Schädigung von Grundwasser und Klima durch großen Kunstdüngereinsatz) nicht zu Erneuerbaren Energieträgern zu zählen sind
 6. Die DKP fordert, dass die Grenzwerte bezüglich des Freimessens so niedrig zu halten sind, dass eine Lagerung auf Hausmülldeponien unmöglich wird
 7. Die DKP fordert: Bei Störfällen ist die Bevölkerung umgehend zu informieren. Die Unterscheidungen zwischen "meldepflichtiger Alarm" und "nicht meldepflichtiger Alarm" sind aufzuheben
 8. Die DKP unterstützt Aktionen zur Verhinderung von Castor-Transporten auf deutschen Flüssen.
-

Überweisung als Arbeitsmaterial an die Kommission Betrieb- und Gewerkschaft

Arbeitszeitverkürzung

Die Arbeitszeitverkürzung gehört wieder zu den großen Themen gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Debatten. Sie ist ein erprobtes Mittel zur Umverteilung von Arbeit, zur Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit und zur Eindämmung prekärer Beschäftigung. Arbeitszeitverkürzung ist ein wesentlicher Beitrag zum Arbeitsschutz und zur Gesunderhaltung der Beschäftigten. Kürzer arbeiten gewährt einen größeren Anteil an freier Zeit für alle.

Zudem stellen wir in unserer Volkswirtschaft seit vielen Jahrzehnten auf der einen Seite einen kontinuierlichen Rückgang des gesamten Arbeitszeitvolumens fest, während auf der anderen Seite die Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten eher wieder angestiegen ist und umgekehrt die oft unfreiwillige Teilzeitarbeit gewaltig angewachsen ist. Und nach wie vor sind Millionen Menschen von der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen. Notwendig ist also eine Verteilung der vorhandenen Arbeit auf die vorhandenen Menschen. Allein dies macht eine Verkürzung der Arbeitszeit erforderlich.

Allerdings ist die Arbeiterklasse in unserem Land in ihrer Zusammensetzung und bezogen auf ihre Arbeitsbereiche und Arbeitsbedingungen, ihre Lebenslagen, Herkunft und Traditionen sowie Kampferfahrungen sehr differenziert. In der organisierten Arbeiterbewegung wirken verschiedene politische und weltanschauliche Strömungen. Vor diesem Hintergrund sind auch die erreichten Arbeitszeitverkürzungen und die verwirklichten Arbeitszeitmodelle sehr unterschiedlich. Es kommt uns darauf an, auch in der Frage der Arbeitszeit die gemeinsamen Klasseninteressen zu formulieren, und so für bessere Durchsetzungsmöglichkeiten zu sorgen.

Ohne real erscheinende Alternativen wird kein gesellschaftlich wirksamer Widerstand entstehen und ohne Widerstand bleiben alle progressiven Reformvorstellungen reine Illusion. Die DKP setzt sich in den gewerkschaftlichen und politischen Debatten ein für:

- Eine allgemeine Begrenzung des Arbeitstags auf 7 Stunden und eine Begrenzung der Regelwochenarbeitszeit auf 35 Stunden im Arbeitszeitgesetz
- Eine für alle: Gewerkschaftliche Tarifforderungen zur Einführung der 35-Stunden-Woche in allen Branchen und für alle lohnabhängig Beschäftigten
- Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich
Um den unterschiedlichen Bedürfnissen und Anforderungen der Beschäftigten Rechnung zu tragen, müssen Regelungen zur Personalbemessung entwickelt werden. Personal- und Lohnausgleich ermöglichen erst eine flächendeckende Arbeitszeitverkürzung. Sie sind notwendiges Schutzschild gegen weitere Leistungsverdichtung, und damit Schutzschild für gute Arbeitsbedingungen, für die Gesundheit der Beschäftigten und für eine gleichbleibend hohe Qualität der Arbeitsleistungen.
- Schutz braucht Kontrolle. Die Aufsichtsämter und Behörden sind personell und finanziell so auszustatten, dass Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten wirksam kontrolliert werden können.

22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018, Frankfurt am Main

Nichtbefasste Anträge

Internationale Arbeit der DKP

Der Kampf für den Frieden und gegen die gefährliche NATO-Politik hat auch in der internationalen Arbeit der DKP Priorität. Das imperialistische Deutschland nimmt im Rahmen der NATO Führungsaufgaben wahr und treibt den Ausbau der EU-Militarisierung und den Aufbau des Militärbündnisses PESCO voran. Die Bundesregierung plant eine annähernde Verdoppelung der Rüstungsausgaben auf 2 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). Diese Kriegspolitik ist zugleich Fluchtverursacher Nummer 1 und muss gestoppt werden.

Die DKP tritt ein für

- den Austritt Deutschlands aus der NATO und das Ende aller Auslandseinsätze der Bundeswehr.
- Frieden mit Russland und ein Ende der aggressiven NATO-Einkreisungsstrategie gegen die Russische Föderation und die VR China.
- eine atomwaffenfreie Welt und fordert von der Bundesregierung die Ächtung und den sofortigen Abzug von Atomwaffen aus Deutschland. Von den atomwaffenbesitzenden Staaten fordern wir die bedingungslose Abrüstung ihrer Arsenale. Erst wenn die herrschende Abschreckungslogik beendet wird, sind Forderungen nach einem Verzicht auf Massenvernichtungswaffen an Staaten wie die DVR Korea legitim.

In diesem Sinne sucht die DKP die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Migrant*innenorganisationen.

International setzen wir uns für die Intensivierung der Zusammenarbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien ein, die im Solidnet zusammengeschlossen sind. Wir sind aktiv für die Stärkung der jährlichen Beratungen dieser Parteien im Rahmen der „Internationalen Meetings der kommunistischen und Arbeiterparteien“ (IMCWP). Entsprechend unserer Mittel und Möglichkeiten werden wir die Zusammenarbeit mit den Kommunistischen Parteien in folgenden Ländern und Regionen festigen und ausbauen:

Europa

Im Mittelpunkt der internationalen Arbeit der DKP steht die Zusammenarbeit mit den Kommunistischen Parteien Europas. Neben der kontinuierlichen Arbeit mit den BeNeLux-Parteien im Rahmen der Vier-Parteien-Konferenzen wurden die Beziehungen zu fast allen europäischen Kommunistischen Parteien vor allem der SolidNet-Liste intensiviert.

Staaten mit sozialistischer Orientierung

Die DKP entwickelt ihre Zusammenarbeit mit allen Kommunistischen Parteien in alleiniger Regierungsverantwortung, also zur VR China, zur Republik Kuba, zur DVR Laos und zur SR Vietnam stetig weiter. Die Staaten mit sozialistischer Orientierung müssen in unseren und in den wenigen fortschrittlichen Medien in diesem Land stärkere Aufmerksamkeit bekommen - hinsichtlich ihrer Erfolge in ihrem Bemühen, in einer kapitalistischen Welt alternative Entwicklungswege zu gehen, aber auch hinsichtlich ihrer Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau. Dazu werden wir in Zusammenarbeit mit den Botschaften auch die Möglichkeit von Informationsveranstaltungen stärker nutzen als bisher.

Für die DKP ist dabei die Frage, welche Entwicklungsrichtung die Volksrepublik China einschlägt, von großer Wichtigkeit. Der 19. Parteitag der KP Chinas hat auch bei bürgerlichen Medien zur Erkenntnis geführt, dass eine Weltordnung ohne die VR China nicht vorstellbar ist.

Kuba steht nach wie vor unter großen Druck durch die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade durch die USA, die auch in der EU ohne gesetzliche Grundlage weitgehend umgesetzt wird. Gemeinsam mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba informieren und protestieren wir gegen diese Blockade, der sich Kuba international ausgesetzt sieht.

Vietnam als das zweitgrößte Land mit sozialistischer Entwicklungsrichtung geht – ebenso wie China – die Probleme, welche die Einführung privatwirtschaftlicher Zweige mit sich gebracht hat, offen und offensiv an.

Es bietet sich an, stärker als bislang mit der Freundschaftsgesellschaft Vietnam zusammen zu arbeiten.

Laos geht einen ähnlichen Weg wie die SR Vietnam, ist aber ökonomisch schwächer und daher in einer komplizierteren Situation. Mit der Revolutionären Partei des Laotischen Volkes hat die DKP 2016 erste Schritte zur Vertiefung der Beziehungen einleiten können.

Nahost

Diese Schwerpunktsetzung wird in den nächsten Jahren durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den kommunistischen Kräften im Nahen Osten ergänzt. Diese Region ist zentrales Betätigungsfeld von USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland um die Zerschlagung von Staaten voranzutreiben, die ein Hindernis für die imperialistische Weltordnung darstellen. Die Ziele Syrien und Iran sind Schritte auf dem Weg zu einer Umzingelung der Russischen Föderation, die die Gefahr einer militärischen Konfrontation erhöht.

Die DKP verteidigt die Souveränität Syriens, des Irak und des Iran. Angestrebt werden Besuche in Syrien und dem Irak. Zudem wollen wir die Solidarität mit Palästina verstärken. Dabei weisen wir die Denunziation von Kritik an der aggressiven Apartheidpolitik der israelischen Regierung als Antisemitismus entschieden zurück.

Afrika und Lateinamerika

Darüber hinaus werden gemäß unseren Möglichkeiten die ersten Ansätze von mehr Kontakten zu afrikanischen KPen ebenso fortgeführt wie die seit vielen Jahren soliden Kontakte zu den KPen und Befreiungsbewegungen Lateinamerikas. In Lateinamerika unterstützen wir die um Wege jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik kämpfenden Völker, konkret in Venezuela und Bolivien.

Die UZ wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Kommission regelmäßig über die Internationale Arbeit der DKP, die Entwicklung in den genannten Ländern und Regionen und die Arbeit der Kommunistischen Parteien berichten. Ein Schwerpunkt liegt auf den Ländern mit sozialistischer Orientierung.

Entschließung der Kreisorganisation Main-Kinzig

Die DKP geht in das 50. Jahr ihrer Existenz. 1968 noch unter den Auswirkungen des KPD-Verbots und seiner zum Teil dramatischen Folgen für die Mitglieder der Partei gegründet, entwickelte sie sich in den 70er und 80er Jahren zu einem viel beachteten und von Bündnispartnern und Freunden geachteten Teil der demokratischen Bewegung unseres Landes. Ihre Rolle und die weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinausgehende Bedeutung in den damaligen Kämpfen belegen dies eindrücklich.

Unsere Partei war immer dort zu finden, wo es um die Kämpfe der Arbeiterklasse, wo es um demokratische und soziale Rechte, wo es um Antifaschismus und gegen Neokolonialismus und – nicht zuletzt – wo es um den Kampf gegen Kriegsgefahr und Militarismus ging. Die DKP bestritt diese Kämpfe meist eingebettet in breite Bündnisstrukturen. Sie fand dabei durch ihre theoretischen Beiträge und ihr praktisches Auftreten viel Anerkennung bei den um ihre Rechte kämpfenden Menschen. In der Erinnerung an die Geschichte unserer Partei sind Aktivitäten unvergesslich verankert, wie z.B. der wochenlange Kampf um die 35-Stunden-Woche der IG Metall- und IG Druck und Papier-Kollegen, die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen bei den Tarifikämpfen, die großen Manifestationen anlässlich der runden Jahrestage der Befreiung der Völker vom Faschismus, der breite Kampf gegen die undemokratische Volkszählung Ende der 80er Jahre, das überregionale Auftreten in der Massenbewegung gegen die Startbahn West des Rhein-Main-Flughafens und der Beitrag der Partei zu einer breiten, einflussreichen Friedensbewegung.

Die Reaktion der Herrschenden auf den zunehmend wachsenden kommunistischen Einfluss auf die Entwicklung der Kämpfe in unserem Land waren verstärkte Repressalien gegen die Partei sowie die direkte Verfolgung vieler ihrer Mitglieder durch die Politik der Berufsverbote, die heute, 45 Jahre nach ihrem Beginn, immer noch nicht nur Geschichte ist. Die aktuelle Bespitzelungspraxis durch den Verfassungsschutz und das jüngste Gerichtsurteil im Prozess von Silvia Gingold gegen den Inlandsgeheimdienst zeigen dies deutlich.

Mit der Niederlage des Sozialismus im Weltmaßstab 1989/90 wurde der Focus unserer Arbeit zunächst vor allem auf die Erhaltung und Stabilisierung der DKP als Partei gerichtet. Es war eine große Leistung der Mitglieder und Funktionsträger dieser Jahre, dass auch 2017 die DKP noch arbeiten kann.

Allerdings ist jetzt eine Situation eingetreten, die eine große Gefahr für die weitere Existenz der Partei heraufbeschwört. Statt die Diskussion über strittige Fragen - Fragen, die auch längere Zeit noch strittig und unentschieden bleiben werden - in der Partei offen zu führen, greift die PV-Mehrheit mit ihrem Beschluss der 9. PV-Tagung zu administrativen Mitteln. Es werden ganze Parteibezirke aufgelöst oder deren Auflösung angedroht, die Unvereinbarkeit des Netzwerks Kommunistische Politik mit der DKP soll der Parteitag beschließen. Wie wir wissen, reagierten die betroffenen Genossinnen und Genossen nicht mit Unterwerfung unter diesen Beschluss, sondern mit der Weiterführung der inhaltlichen Debatte. Doch jetzt ist bekannt, dass viele Mitglieder der Kreisorganisation München – der bundesweit größten Kreisorganisation der DKP – die Partei noch in diesem Jahr verlassen werden. Es wird dort von „dutzenden“ Genossinnen und Genossen gesprochen, die diesen Schritt angekündigt hätten. Zu befürchten ist eine Signalwirkung dieses Vorgehens auf die Partei bundesweit!

Wir befürworten ein solches Vorgehen nicht. Wir bedauern es. Aber wir wissen: Dieser Erosionsprozess der DKP kann nur aufgehalten werden, wenn wir wieder zu freier und offener Diskussion auch umstrittener Fragen und Probleme zurückkehren. Dazu sollten als Erstes die betreffenden Beschlüsse der 9. PV-Tagung zurückgenommen werden. Die Gliederungen der Partei und ihre Funktionsträger sollten in diesem Sinn positive Signale in die Organisation senden.

Wir fordern den Parteivorstand auf, ein Mediationsverfahren unter Nutzung eines neutralen Vermittlers einzuleiten. Ebenso fordern wir die ausgetretenen Mitglieder des Bezirkes Südbayern auf, an den Verhandlungstisch zurück zu kehren, um zu einer gemeinsamen inhaltlichen Diskussion zu kommen.

Das Arbeiten in und für die DKP muss wieder Spaß machen. Die Partei muss zum Konsens kameradschaftlicher Zusammenarbeit zurückkehren. Das Ausbluten der Partei muss verhindert werden, um ihre weitere Existenz zu gewährleisten!
